



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Von der Baugruppe zur Quartiersgruppe.
Aspekte gemeinschaftlicher Bau- und Wohn-
projekte für die Quartiersentwicklung“

verfasst von / submitted by

Anna Haberl, Bakk.phil. BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the
degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2018 / Vienna 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 855

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Geographie

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Hans-Heinrich Blotevogel

Danksagung

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei all jenen Menschen bedanken, die mich beim Verfassen der vorliegenden Masterarbeit unterstützt und motiviert haben.

Herrn Univ.-Prof. Dr. Hans-Heinrich Blotevogel danke ich für die Betreuung während des Schreibprozesses, die kritischen Fragen und inhaltliche Unterstützung. Auch meinen Interviewpartnerinnen und –partnern möchte ich für ihre fachliche Expertise, ihre Inputs und ihre Zeit danken.

Allergrößter Dank gebührt meinen Eltern, die mir dieses Studium überhaupt erst ermöglicht haben. Danke für eure Ermutigung und Zuversicht – und auch eure Geduld. Danke für überhaupt alles!

Danke, Anna und Niklas, für die hilfreichen Diskussionen und Korrekturen, für gute Ratschläge und vor allem für den gegenseitigen Ansporn. Danke auch dir, Matthias, insbesondere für immer neue Bibliotheken-Geheimtipps und Pausen-Locations. Unsere gemeinsamen Schreib-Stunden und Pausengespräche haben viel zu dieser Arbeit beigetragen.

Abschließend danke ich auch Marlene und Oli. Danke, dass ihr während des gesamten Schreibprozesses und darüber hinaus immer für mich da wart – und seid. Danke, dass ihr auch für die siebenundfünfzigste Krise immer noch ein offenes Ohr habt und stets motivierende Worte findet. Danke für eure Unterstützung in jeder Lebenslage, egal wie und wo – selbst wenn es um's Korrekturlesen geht.

Zusammenfassung

In einer wachsenden Stadt wie Wien stellt die Entwicklung neuer Stadtquartiere eine wichtige Maßnahme dar. Dabei bildet das Quartier als alltäglicher Handlungsraum eine wichtige Bezugsebene für die Bewohnerinnen und Bewohner. Für eine partizipative und kooperative Stadtentwicklung, wie sie etwa in den Strategiepapieren der Stadt Wien festgehalten ist, stellt das Quartier also jene Ebene dar, auf welcher die lokale Bevölkerung in die Aushandlungs- und Planungsprozesse einbezogen werden sollte.

Im Wohnbau stellen gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte, so genannte Baugruppen, eine innovative Form dar, Partizipation und Kooperation zu fördern. Selbstbestimmtheit und aktive Nachbarschaft stehen im Mittelpunkt der gemeinschaftlichen Planung und reichen oftmals über das gemeinsame Bauen hinaus. Die vorliegende Arbeit behandelt nun die Frage, ob und wie bestimmte Aspekte dieses Instruments auch in größerer Dimension, nämlich bei der kooperativen Entwicklung neuer Stadtquartiere angewandt werden können. Die Überprüfung der Forschungsfrage erfolgt anhand von acht Thesen, welche anhand dreier Fallbeispiele untersucht werden. Die Fallbeispiele, die Baugruppen auf dem Baufeld D13 in der Seestadt Aspern in Wien, das Viertel Vauban in Freiburg und der Möckernkiez in Berlin, geben durch ihre unterschiedlichen Entwicklungsprozesse Einblick, wie kooperative Quartiersentwicklung funktionieren kann und wo die besonderen Hürden und Schwierigkeiten liegen. Dabei wird deutlich, dass die intensive Beteiligung der Bevölkerung zwar in hohem Maß zur Innovation städtebaulicher Aktivitäten beitragen kann, Fragen einer sozial-integrativen Stadtentwicklung aber nur schwer lösen kann.

Abstract

For a rapidly growing city like Vienna, the development of new neighborhoods is an important measure. The neighborhood is an area of reference where daily activities take place and therefore plays an important role in the everyday life of its inhabitants. For a participative and cooperative urban development, as proposed in the strategy papers of the City of Vienna, the neighborhood represents the level at which the local residents should be involved in negotiation and planning processes.

In housing, co-housing projects are an innovative way to foster participation and cooperation. Self-determination of the residents and active neighborhoods are at the center of cooperative planning and often go beyond the building efforts.

This master thesis deals with the question if, and how aspects of this instrument can be used on a larger scale, i.e. in the cooperative development of new neighborhoods. The verification of the research question takes place based on eight theses, which are then tested on the basis of three case studies. The case studies are co-housing projects in Seestadt Aspern in Vienna, the neighborhood Vauban in Freiburg and the Möckernkiez in Berlin. Through their very different development processes, these case studies provide insight into how cooperative neighborhood development can be applied and also into the challenges of cooperative development. It is shown that extensive participation in the planning process can lead to innovation in city development activities. However, social challenges, such as integration, can hardly be solved by such cooperative schemes.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	I
Zusammenfassung	III
Abstract	V
1. Einleitung	4
1.1. Forschungsfragen	5
1.2. Methodik und Aufbau der Arbeit	6
2. Das Quartier	8
2.1. Die Wiederentdeckung des Quartiers in der stadtplanerischen Praxis	9
2.2. Möglichkeiten und Grenzen der Quartiersentwicklung	11
2.2.1. Das Quartier als Grundlage nachbarschaftlicher Beziehungen	11
2.2.2. Das Quartier als alltäglicher Handlungsraum	13
2.2.3. Das Quartier als Basis einer sozialräumlichen Identität	14
2.2.4. Das Quartier als Lernebene	15
2.3. Das Quartier in der Wiener Stadtplanung	16
3. Partizipation und Kooperation in der Stadtentwicklung	19
3.1. Entwicklung des Beteiligungsverständnisses in der Stadtplanung	20
3.2. Nutzen und Grenzen von Beteiligung	23
3.2.1. Funktionen von Beteiligung	23
3.2.2. Herausforderungen in Beteiligungsprozessen	25
3.3. Exkurs: Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadtentwicklung	27
3.4. Beteiligung in der Wiener Stadtplanung	29
4. Gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte	32
4.1. Gründe für gemeinschaftlichen Bauen und Wohnen	34
4.2. Typologie von gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten	36
4.3. Rahmenbedingungen für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen	39
4.4. Chancen und Risiken von Baugruppen für das Quartier	42
5. Von der Baugruppe zur Quartiersgruppe	44
5.1. Zur Theorie der Quartiersgruppe	44
5.2. Thesen zur Umsetzung von Quartiersgruppen	45
6. Fallbeispiel I: Baugruppen in der Seestadt Aspern	50
6.1. Zusammenarbeit mit der Stadt Wien	51
6.2. Kooperative Planung der Baugruppen in Aspern	53
6.2.1. Hindernisse und Hürden der Kooperation	53

6.2.2. Gemeinschaftliche Planung in Aspern	55
6.3. Leben in den Baugruppen in der Seestadt Aspern	59
7. Fallbeispiel II: Das Viertel Vauban in Freiburg	61
7.1. Die Rolle der Stadt im Viertel Vauban	63
7.2. Kooperative Planung in Vauban	65
7.2.1. Erweiterte Bürgerbeteiligung	65
7.2.2. Baugruppen in Vauban	67
7.3. Umsetzung der städtebaulichen und raumplanerischen Zielsetzungen	69
7.4. Leben im Viertel Vauban	72
8. Fallbeispiel III: Der Möckernkiez in Berlin	75
8.1. Gemeinschaftliche Planung im Möckernkiez	75
8.2. Städtebauliche und raumplanerische Zielsetzungen	78
8.3. Schwierigkeiten der Selbstorganisation	80
9. Zusammenführung der Ergebnisse	82
9.1. Städtebauliche Möglichkeiten von Quartiersgruppen	82
9.2. Chancen für das Zusammenleben in Quartiersgruppen	83
9.3. Die Rolle der Stadt und Quartiersgruppen	85
10. Handlungsempfehlungen	88
11. Fazit und Ausblick	93
Abbildungsverzeichnis	97
Literaturverzeichnis	98
Anhang	105
Verzeichnis der Interviewpartner und –partnerinnen	105
Verzeichnis der Veranstaltungen	105
Erklärung	108

Es wurde versucht, auf eine durchgängige Schreibweise zu achten, die alle Geschlechter miteinbezieht. Zugunsten der besseren Lesbarkeit wurden Abweichungen in Einzelfällen in Kauf genommen.

1. Einleitung

Das stetige Wachstum urbaner Gebiete ist auch in Wien deutlich spürbar. Prognosen gehen davon aus, dass die Bevölkerung der Stadt bis zum Jahr 2030 auf etwa zwei Millionen Menschen ansteigen wird (vgl. MA 21 2014: 16). Damit zählt Wien zu den am stärksten wachsenden Städten in Europa.

Neben dem damit verbundenen steigenden Druck auf den Wohnungsmarkt, bringen die großen Trends des 21. Jahrhunderts, etwa der Klimawandel oder demographische Veränderungen, zusätzliche Herausforderungen mit sich. Veränderte Lebensstile verlangen nach neuen Wohnformen, in innerstädtischen Gebieten steht der Ruf nach einem Mehr an öffentlichen Räumen und Grünflächen einer weiteren Verdichtung aufgrund der steigenden Wohnraumnachfrage gegenüber. Über all dem steht die Forderung, die Leistbarkeit des Wohnraums sicher zu stellen.

Nicht zuletzt die Ausrufung der Internationalen Bauausstellung Wien (IBA_Wien 2022) im Jahr 2016 verdeutlicht die Wichtigkeit und Aktualität dieser Themen. Unter dem Motto „Neues soziales Wohnen“ sollen bis zum Jahr 2022 neue Quartiers- und Wohnmodelle erforscht und erprobt werden, wobei Leistbarkeit, Mobilität, gute Nachbarschaft und gesundes Wohnen im Mittelpunkt stehen (vgl. IBA_WIEN 2016).

In der Stadtforschung ist die Erkenntnis, dass nachhaltige Stadtentwicklung aufgrund der heterogenen Stadtstruktur quartierspezifische Strategien anbieten muss, bereits seit einigen Jahren ein wichtiges Thema. Der Stadtteil beziehungsweise das Stadtquartier stellt für die Bewohnerinnen und Bewohner eine wichtige Bezugsebene dar. Das Quartier bildet den zentralen Handlungsraum, es ist jene Ebene auf der ein Großteil der täglichen Aktivitäten stattfindet und wo eine hohe Identifikation und Bindung möglich ist (vgl. HINTE 2001: 83). Klimatische Veränderungen, Fragen der Integration oder Digitalisierung wirken häufig wie sehr abstrakte Themen, welche jedoch auf der Ebene des Quartiers direkt erfahrbar werden (vgl. KURTENBACH 2016: 8). Die Stadt Wien hat die Entwicklung lebendiger urbaner Stadtquartiere für das weitere Stadtwachstum im Stadtentwicklungsplan 2025 (STEP 2025) festgeschrieben (vgl. MA 18 2014: 48).

Für die Umsetzung dieses Ziels rücken unter anderem die Themen Partizipation und Kooperation immer weiter in den Mittelpunkt. Die „partizipative Stadt“ ist als eines der Leitprinzipien für Wiens zukünftige Stadtentwicklung im STEP 2025 festgeschrieben (vgl. ebd.: 25), denn, so hält die Stadt in ihrem „Praxisbuch Partizipation“ fest:

„Stadtentwicklung ist heute ohne [...] aktive Einbindung der betroffenen Bevölkerung nicht mehr denkbar.“

(MA 18 2012: 25)

Der Anspruch der Bewohnerinnen und Bewohner, ihr Lebensumfeld entsprechend persönlicher Interessen und Bedürfnisse mitzugestalten, zeigt sich in unterschiedlichen Initiativen. Im Bereich des Wohnbaus werden immer häufiger sogenannte Baugruppen, also gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte, umgesetzt. Der Wiener Wohnbaustadtrat MICHAEL LUDWIG meint dazu in einer Presseaussendung vom 12.5.2011:

„Durch das Partizipationsmodell 'Baugruppen' forcieren wir die Einbindung der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner in die Gestaltung ihrer Wohnbauten. Wir schaffen damit Wohnprojekte, die punktgenau den Bedürfnissen entsprechen und erreichen eine weitere Steigerung der Wohnzufriedenheit.“

(MA 53 2011)

Wenn gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte die Umsetzung persönlicher Interessen der Bevölkerung ermöglichen und gleichzeitig das Zusammenleben positiv beeinflussen, stellt sich in Hinblick auf die Entwicklung neuer Stadtquartiere die Frage, inwieweit das Modell des gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens auch in größerer Dimension angewendet werden kann. Soll eine partizipative und kooperative Gestaltung von Stadtquartieren stattfinden, so müsse die Baugruppenplanung zur gemeinschaftlichen Planung im Quartier weitergedacht werden, meint KLAUS OVERMEYER, Landschaftsarchitekt aus Berlin (vgl. Vortrag vom 29.11.2016).

Die Arbeit geht nun der Frage nach, ob und wie das Konzept des gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens auf die Entwicklung neuer Quartiere in Wien übertragen werden kann. Ausgewählte Fallbeispiele aus Wien, Berlin und Freiburg sollen dabei einen Einblick geben, wie gemeinschaftliche Quartiersentwicklung, also eine Fortführung von der Idee der Baugruppe zur „Quartiersgruppe“ funktionieren könnte.

1.1. Forschungsfragen

Zur Untersuchung der oben beschriebenen Problemstellung wurde folgende Forschungsfrage formuliert:

Welche Aspekte gemeinschaftlicher Bau- und Wohnprojekte können auf die Ebene der kooperativen Quartiersentwicklung übertragen werden?

Folgende Unterfragen sollen die Beantwortung der Forschungsfrage unterstützen:

- *Warum rücken partizipative und kooperative Methoden sowie die Ebene des Quartiers zunehmend in den Fokus der Stadtentwicklung?*

- *Wie unterscheiden sich gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte von anderen partizipativen Verfahren in der Stadtplanung?*
- *Was kann aus Fallbeispielen, etwa den Baugruppen in der Seestadt Aspern, dem Viertel Vauban in Freiburg oder dem Möckernkiez in Berlin, gelernt werden?*

Ausgehend von der derzeitigen Situation in der Stadt Wien wird außerdem folgende Frage analysiert:

- *Wie positioniert sich die Stadt Wien hinsichtlich partizipativer Methoden in der Stadtplanung sowie der Entwicklung neuer Quartiere?*

1.2. Methodik und Aufbau der Arbeit

Der erste Teil der vorliegenden Masterarbeit behandelt die theoretischen Grundlagen zur Quartiersentwicklung sowie partizipativer und kooperativer Verfahren in der Stadtplanung. Anhand einer ausführlichen Literaturrecherche werden hierfür die Ergebnisse bereits veröffentlichter Arbeiten zusammengetragen, um den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs darzustellen. Erkenntnisse über die Sichtweise der Stadt Wien werden durch die Analyse betreffender Strategiepapiere gewonnen.

Anschließend werden die Besonderheiten gemeinschaftlicher Bau- und Wohnprojekte, ihre Wirkung im Quartier sowie ihr Potenzial für die Quartiersentwicklung herausgearbeitet. Dazu werden unterschiedliche Studien über die Erfahrungen aus bestehenden Baugruppenprojekten sowie über die Stärken und Schwächen derartiger Projekte zusammengetragen und analysiert. Zum Abschluss des Kapitels wird auch hier die aktuelle Situation in Wien dargestellt.

Um die Übertragbarkeit des Konzepts der Baugruppen auf die Maßstabebene des Quartiers zu untersuchen, werden ausgehend von den Ergebnissen der theoretischen Untersuchung Hypothesen zu den Potenzialen von gemeinschaftlich entwickelten Quartieren generiert. Die Überprüfung dieser Hypothesen erfolgt schließlich im analytischen Teil der Arbeit anhand dreier Fallbeispiele sowie mithilfe qualitativer Interviews von Expertinnen und Experten.

Die Auswahl der Fallbeispiele aus der Seestadt Aspern, Berlin sowie Freiburg erfolgte aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen unter welchen die gemeinschaftliche Planung stattgefunden hatte beziehungsweise stattfindet. In der Zusammenführung dieser drei sehr unterschiedlichen Zugänge werden die Potenziale gemeinschaftlicher Quartiersentwicklung herausgearbeitet.

Für die Interviews wurden gemäß der Definition nach GLÄSER und LAUDEL (2009) Personen ausgewählt, die aufgrund ihrer Rolle als „Quelle von Spezialwissen“ für die vorliegende Fragestellung ausgemacht werden konnten (vgl. ebd.: 12). So wurden etwa Personen aus dem Bereich der Quartiersentwicklung und –forschung sowie der Baugruppenplanung interviewt. Darüber hinaus wurden konkret zu den jeweiligen Fallbeispielen Gespräche mit Experten geführt, die in die jeweilige Planung eingebunden waren oder sind.

Die Überprüfung der Hypothesen erfolgte anhand leitfadengestützter Interviews. Diese Form der Gesprächsführung gewährleistet es, zum einen die betreffenden Fragestellungen zu behandeln und wenn notwendig das Gespräch dahingehend anzupassen, während zum anderen von den Experten und Expertinnen angesprochene Themen, die über die Fragen hinausgehen und wertvolle Erkenntnisse für die Arbeit bringen können, zuzulassen (vgl. ebd.: 37ff).

Einen zusätzlichen Informationsgewinn, sowohl im Bereich der theoretischen Untersuchung als auch im Rahmen der Überprüfung der Hypothesen, boten mehrere Veranstaltungen zu den Themen Quartiersentwicklung, Partizipation in der Stadtplanung sowie Baugruppenplanungen, welche im Zeitraum des Verfassens der vorliegenden Arbeit besucht wurden. Dabei konnten die Ergebnisse aus der Literaturrecherche nicht nur um besondere Sichtweisen der jeweiligen Expertinnen und Experten ergänzt werden, sondern im Rahmen von ergänzenden Gesprächen auch die Übertragbarkeit des Baugruppen-Modells auf das Quartier erfragt werden.

Eine Übersicht über alle Gesprächspartnerinnen und –partner findet sich im Anhang der Arbeit (s. Seite 105).

Den Abschluss der Arbeit bildet schließlich die Zusammenführung der theoretischen Untersuchung, der Ergebnisse aus der Untersuchung der Fallbeispiele sowie der Bewertung durch die Expertinnen und Experten. Aufbauend auf diesen Ergebnissen werden Handlungsempfehlungen, auch mit speziellem Fokus auf die Stadt Wien, herausgearbeitet.

2. Das Quartier

Die räumliche Ebene des Stadtquartiers steht nun im Zentrum der vorliegenden Arbeit. Das folgende Kapitel gibt nach der anfänglichen Definition des Begriffs einen Überblick über die Möglichkeiten und Grenzen, die das Quartier für die Stadtplanung mit sich bringt und wirft einen Blick auf die derzeitige Situation in Wien.

Begriffe wie Quartier, Stadtteil oder Nachbarschaft scheinen zur Beschreibung bestimmter Stadtgebiete oft nebeneinander auf und werden zum Teil auch synonym verwendet. Eine genaue Abgrenzung ist nicht immer möglich, der Verwendung der einzelnen Begriffe liegt jedoch oft eine bestimmte Perspektive auf den Raum zugrunde. Während aus planerischer Sicht häufig von Stadtteilen die Rede ist, welche klar abgegrenzte administrative Einheiten meinen, wurde der Quartiersbegriff vor allem von den Sozialwissenschaften geprägt, welche den Fokus auf die lokalen gesellschaftlichen Prozesse legen. Im Mittelpunkt stehen dabei also beispielsweise soziale Netzwerke oder die alltäglichen Handlungsräume der Bewohnerinnen und Bewohner (vgl. ALISCH 2002: 97). Auch alltagssprachliche Bezeichnungen, wie etwa das „Grätzl“ in Wien oder der „Kiez“ in Berlin, werden meist über die individuelle Wahrnehmung der Bevölkerung sowie subjektive Abgrenzungen gegenüber benachbarten Quartieren definiert (vgl. BREITFUSS 2015). Als Größenkriterium für diese subjektiv bestimmten Quartiere gilt nach SCHNUR (2014) einzig die „Überschaubarkeit“ des Gebiets (vgl. ebd.: 22).

In der vorliegenden Arbeit wird nun die Entwicklung neuer Stadtteile betrachtet, deren Grenzen aufgrund der vorgegebenen Planungseinheiten und auch in Hinblick auf die Verwaltung der Gebiete klar vorgegeben sind. In Hinblick auf eine partizipative Planung spielen dabei auch soziale Prozesse und Netzwerke eine wichtige Rolle. Für eine Vereinbarkeit der oft starren Abgrenzung durch die Stadtplanung im Gegensatz zu der offenen und gesellschaftlich produzierten Definition, soll auf die Definition nach MAYER et al. (2011) zurückgegriffen werden, welche eine Verknüpfung der beiden Konzepte vorsieht. Dabei wird das Quartier sowohl als räumlich-bauliche Struktur verstanden, wie es aus Sicht der Stadtplanung häufig wahrgenommen wird, gleichzeitig aber auch als „Lebensraum“ der dort lebenden Bevölkerung, welcher sich je nach Bewohnerin und Bewohner individuell ausgestaltet. Die von der Stadt vorgegebenen Gebietsgrenzen sollen demnach als „Bezugsrahmen“ wahrgenommen werden, innerhalb derer sich die Alltagswelt entfalten und verändern kann (vgl. ebd.: 32). Zwischen den

Begriffen Stadtteil oder Stadtquartier wird im Rahmen dieser Arbeit keine Unterscheidung vorgenommen.

2.1. Die Wiederentdeckung des Quartiers in der stadtplanerischen Praxis

Die Betrachtung des Quartiers als wesentliche Planungsebene in der Stadt hat bereits eine lange Geschichte. Eine erstmalige Hinwendung zum Stadtquartier erfolgte dabei anhand der mit dem Begriff der Nachbarschaft verbundenen Vorstellungen.

Dieser stammt ursprünglich aus ländlichen, landwirtschaftlich geprägten Räumen und meinte die Beziehung räumlich benachbarter Höfe, die in bestimmten Situationen, etwa bei der Ernte oder beim Feuerschutz, auf gegenseitige Hilfeleistung angewiesen waren (vgl. HÄUBERMANN/SIEBEL 2004: 110). Räumliche Nähe sowie verschiedene Aspekte des sozialen Zusammenlebens wurden damit als Grundelemente einer funktionierenden Nachbarschaft angesehen. Als mit der fortschreitenden Urbanisierung im 19. Jahrhundert vermehrt Befürchtungen laut wurden, dass durch das Wachstum der Städte gemeinschaftliche Aspekte verloren gehen würden, wurde Nachbarschaft, begleitet von der Vorstellung, damit eben solche Strukturen für ein funktionierendes Zusammenleben in die Städte bringen zu können, selbst zum Planungskonzept (BARRE et al. 1977: 364ff). So entwarf etwa der amerikanische Soziologe und Stadtplaner PERRY bereits im Jahr 1923 das Konzept der *neighborhood-unit*, welches durch die Gestaltung von Grünflächen oder Kommunikationsräumen die Ausbildung von Nachbarschaft fördern sollte. Im Mittelpunkt stand die Idee, Bewohnerinnen und Bewohner von unterschiedlichem sozialen Status zusammenzubringen und die Inklusion zu fördern. Dem Konzept lag die Vorstellung zugrunde, dass die gebaute und entworfene Umwelt einen wesentlichen Einfluss auf die Ausbildung einer „funktionierenden Nachbarschaft“ habe. PERRYs Ausführungen wurden im Rahmen der Erstellung der Charta von Athen im Jahr 1933 aufgegriffen und lieferten damit die Grundlage für die funktionalistische Stadtplanung (vgl. HÄUBERMANN/SIEBEL 2004: 110).

In den darauffolgenden Jahrzehnten wurden gemäß dem Leitbild des Funktionalismus ganze Stadtteil umgestaltet und von Straßen zerschnitten, um die Trennung von Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Konsum voranzutreiben. Slums oder Armenviertel, die als heruntergekommen und rückständig galten, wurden für Flächensanierungen ausgewiesen und sollten durch den Bau von Wohnanlagen erneuert werden und damit das Ausbilden von Nachbarschaften fördern. Auch der Wiederaufbau nach dem Zweiten

Weltkrieg in Wien folgte dem funktionalistischen Planungsverständnis, welches die Stadterweiterungsplanung bis in die 1980er Jahre bestimmte (vgl. CZEIKE 2016).

Ausgehend von nordamerikanischen Städten formierte sich während der 1960er Jahre zunehmend Widerstand gegen die funktionalistische Planungskultur, welche durch das Niederreißen ganzer Stadtteile nicht nur die historische Bebauung, sondern vor allem auch gelebte Gemeinschaften zerstörte. Verschiedene Studien zeigten, dass gerade dort, wo lokale Geschäfte die Menschen einluden, auf die Straße zu gehen und damit eine Interaktion ermöglichten, soziale und nachbarschaftliche Netze in der Stadt zu finden waren. In den als heruntergekommen betrachteten Stadtteilen, wo die Menschen aufgrund ihrer teilweise prekären Lebensumstände auf die gegenseitige Unterstützung angewiesen waren, waren derartige Netzwerke häufiger zu finden, als in restaurierten, modernen Wohnquartieren (vgl. etwa JACOBS 1961; GANS 1962).

Auch in Europa führte die Erkenntnis, dass durch räumliche Nähe und die bauliche Umwelt alleine keine funktionierenden Nachbarschaften geschaffen werden können, vermehrt zu Kritik an der funktionalistischen Stadtplanung. In europäischen Großstädten ließen sich nach dem Ende des zweiten Weltkriegs darüber hinaus Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen aufgrund des günstigen Wohnraums vor allem in vernachlässigten Quartieren nieder. Armut wurde sichtbar im alltäglichen Stadtbild und bildete sich in bestimmten Stadtteilen räumlich ab. Diese waren von hohen Migrationsanteilen sowie hoher Arbeitslosigkeit unter der dort lebenden Bevölkerung geprägt. Vor diesem Hintergrund erfolgte schließlich eine Wiederhinwendung zum Quartier in der stadtplanerischen Praxis. Immer häufiger kamen gebietsbezogene Agenden zur Anwendung (vgl. KOLLER-TEJEIRO 1998: 59; SCHNUR 2014: 33).

In Wien zeigte sich das etwa durch die Einführung des Programms der Sanften Stadterneuerung im Jahr 1974, welches bis heute eine „umfassende Qualitätsverbesserung städtischer Lebensbedingungen [...] unter Einbindung der Bevölkerung“ zum Ziel hat. Mit der Gründung der ersten Gebietsbetreuung in Ottakring als Informationsstelle für die Bewohnerinnen und Bewohner wurden erste Schritte in Richtung einer „Stadtteilarbeit“ oder „Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit“, die sich aus der Gemeinwesenarbeit entwickelte, gesetzt (vgl. GB* o.J.; LITGES et al. 2005: 561).

Neben der Stadtplanung rückte das Quartier zunehmend auch in den Fokus der Soziologie und der Stadtforschung. Grundlegend für die Neuentdeckung des Stadtteils in verschiedenen Disziplinen war vor allem eine neue Perspektive auf den Raum selbst, welche sich in den 1970er Jahren verbreitete (vgl. SCHNUR 2014: 33). Der Raum wurde dabei nicht mehr als von Grund auf gegeben, sondern als das Ergebnis sozialer Hand-

lungen betrachtet (vgl. etwa LEFÈBVRE 2001; LÖW 2012). Unter Begriffen, wie etwa „Sozialraum“ oder „Aktionsraum“, rückten der Mensch und sein Handeln in den Mittelpunkt der Betrachtung von Räumen. In den Städten rückte das Quartier ins Zentrum der Forschung, wurde es doch als jene räumliche Ebene ausgemacht, auf welcher das menschliche Handeln sowie damit verbundene soziale Ungleichheiten am deutlichsten sichtbar wurden.

In den 1980er und 1990er Jahren war der Blick auf das Quartier sowohl in der Wissenschaft als auch in der stadtplanerischen Praxis vor allem von Fragen der Beseitigung sozialer Heterogenität geprägt. Auch heute spielen soziale und integrative Aspekte bei der Betrachtung von Stadtteilen eine wichtige Rolle. Gerade in den vergangenen Jahren rückte das Stadtquartier als zentraler Handlungsraum der dort lebenden Menschen wieder verstärkt ins Zentrum der Stadtplanung. In Hinblick auf das starke Wachstum der Städte, wie es auch in Wien zu beobachten ist, rücken auch verschiedene Aspekte rund um die Entwicklung neuer Quartiere in den Fokus der Stadtplanung. Nach dem Vorbild historisch gewachsener Stadtteile besteht dabei häufig der Anspruch, urbane und lebendige Stadträume zu entwerfen (vgl. SCHLAFFER 2017). Warum dabei der Ebene des Quartiers besonderes Potenzial zugeschrieben wird, wird im nun folgenden Abschnitt näher untersucht.

2.2. Möglichkeiten und Grenzen der Quartiersentwicklung

2.2.1. Das Quartier als Grundlage nachbarschaftlicher Beziehungen

Das Konzept der Nachbarschaft und die damit verbundenen Auswirkungen auf soziale Prozesse sind auch heute noch eng mit den Vorstellungen eines lebendigen Quartiers verbunden. Dabei wird häufig auch von Seiten der Bevölkerung der Wunsch nach nachbarschaftlichen Netzwerken in Verbindung mit den positiven Auswirkungen, beispielsweise gegenseitiger Hilfeleistung, formuliert.

Wie weiter oben ausgeführt, setzte sich seit Ende der 1970er Jahre die Erkenntnis durch, dass durch die gebaute Umwelt nur in sehr geringem Maße Einfluss auf das Entstehen von Nachbarschaften genommen werden kann. Räumliche Nähe, wie sie im Stadtquartier als das direkte Wohnumfeld gegeben ist, stellt zwar eine wichtige Grundlage dar, bedingt aber nicht in jedem Fall das Entstehen von gemeinschaftlichen Netzwerken (vgl. WADE 2015: 11).

Demgegenüber zeigte sich, dass Nachbarschaft als soziales System sich dort leichter ausbildet, wo die Bewohner und Bewohnerinnen gleiche Werte und Ansichten vertre-

ten (vgl. HÄUßERMANN/SIEBEL 2004: 112f). Denn das Entstehen von informellen Beziehungen im Rahmen einer Nachbarschaft geht einher mit dem Aufbau von gegenseitigem Vertrauen und etwaigen Hilfeleistungen und funktioniert dort besser, wo Menschen in vergleichbaren Lebens- und Familienverhältnissen und ähnlichem Einkommen oder Bildungsgrad leben (vgl. ebd.: 109).

WADE (2015) versteht eben diese Netzwerke als „Ressource“ oder „Sozialkapital“, welches schließlich nicht nur dem Einzelnen hilft, sondern für die gesamte, im Rahmen der Nachbarschaft verbundene, soziale Gruppe positive Effekte mit sich bringt (vgl. ebd.: 11). Das kann besonders für jene, die auf gegenseitige Hilfeleistungen angewiesen sind, eine notwendige Stütze sein und in weiterer Folge auch zur Aufwertung des gesamten Stadtteils beitragen (ebd.: 11; SCHNUR 2014: 41).

Die mit dem Ausbilden von Nachbarschaft in Verbindung stehenden eben beschriebenen Aspekte verdeutlichen eine der wesentlichen Herausforderungen in der Quartiersentwicklung. Denn während eine homogene Bewohnerstruktur im Stadtquartier das Entstehen von Netzwerken erleichtert, steht sie gleichzeitig einer Durchmischung verschiedener Bevölkerungsgruppen entgegen, welche etwa in Hinblick auf integrative Maßnahmen in der Stadt häufig angestrebt wird.

Darüber hinaus wird der Faktor der räumlichen Nähe zunehmend auch vor dem Hintergrund der technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in Frage gestellt. In den Sozialwissenschaften wird häufig die Auffassung vertreten, dass der Mensch der Moderne zunehmend vom natürlich-physischen Raum entkoppelt sei und in einer Transitskultur mit nicht räumlich gebundenen Identitäten und Relationen lebe (vgl. RICHTER/COELEN 2007: 216ff). Auch HÄUßERMANN und SIEBEL (2004) merken in Hinblick auf moderne Nachbarschaften an:

„War früher Nachbarschaft eher eine räumliche Tatsache, die sich sozial organisieren musste, so beruht sie heute eher auf sozialer Nähe, die sich räumlich organisiert.“

(ebd.: 114)

Nachbarschaften oder soziale Gemeinschaften würden heute nicht mehr auf Basis räumlicher Nähe entstehen, sondern durch gemeinsame Interessen und Vorlieben. Entwicklungen im Bereich des Verkehrs, die ein schnelles Fortbewegen durch die Stadt ermöglichen, oder im Bereich der Telekommunikation, die eine Kommunikation mit anderen Menschen unabhängig vom jeweiligen Ort erlauben, würden zu einer Entlokalisierung der Menschen in der Stadt führen, so RICHTER und COELEN (2007) (vgl. ebd.: 216ff).

Wenngleich räumliche Nähe also eine Basis für nachbarschaftliche Beziehungen darstellen kann und damit verbundene, gewünschte Effekte wie gegenseitige Hilfeleistungen vereinfacht, sind diese nicht unbedingt eine Folge daraus. Vielmehr tragen soziale Faktoren, wie die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu, zur Ausbildung von Nachbarschaft bei. Neue gesellschaftliche Muster, die sich als Folge technologischer Entwicklungen ausbilden, stellen zusätzlich eine große Herausforderung für die Quartiersentwicklung dar.

2.2.2. Das Quartier als alltäglicher Handlungsraum

Wie zu Beginn beschrieben, brachte die Betrachtung der individuellen Handlungsräume der Bewohnerinnen und Bewohner eine Hinwendung zum Quartier in den Sozialwissenschaften mit sich. Im Mittelpunkt stand fortan die alltägliche Lebenswelt, in welcher der Mensch den ihn umgebenden Raum erfährt und sich aneignet.

Das Quartier bildet dabei den alltäglichen Handlungsraum für verschiedene Personengruppen unterschiedlich stark ab. Während beispielsweise junge Erwachsene hoch mobil sind und sich ihr Alltag häufig über die gesamtstädtische Ebene erstreckt, findet bei jungen Familien eine Umorientierung auf die Wohnung und die nahe Wohnumgebung statt (vgl. MÜLLER 2015: 266f). Auch für ältere Personen gewinnen Einkaufsmöglichkeiten und soziale Angebote in der direkten Lebensumgebung aufgrund des eingeschränkten Mobilitätsradius an Bedeutung. Ähnliches gilt aber auch für andere Bevölkerungsgruppe, etwa Kinder oder mobilitätseingeschränkte Personen, oder auch für Personen, die aufgrund ihrer finanziellen Lebensumstände nicht die Möglichkeit besitzen, viel unterwegs zu sein (vgl. HARTMUTH et al. 2014: 25).

Verschiedene Lebensphasen gehen also mit unterschiedlichen räumlichen Bedürfnissen einher. Das Quartier erlangt dabei für bestimmte Bevölkerungsgruppen eine besondere Wichtigkeit – eine Erkenntnis, die auch oben beschriebenen Befürchtungen zur Entlokalisierung entgegensteht (s. Kap. 2.2.1). Das Stadtquartier hat das Potenzial, weniger mobilen Menschen wichtige Ressourcen für den Lebensalltag bereitzustellen. Gerade dadurch wird es zu einem besonderen räumlichen Bezugs- und Sozialraum für eben diese (vgl. ALISCH 2002: 97).

Gerade in Hinblick auf die demographische Entwicklung ist es wichtig, den Lebensraum Stadt und besonders die Quartiere altersgerecht zu gestalten. Deutlich wird dabei auch die Wichtigkeit der Nutzungsdurchmischung. Eine Verflechtung der Funktionen Wohnen, Arbeiten und Freizeit bietet für viele Bevölkerungsgruppen Vorteile. Werden die Prinzipien einer Stadt der kurzen Wege erfüllt und Barrierefreiheit ange-

strebt, so können beispielsweise nicht nur Kriterien für ein altersgerechtes Wohnen erfüllt, sondern gleichzeitig auch Vorteile für weitere Bevölkerungsgruppen erzielt werden.

Darüber hinaus ergeben sich hier auch Chancen für den Klimaschutz. Durch eine Nutzungsdurchmischung können bestimmte Wege verkürzt und in Zusammenhang mit einem nachhaltigen Verkehrskonzept auf Quartiersebene auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagert werden.

2.2.3. Das Quartier als Basis einer sozialräumlichen Identität

Eng verbunden mit der Vorstellung des Quartiers als individueller Handlungsraum ist auch das Konzept der sozialräumlichen Identität. Räumliche Identifikation wird dabei als Ergebnis von Aneignungsprozessen im Raum verstanden (vgl. MÜLLER 2015: 265). Nach RICHTER und COELEN (2007) stellt die Ebene des Stadtteils und der darunterliegenden Dimension des Sozialraums die entscheidende Raumdimension für die Identitätsbildung in Großstädten dar. Der Sozialraum beschreibt dabei den alltäglichen, unmittelbaren Aktionsradius eines Menschen beziehungsweise einer Gruppe, der durch seine Ausgestaltung Interaktionen ermöglicht oder verhindert (vgl. ebd.: 228). Durch dieses Wechselseitige Handeln und die Kommunikation im Quartier kann eine gemeinsame räumliche Identität ausgebildet werden. Für SCHNUR (2014) stellt diese die Basis eines Stadtquartiers dar. So ergibt sich die räumliche Dimension eines Quartiers vor allem auch aus dem „identifikatorischen Zusammenhang“ der Bewohnerinnen und Bewohner, also der Überschneidung der persönlichen Bindung von Menschen an den jeweiligen Ort (vgl. ebd: 43).

Eine gemeinsame räumliche Identität kann dabei positive Auswirkungen sowohl für die Wohnbevölkerung selbst als auch für weitere Akteure der Stadtentwicklung mit sich bringen. Zum einen fördert sie die Ausbildung von Gemeinschaft im Stadtteil, zum anderen trägt sie zu einer hohen Ortsbindung der Bevölkerung bei (vgl. MÜLLER 2015: 268). Letztere steht in Einklang mit einer hohen Lebensqualität und Wohnzufriedenheit im Quartier. Sind lebendige Nachbarschaften vorzufinden, sinkt die Fluktuation der Bevölkerung während die Mietdauer steigt. Gleichzeitig sind Leerstände seltener zu beobachten. Auch bei Miet- und Kaufentscheidungen spielt das zukünftige Wohnumfeld eine wichtige Rolle (vgl. HARTMUTH et al. 2014: 24). Die Förderung einer gemeinsamen sozialräumlichen Identität wird damit auch für Akteure der Wohnungswirtschaft interessant.

Zunehmend wird die Thematik daher auch im Bereich des Stadtmarketings und bei der Planung von neuen Quartieren als Grundlage für Entwicklungskonzepte herangezogen. Dabei soll das Zugehörigkeitsgefühl zu bestimmten Gebieten gesteigert und die Entstehung von urbanen und lebendigen Quartieren unterstützt werden (vgl. WEICHHART et al.: 26ff; SCHLAFFER 2017).

In Hinblick auf die Ausbildung einer räumlichen Identität, weist MÜLLER (2015) auf die Wohndauer als einen zentralen Aspekt hin. Sie umfasst eine Fülle von Prozessen, etwa die Sozialisation und Integration in das räumliche Umfeld, welche maßgeblich auf die räumliche Identifikation einwirken. Je länger die Wohndauer, desto stärker kann sich eine räumliche Identität ausbilden und desto höher ist die Bindung an das Quartier (vgl. ebd.: 267).

Der starke Fokus auf die Entwicklung einer räumlichen Identität durch die Stadtplanung, also durch externe Akteure, steht demzufolge nicht nur im Gegensatz zur individuellen Entfaltung und Produktion einer raumbezogenen Identität, sondern ist auch in Hinblick auf den Faktor Zeit fraglich. Urbanität, als Folge gemeinsamer Aushandlungs- und Aneignungsprozesse, ist damit – wenn überhaupt – nur schwer im Voraus zu planen (vgl. SCHLAFFER 2017).

2.2.4. Das Quartier als Lernebene

Wird das Quartier als individueller Handlungsraum betrachtet, in welchem Sozialisationsprozesse erfahren und durchlebt werden, wird sein Potenzial als Lernebene für die Bewohnerinnen und Bewohner deutlich. Die dort lebende Bevölkerung kann auf der räumlichen Ebene des Quartiers in die Gestaltung der eigenen Lebenswelt miteinbezogen werden. In weiterer Folge kann das auch in Hinblick auf die Teilhabe an gesamtgesellschaftlichen Diskursen eine wichtige Rolle spielen (vgl. HINTE 2001: 83). Denn das Quartiers bietet viele Vorteile: Seine Überschaubarkeit macht eine übersichtliche Arbeit möglich, gleichzeitig sind Quartiere groß genug, um eine Vielzahl wichtiger Akteure mit einzubeziehen. Hier treffen die Interessen der Stadt auf jene der Bürgerinnen und Bürger sowie jene von großen privatwirtschaftlichen Investoren. Die räumliche Ebene des Quartiers ermöglicht es, unter Einbindung möglichst vieler Akteure gemeinsame Zielsetzungen zu treffen und auszuhandeln (GRZESIOK/HILL 2014: 6). Nach GRIMM (2004) können Quartiere deshalb als „Demokratieschmieden“ (ebd.: 74) bezeichnet werden, denn sie sind die–

„(...) gesellschaftlichen Orte, an denen es gelingen kann, sowohl lebensweltliche Teilaspekte als auch komplexe räumliche Gemengelagen in Entwicklungs-

Aushandlungs- und Planungsprozessen unter Beteiligung möglichst vieler Akteurinnen und Akteure zu berücksichtigen und Mitwirkungsbereitschaft zu mobilisieren. In Quartieren ist Demokratie sinnlich erfahrbar, lebbar und gestaltbar.“

(ebd.: 89)

Auch ALISCH (2002) misst dem Quartier in dieser Hinsicht erhebliches Potenzial bei und spricht sich für einen Demokratiefördernden Zugang aus, der vor allem vor dem Hintergrund steigender Ungleichheit in den Städten einen wichtigen Beitrag zu einer sozial- und gemeinwesenorientierten Stadtentwicklung beitragen kann (vgl. ebd. 2002: 97). Dazu muss die lokale Bevölkerung auf der Ebene des Stadtquartiers in die Aushandlungs- und Planungsprozesse miteinbezogen werden (vgl. DRILLING/SCHNUR 2012: 14).

Die Betrachtung der Potenziale der Quartiersentwicklung in den vorangegangenen Unterkapiteln zeigt, dass die räumliche Ebene des Stadtteils vielfältige Möglichkeiten für die Bewohnerinnen und Bewohnern als auch die Stadtplanung mit sich bringt. So können Quartiere maßgeblich dazu beitragen, die Lebensqualität in Städten zu erhöhen und darüber hinaus einen geeigneten Rahmen darstellen, um die Bevölkerung in die Gestaltung des eigenen Lebensumfelds mit einzubeziehen. Auch wenn bestimmte Herausforderungen sichtbar werden, so setzt sich dennoch die Erkenntnis durch, dass gerade im Quartier wichtige Fragen der Zukunft aufgegriffen und bearbeitet werden können. Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung, strukturelle Veränderungen und die Folgen des Klimawandels werden vor allem auch in den Quartieren zu sehen sein (vgl. GRZESIOK/HILL 2014: 6). Gleichzeitig können eben diese Herausforderungen genau hier bearbeitet werden. Eben deshalb meinen GRZESIOK und HILL (2014):

„Aktuell scheint sich in den Quartieren die Zukunft von lebenswerten Städten zu entscheiden, die sowohl ökologischen, ökonomischen und sozialen Ansprüchen Rechnung tragen müssen.“

(ebd.)

2.3. Das Quartier in der Wiener Stadtplanung

Die Entwicklung neuer Quartiere steht auch in Wien häufig im Zentrum stadtplanerischer Diskussionen, wird die Stadt derzeit doch vor allem von Zuzug und Wachstum geprägt. Der starke Anstieg der Wohnbevölkerung verlangt nach einem raschen Aus-

bau von Wohnraum, wobei neben innerstädtischen, auf die Nachverdichtung abzielenden Projekten eben auch gänzlich neue Stadtteile, etwa auf ehemaligen Industrie- und Bahnflächen, entwickelt werden.

Dass der räumlichen Ebene des Quartiers dabei eine besondere Bedeutung zugeschrieben wird, verdeutlichen etwa unterschiedliche Strategiepapiere der Stadt. So ist beispielsweise in der Smart City Rahmenstrategie eine „Stärkung der Subzentren und Grätzln“ festgehalten (STADT WIEN 2014: 84). Auch der im Jahr 2014 vom Wiener Gemeinderat beschlossene Stadtentwicklungsplan STEP 2025 stellt unter anderem das Ziel „(...) kompakte und attraktive Quartiere zu schaffen, die Wohnen, Arbeiten und Erholung verbinden“ (MA 21 2014: 19) in den Mittelpunkt. In Hinblick auf die Entwicklung neuer Stadtteile soll der Fokus speziell auf die Schaffung und Weiterentwicklung einer „qualitätsvollen Urbanität“ gelegt werden, welche durch Nutzungsmischung und Multifunktionalität erreicht werden soll. Öffentliche Räume sollen Begegnung und Kommunikation der Wohnbevölkerung fördern, für verschiedene Nutzungsansprüche zur Verfügung stehen und zum Ausbildungen einer gemeinsamen räumlichen Identität beitragen. Wichtig sei dabei eine sozial verträgliche Quartiersentwicklung, die auch die einkommensschwächere Bevölkerung mit einbezieht und der gesamten zukünftigen Bevölkerung einen Zugang zu sozialen, kulturellen und weiteren gesellschaftsrelevanten Angeboten ermöglicht (vgl. MA 21 2014: 41, 48f, 126).

Bedeutung wird der Quartiersebene gemäß der Strategiepapiere der Stadt Wien auch beim Umgang mit dem Klimawandel zugeschrieben. Verschiedene Aspekte der Klimawandelanpassung, etwa Energieversorgung, Mobilität oder Freiraumgestaltung, sollen zukünftig schon von Beginn an bei der Entwicklung neuer Quartiere berücksichtigt werden. Das betrifft etwa die Planung nachhaltiger Mobilitätskonzepte, die umweltfreundliche Verkehrsmittel in den Vordergrund stellen und allen Bevölkerungsgruppen, vor allem Kindern, älteren Menschen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen eine selbstständige Mobilität im Quartier ermöglichen. Aber auch neue Energiekonzepte, etwa durch eine dezentrale Vor-Ort-Energieversorgung auf Quartiersebene, sollen mit einbezogen werden. Für die Umsetzung soll ein Leitfaden für Smart City Quartiere erstellt werden, der speziell die operative Ebene des Quartiers umfasst (vgl. STADT WIEN 2014: 84; MA 21 2014: 57, 108, 119).

In einer im Jahr 2015 von der Stadt Wien abgehaltenen Enquete zum Thema „Urbane Stadt“ wurde die Wichtigkeit der räumlichen Ebene des Quartiers wiederholt von Fachexpertinnen und -experten betont. Dabei wurde angemerkt, dass viele der für die Stadt notwendigen Funktionen nicht auf der Ebene des Baufelds umgesetzt werden

können. Die Einbeziehung des Quartiers schon am Beginn der Planung sei daher unbedingt notwendig, auf Basis der derzeit üblichen Planungswege, rechtlichen Regelungen und Förderbedingungen aber nicht wirklich umsetzbar. Neue Planungsprozesse, wie Bauplatzübergreifende kooperative Verfahren oder dialogorientierte Bauträgerwettbewerbe im geförderten Wohnbau seien erste Schritte in Richtung einer quartiersorientierten Stadtplanung und müssten auch zukünftig weiter ausgebaut werden (vgl. ebd.: 72f). Beitragen könnte dazu etwa die Aufnahme des Quartiers als städteplanerische Ebene zwischen der gesamtstädtischen Entwicklungsplanung des STEP 2025 und der Bauplatzbezogenen Flächenwidmung.

Auch der Einsatz von Quartiers- und Stadtteilmanagements schon zu Beginn der Planung unterstütze die Erreichung der im STEP 2025 festgehaltenen Zielsetzungen auf Quartiersebene. Sie fördern die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure und übernehmen die Aktivierung und Miteinbeziehung der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Bevölkerung vor Ort (vgl. ebd.). Das von der Stadt Wien initiierte Stadtteilmanagement in der Seestadt Aspern, das seit Anfang 2014 aktiv ist und damit zumindest vor den ersten Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort war, stellt dafür ein gutes Beispiel dar. Während sich ein Großteil des Gebiets noch in Entwicklung befindet, legt das Quartiersmanagement den Fokus auf die Nachbarschaftsentwicklung und die Verknüpfung alter und neuer Bevölkerung, aber auch verschiedener Akteure (vgl. STADTTEILMANAGEMENT SEESTADT ASPERN 2017).

Die Untersuchung der Strategiepapiere der Stadt Wien zeigt, dass der räumlichen Ebene des Quartiers auch in der Wiener Stadtplanung in Hinblick auf die zukünftige Stadtentwicklung eine wichtige Bedeutung zukommt. Dies ist vor allem auf die vielfältigen hier dargestellten Potenziale, die dem Quartier zugeschrieben werden, zurückzuführen.

3. Partizipation und Kooperation in der Stadtentwicklung

Bei der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an stadtplanerischen Prozessen stellen Partizipation und Kooperation wichtige Bestandteile dar. Nach SELLE (2000) sind sie wesentliche Komponenten von Kommunikation (s. Abb. 1), wobei Kommunikation „(...) als Sammelbegriff für die vielen Einzeltätigkeiten der Vermittlungsarbeit in Planungsprozessen (...)“ definiert ist (ebd.: 61). Partizipation reicht dabei über die reine Information hinaus und kann auch die Mitentscheidung umfassen, ist aber nicht mit Koordination und Kooperation gleichzusetzen, die eine noch weiterreichende Teilhabe und gemeinsame Abstimmung zulassen.



So stehen sich im Rahmen von Kooperationen jeweils selbstständige Akteure gleichberechtigt bei der Erarbeitung von Lösungen gegenüber (vgl. ebd.: 61f), womit die Ebene der Kooperation eine besonders anspruchsvolle Form der Kommunikation und eine besonders ausgereifte Form der Partizipation in der Planung darstellt. Das bedeutet

jedoch nicht, dass kooperative Prozesse stets die beste Form der Beteiligung darstellen. Welche Art der Kommunikation und welche Beteiligungsmethode angewandt wird, muss in jeder Situation eigens beurteilt werden. Wichtig ist jedoch, wie aus SELLES Definition deutlich hervorgeht, dass die verschiedenen Bestandteile der Kommunikation aufeinander aufbauen. Kooperation kann demnach nur unter echter Beteiligung von weiteren Akteuren stattfinden, wobei Information stets die Grundlage für jede Form der Kommunikation bildet.

Bezogen auf die Stadtplanung werden unter Partizipation und Kooperation also die Teilnahme und Teilhabe von Personen, Gruppen oder Organisationen an Planungsentscheidungen und –prozessen verstanden, wobei die Art der Beteiligung unterschiedlich intensiv und von unterschiedlicher Qualität sein kann.

3.1. Entwicklung des Beteiligungsverständnisses in der Stadtplanung

Die Art und Weise, wie die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger in der Stadtplanung funktioniert, hat sich während der letzten Jahrzehnte stark gewandelt. Bis in die 1960er Jahre wurde Beteiligung vor allem über formelle Kanäle geregelt und umfasste etwa die Information und Anhörung von Verfahrensbeteiligten. In Hinblick auf die unterschiedlichen Formen der Kommunikation beschränkte sie sich dabei vor allem auf die Ebene der Information und auf die Einbeziehung der direkt betroffenen Akteure (vgl. SELLE 2000: 70).

Mit zunehmendem Widerstand gegen das funktionalistische Planungsverständnis Ende der 1960er Jahre, forderten immer mehr Bürgerinitiativen mehr Einflussnahme auf die Ereignisse in ihrer unmittelbaren Lebensumwelt ein. Mit der Erkenntnis, dass top-down initiierte Entwicklungspläne nicht die gewünschte Wirkung entfalteten, wurde das Verständnis von Beteiligung in Richtung der Information einer breiten Öffentlichkeit erweitert und ein Dialog zwischen den Behörden und der Verwaltung etwa über Anhörungen ermöglicht. Leitideen waren dabei eine Steigerung der Effektivität in Planungsprozessen, die Legitimation der Planungsvorhaben sowie eine generelle Demokratisierung der Planung (vgl. ebd.:71ff; SCHNUR 2014: 33). SELLE (2000) bezeichnet dies als die „Hoch-Zeit der Partizipation“ (ebd.: 75).

In den darauffolgenden Jahren kam es zu einem Abklingen der aktiven Einforderung der Beteiligung durch die Bevölkerung. Als Folge entwickelte sich das Beteiligungsverständnis in zwei Richtungen weiter: Einerseits waren vielerorts vorgeschriebene Partizipationsangebote zur Routine verkommen und führten aufgrund ihrer mangelhaften Umsetzung zu nicht zufriedenstellenden Ergebnissen. Darüber hinaus führten Be-

schleunigungstendenzen aufgrund der Anpassung an marktwirtschaftliche Entwicklungen in der Planung dazu, dass Beteiligungsverfahren als hemmende Faktoren ausgemacht und wieder eingeschränkt wurden (vgl. SELLE 2000: 75f).

Andererseits rückte einhergehend mit der Wiederentdeckung des Quartiers (s. Kap. 2.1) und dem Anspruch, soziale Ungleichheit in der Stadt aufzubrechen, das Konzept des Empowerment in den Fokus der Stadtplanung. Gemeint ist damit die aktivierende Beteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen, mit dem Ziel, Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten (vgl. Schnur 2014: 33). Aufbauend auf dem Anspruch, auch benachteiligten Gruppen Gehör zu verschaffen, entwickelte sich die Stadtteilbezogene soziale Arbeit, die den Fokus auf eine aufsuchende und motivierende Beteiligung legte. In diesem Zusammenhang entstanden auch frühe Ansätze und Instrumente der partizipativen Planung. So entstammt etwa die Anwaltsplanung, welche Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers unterstützen soll, ihre Interessen zu artikulieren, aus dieser Zeit. Ebenso wurden informelle Methoden, wie die Planungszelle, Zukunftswerkstätten oder runde Tische gegen Ende der 1970er Jahre entwickelt. Diese neuen Beteiligungsformate stellten die Idee in den Mittelpunkt, der Bevölkerung den Raum zu geben, ihre Bedürfnisse zu formulieren, alle Beteiligten und Betroffenen zusammenzuführen, um Vorschläge gemeinsam zu diskutieren und so zu einer konsensorientierten Entscheidungsfindung beizutragen. Die endgültige Entscheidungskompetenz wurde aber weiterhin als Aufgabe der öffentlichen Akteure angesehen (vgl. SELLE 2000: 78ff).

Diese Ansicht begann sich in den 1980er Jahren zu wandeln. Bestimmte Themen, vor allem auf Quartiersebene, machten deutlich, dass es eine Zusammenarbeit öffentlicher und privater Akteure braucht, die über das Beteiligen hinausgeht und ein Mitwirken möglich macht. Damit war der Grundstein für eine über die Partizipation hinausgehende, kooperative Planung gelegt, die eine gemeinsame Problembearbeitung und Entscheidungsfindung in den Mittelpunkt stellt (vgl. ebd.: 79f).

Kennzeichnend dafür war das Aufkommen von Bauvorhaben, die im Rahmen von Private-Public-Partnerships, also von öffentlichen Verwaltungen zusammen mit privaten Grundstückseigentümern und Investoren, entwickelt wurden. Im Rahmen dieser Form der Kooperation steht zunächst die Einbeziehung von Personen im Vordergrund, die aus rechtlicher oder ökonomischer Perspektive betroffen oder beteiligt sind. Nach SELLE (2000) war aber auch ein vermehrtes Auftreten zivilgesellschaftlicher Initiativen, die Aufgaben im Sozial-, Umwelt- und Kulturbereich gänzlich selbst in die Hand nahmen, Grund für den Übergang zu einer kooperativen Planung. Sie wurden von der Stadt zunehmend als besondere Partnerinnen für die Quartiersentwicklung erkannt

(vgl. ebd.: 81f). Damit wurden auch die Bürgerinnen und Bürger selbst Teil einer kooperativen Stadtplanung.

Seit den 1960er Jahren lässt sich also ein grundlegender Wandel des Beteiligungsverständnisses in der Stadtplanung beobachten. Diese Weiterentwicklung wird häufig anhand von Krisen erklärt, welche neue Lösungswege notwendig machten. Der aufkommende Protest gegen die top-down Planung des Funktionalismus machte die Hinwendung zu einer breiten Öffentlichkeit nötig. Die Entwicklung der aufsuchenden und aktivierenden Beteiligung kann als Folge von zunehmender, räumlich manifestierter Ungleichheit in der Stadt verstanden werden. Auch die Hinwendung zu einer kooperativen Planung war schließlich geleitet von veränderten Rahmenbedingungen, welche die Stadtplanung vor große Herausforderungen stellten und auch heute noch stellen. Darunter fallen etwa die Auswirkungen des demographischen Wandels und damit verbunden veränderte Haushaltsstrukturen und Lebensstile, welche sich in den kommenden Jahren noch weiter verstärken werden. Nationale und internationale Wanderungsbewegungen tragen zusätzlich zu einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur bei. Dazu kommen ökonomische Veränderungen, etwa die Flexibilisierung der Märkte, welche von einem globalen Standortwettbewerb geprägt ist, der zahlreiche Chancen bietet, gleichzeitig aber auch regionale Ungleichheit verstärken kann. Die knappen kommunalen Budgets machen Einsparungen und Privatisierungen in vielen Bereichen notwendig (vgl. SELLE 2000: 82f; SELLE 2005: 327-336).

Darüber hinaus machen sich auch auf politischer Ebene Veränderungen bemerkbar. Das betrifft zum einen überkommene rechtliche Regelungen und Entscheidungsstrukturen aufgrund der zunehmenden Verflechtung von stadtplanerischen und sozialen Themenfeldern und zum anderen immer schwieriger werdende politische Mehrheitsbildungen aufgrund der Pluralisierung. Überdies stellt FÜRST (1996) auf Seiten der Bevölkerung eine zunehmende Politik- und Institutionenverdrossenheit fest (vgl. ebd.: 91ff).

Diese komplexen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen erfordern einen Handlungsbedarf der Stadtplanung. Nach SCHAFFER (2004) sind eben darin die Einbeziehung vieler Akteure und die Hinwendung zu einer kooperativen Planung begründet:

„Mehr und mehr beginnt sich die Einsicht durchzusetzen, dass räumliche Entwicklungen im Spannungsfeld von Märkten, politisch-administrativen Zuständigkeiten und privaten Haushalten stattfinden. In diesem intermediären Bereich zwischen verschiedenen Akteuren, Lebenswelten, Aktivitäten und politischen Prozessen gilt es zu vermitteln, Verbindungen herzustellen und Kooperationen zu ermöglichen.“

(SCHAFFER 2004.: 189)

Dass heute weitgehend die Übereinkunft herrscht, dass Partizipation und Kooperation viele positive Effekte für die Stadtentwicklung und die Bevölkerung mit sich bringen kann, zeigt nicht zuletzt die Festschreibung einer „umfassenden Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung“ (VEREINTE NATIONEN 1992: 276) in der Agenda 21¹. Worin die Potenziale von Beteiligungsprozessen liegen, aber auch welche Schwierigkeiten damit verbunden sind, wird im nachfolgenden Kapitel herausgearbeitet.

3.2. Nutzen und Grenzen von Beteiligung

3.2.1. Funktionen von Beteiligung

Wie aus den Ausführungen über die Entwicklung des Beteiligungsverständnisses hervorgeht, wird der Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in die Stadtplanung heute auf verschiedenen Ebenen und für unterschiedliche Akteure ein vielfältiger positiver Nutzen zugeschrieben. So bietet die Beteiligung von Anwohnerinnen und Anwohnern etwa die Möglichkeit, genauere Informationen über das Gebiet zu erlangen und bei Entscheidungen für Planungsvorhaben viele unterschiedliche Perspektiven einzubeziehen (vgl. MÜLLER 2015: 251; SELLE 2000: 169ff).

Partizipation kann darüber hinaus als eine Art Frühwarnsystem bei neuen Bauvorhaben gesehen werden. Widerstände können frühzeitig aufgegriffen und in konstruktive Diskussionen über ein Wie statt ein Ob umgewandelt werden. Dadurch können Konflikte sowie teure Planungsfehler oder Rechtsstreitigkeiten vermieden und Abstimmungen beschleunigt werden, was auch aus ökonomischer Sicht für den Einsatz partizipativer Methoden spricht (vgl. BISCHOFF et al. 1996: 18; SELLE 2000: 169ff; WENNER 2014: 37f).

¹ Die Agenda 21 ist das Aktionsprogramm für eine nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, das im Jahr 1992 auf der UN-Konferenz in Rio de Janeiro beschlossen wurde. (s. Vereinte Nationen 1992)

In Hinblick auf die Unzufriedenheit mit der Parteiendemokratie kann Beteiligung zur Legitimation von Vorhaben beitragen und durch die gemeinsame Arbeit an Lösungsvorschlägen außerdem einer weiteren Entfremdung der Politik entgegenwirken. Das Miteinbeziehen der Bevölkerung gibt einen Einblick in politische Entscheidungen und unterstützt das Verständnis, dass es sich dabei um einen komplexen Interessensausgleichsprozess handelt (vgl. MÜLLER 2015: 251). Schon im Jahr 1969 wies ARNSTEIN (1969) in ihrer Publikation „A Ladder of citizen participation“, welche einen wesentlichen Grundstein zur Diskussion über Beteiligung in der Stadtplanung legte, darauf hin, dass Partizipation – „zumindest in der Theorie“ – die Basis jeder Demokratie darstelle. In der Praxis zeigten zahlreiche Beispiele, dass Partizipation oft ohne echte Beteiligung stattfindet. ARNSTEIN zeigt auf, dass gelungene Partizipation nur dann stattfinden kann, wenn die eingebundenen Personen oder Gruppen auch tatsächlich Entscheidungsmacht zugewiesen bekommen, also vor allem dann, wenn Beteiligung auf der Ebene der Kooperation stattfindet. Häufig würden sogenannte Partizipationsprozesse allerdings lediglich als Ritual durchlaufen werden. „Citizen participation“ sei dabei ein kategorischer Ausdruck für „citizen power“, der mit einer Umverteilung von Macht einhergehen müsse (vgl. ebd. 216).

Wenngleich ARNSTEINs Ausführungen, vor allem in Hinblick auf die weitreichende Abgabe von Macht kritisiert wurden, so herrscht doch Übereinkunft darüber, dass Partizipation einen wichtigen Grundstein einer demokratischen Gesellschaft darstellt. Auch OTTO und HOCH (2005) meinen dazu:

„Die Leitidee demokratischer Partizipation gehört zu den unverzichtbaren Essentials Bürgerschaftlicher Entwicklungen im Kontext einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung.“

(ebd.: 494)

Partizipation und Mitbestimmung tragen wesentlich zur Emanzipation und Sozialisation in der Gemeinschaft bei. Zusätzlich können wertvolle Erfahrungen im gemeinschaftlichen Handeln gesammelt werden. Es wird das Aneignen der eigenen Räume erlebt und die Identifikation mit der Lebensumwelt gefördert, was wiederum zu verstärktem bürgerlichen Engagement und Selbstverantwortung führt (vgl. SELLE 2000: 178f; BISCHOFF et al. 1996: 18).

3.2.2. Herausforderungen in Beteiligungsprozessen

Doch nicht immer können durch den Einsatz partizipativer Instrumente jene eben beschriebenen positiven Effekte erzielt werden. Das ist vor allem auf bestimmte Herausforderungen bei der Umsetzung von Beteiligungsprozessen zurückzuführen.

So wird von Seiten der Planung häufig ein höherer Zeit- und Personalaufwand beklagt. Wie zuvor bereits ausgeführt, stellt SELLE (2000) der Zeitkomponente entgegen, dass die Einbindung der Bevölkerung über den gesamten Prozess betrachtet zu Effizienzsteigerungen führen kann, da unter anderem auf Widerstände frühzeitig reagiert werden kann (vgl. ebd.: 170ff).

Zusätzlicher Personalaufwand geht einher mit einer veränderten Rolle der Planenden in partizipativen oder kooperativen Kommunikationsprozessen. Die Einführung solcher Prozesse bedeutet immer auch eine Umstellung bisheriger Abläufe und das Erlernen neuer Methoden, was zumindest zu Beginn eine zusätzliche Belastung darstellen kann (vgl. SELLE 2000: 188f). Neue Ansätze, etwa Governance Konzepte, welche die Bevölkerung auf eine Ebene mit den Planenden stellen, können für die vergleichsweise unflexiblen Strukturen der Verwaltungen eine Herausforderung darstellen (vgl. FINGER/LEVIN-KEITEL 2017: 51).

Ein weiterer Kritikpunkt beim Einsatz partizipativer Instrumente ist häufig, dass von den Beteiligten zu unterschiedliche, teils sogar unrealistische Erwartungen an die Planung und die raumplanerischen Möglichkeiten gestellt werden beziehungsweise die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von Partizipations- oder Kooperationsprozessen lediglich ihre eigenen Interessen durchzusetzen versuchen. Demgegenüber steht allerdings die Frage, was, außer dem persönlichen Interesse, zum Engagement in Beteiligungsprozessen motivieren kann. SELLE (2000) stellt fest, dass gerade darin ein wesentlicher Zugang zu Partizipationsprozessen liegt:

„Man muss Lebenslagen und Interessen zum Ausgangspunkt nehmen, wenn Bürgerorientierung und Kooperation tragfähig sein soll.“

(ebd.: 181)

Werden persönliches Interesse und Nutzen als Ausgangspunkt für Beteiligung gesehen, wird allerdings ein weiteres wesentliches Problem in Beteiligungsprozessen deutlich. Die Erwartungen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger können höchst unterschiedlich ausfallen und weit voneinander abweichen. Häufig treten in derartigen Prozessen die Wünsche der gut informierten und artikulationsstärkeren Gruppen in

den Vordergrund. Die Interessen jener Bevölkerungsgruppen, die durch keine Lobby vertreten werden, geraten in den Hintergrund (vgl. KÄHLER 2014: 47).

Tatsächlich stellt die Einbindung schwer erreichbarer Gruppen eine der größten Herausforderungen bei Partizipationsprozessen dar. Personen mit hohem Bildungsgrad, guter beruflicher Position sowie finanzieller Sicherheit sind deutlich stärker in Beteiligungsverfahren involviert oder ehrenamtlich engagiert (vgl. HOCH 2005: 498f). Dem Faktor Zeit kommt dabei eine bedeutende Rolle zu, denn die Mitarbeit in Bürgerbeteiligungsprojekten verlangt zumindest von den Bürgerinnen und Bürgern meist in der Freizeit aktiv zu werden. Neben bestimmten Voraussetzungen, etwa die Sprache oder spezifisches Know-how betreffend, müssen die Beteiligten auch über ausreichend finanzielle und zeitliche Ressourcen verfügen, um ehrenamtlich in Partizipations- oder Kooperationsprozessen mitzuwirken, was nicht auf alle Bevölkerungsgruppen zutrifft (vgl. FÄRBER 2014: 28f).

Darüber hinaus ergeben sich häufig auch Schwierigkeiten hinsichtlich der Erreichbarkeit bestimmter Bevölkerungsschichten. Eine Ausdifferenzierung der Kommunikation, abgestimmt auf die Bedürfnisse der jeweiligen Gruppe, die angesprochen werden soll, kann dabei Abhilfe schaffen. Ein generelles Öffnen von Beteiligungsformen, etwa durch Bürgerversammlungen zu denen „alle kommen können“, führt – wenn auch unbeabsichtigt – zu Selektivität. Es braucht speziell abgestimmte Kommunikationskanäle und Arbeitswege. SELLE (2000) plädiert dafür, das Problem der Selektivität vor allem als „Methodenproblem“ zu betrachten (vgl. ebd.: 151). Ist ein echtes Bekenntnis zu Bürgerbeteiligung von Seiten der Stadtplanung vorhanden und werden genug Ressourcen zur Verfügung gestellt, Kommunikation Zielgruppengerecht zu gestalten, können auch schwer erreichbare Gruppen in Beteiligungs- und Partizipationsprozesse einbezogen werden. Informelle Strukturen und Netzwerke in den Bevölkerungsschichten können hier einen guten Ansatzpunkt bieten. Ebenso können auch intermediäre Organisationen, etwa Quartiersmanagements, die notwendige aufsuchende Kommunikationsarbeit leisten und als Lobby für bestimmte Bevölkerungsgruppen agieren (vgl. SELLE 2000: 149ff; HOCH 2005: 497).

Als eine weitere Herausforderung wird häufig auch mangelnde Teilnahme seitens der Bevölkerung an den zur Verfügung gestellten Partizipationsmaßnahmen genannt. Unzureichende Kommunikation kann auch hier die Ursache bilden. Darüber hinaus können negative Erfahrungen aus früheren Partizipationsverfahren, etwa wenn Partizipationsinstrumente lediglich als Alibihandlung zur Legitimation bereits beschlossener Maßnahmen eingesetzt oder vor allem als Marketingmaßnahme genutzt und die Er-

gebnisse aus der Bürgerbeteiligung nicht berücksichtigt wurden, zu einer geringen Beteiligung beitragen. Auch KÄHLER (2014) sieht darin geringe Teilhabe an Partizipationsprozessen begründet:

„Die Bürger haben ein sehr feines Gespür dafür, ob man sie ernst nimmt oder nicht. Das Verfahren hinterlässt bei vielen den Eindruck, ein eher politisch notwendiges Ritual zu sein.“

(ebd.: 47)

Aus den eben aufgeführten Herausforderungen wird deutlich, worin erfolgreiche Beteiligungsprozesse begründet sind. Wie schon aus der oben genannten Definition nach SELLE hervorgeht, stellt Information eine wichtige Grundlage für Partizipation dar. Wirkliche Beteiligung muss aber über den bloßen Zugang zu Information hinausgehen. Es braucht eine genaue, auf die Zielgruppen ausgerichtete Kommunikation sowie klare Rahmenbedingungen zur Reichweite der Maßnahmen und dem Einsatz der Ergebnisse, damit die Bevölkerung sich ernst genommen fühlt und an Partizipationsprozessen teilnimmt. Wie ARNSTEIN ausführt, können durch die Abgabe von Entscheidungsmacht und die Möglichkeit der Mitentscheidung die positiven Effekte der Partizipation weiter verstärkt werden. Die kooperative Stadtplanung bietet durch die Gleichstellung der Akteure also weitreichende Chancen für die Stadtentwicklung.

Wichtig ist dabei allerdings ein Bekenntnis zur Kooperation auf beiden Seiten und damit einhergehend gegenseitiges Verständnis und Empathie. Die Fähigkeiten zur Partizipation sowie zum kooperativen Handeln müssen erlernt werden, wozu die Nachbarschaft oder das Quartier den geeigneten Rahmen bilden können (s. Kap.2.2.4).

3.3. Exkurs: Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadtentwicklung

Neben partizipativen Prozessen und Kooperation wird häufig auch zivilgesellschaftlichem Engagement hohes Potenzial in der Stadtentwicklung zugeschrieben. Zivilgesellschaftliches Engagement umfasst alle von Bürgerinnen und Bürgern selbst initiierten Projekte. Dass dazu vielfältige Schlagworte, wie etwa do-it-yourself-urbanism, hands-on-urbanism oder das Selbermachen in der Stadt, existieren, zeigen, dass Aktivitäten, die auf der Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger beruhen, heute großen Zuspruch im städtebaulichen Diskurs erfahren.

OSWALT et al. (2014) bezeichnen zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadt als logische Weiterentwicklung der Partizipation, da hier die negativen Effekte von Partizipationsprozessen umgangen werden können und alle Beteiligten zufrieden gestellt

werden (vgl. ebd.: 14). Als Auslöser für zivilgesellschaftliches Engagement wird meist der persönliche Nutzen oder Verbesserungen im persönlichen Lebensumfeld genannt, welche sehr unterschiedlich ausfallen können. So können etwa schwierige Lebenssituationen und fehlende beziehungsweise unzureichende sozialpolitische Unterstützung dazu anregen, Initiativen im Bereich der Kinderbetreuung oder Gesundheit ins Leben zu rufen (vgl. SELLE 2000 ebd.: 180f), oder der Wunsch nach mehr Grün im Wohnumfeld kann die Gründung von Urban-Gardening zur Folge haben. Es existieren zahlreiche Beispiele für Projekte, die durch die Eigeninitiative der Bevölkerung entstanden sind.

Ähnlich wie bei der Weiterentwicklung von Beteiligungsverfahren in der Stadtplanung, sieht KRASNY (2012) das Selbermachen in der Stadt, das durch bottom-up Initiativen entsteht, als wesentlichen Schlüssel zur Lösung von urbanen Krisen (vgl. ebd.: 11). So waren es im geschichtlichen Verlauf immer wieder zivilgesellschaftliche Initiativen, die auf gravierende Probleme in der Stadt reagierten und diese damit entschärften. Als Beispiel kann etwa die Wiener Siedlerbewegung im späten 19. Jahrhundert genannt werden, die als Reaktion auf die massive Wohnungsnot in der Stadt in Eigeninitiative zahlreiche informelle Siedlungen errichtete und damit gezwungener Weise auf das Fehlen des Wohnraums reagierte (vgl. NOVY et al. 1991: 7ff). Auch gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte, wie sie in Kapitel 4 vorgestellt werden, waren ursprünglich getragen von dem Gedanken nach selbstbestimmten Wohnraum, der von der öffentlichen Hand nur unzureichend zur Verfügung gestellt wurde und dem zivilgesellschaftlichen Engagement ihrer Mitglieder.

Während der geschichtliche Rückblick zeigt, dass bürgerliches Engagement in seinen frühen Formen vor allem durch unzureichende Versorgung mit Dingen der Daseinsgrundfunktionen geprägt war, sind es heute vor allem gut gebildete und wohlhabende Gesellschaftsschichten, die sich an zivilgesellschaftlichen Initiativen beteiligen. Denn, ebenso wie die Teilhabe an Beteiligungsprozessen, findet „[s]elbstorganisiertes Engagement [...] vor allem dort statt, wo Menschen Verantwortung übernehmen können, das heißt dort, wo Menschen mit überschüssigen sozialen, kulturellen und finanziellen Ressourcen leben.“ (MONTAG STIFTUNG URBANE RÄUME 2016: 6) Der Faktor Zeit spielt auch hier eine wesentliche Rolle, da sich der Zeitaufwand von zivilgesellschaftlich getragenen Projekten gegenüber von der Stadt initiierten Beteiligungsverfahren deutlich erhöht. Das schränkt den teilnehmenden Personenkreis deutlich ein.

Wird zivilgesellschaftliches Engagement im Allgemeinen aber als Reaktion auf die fehlende Versorgung durch die öffentliche Hand betrachtet, wird schnell ihr Nutzen für

die Stadtplanung deutlich. Eine derartige Entlastung des Sozialstaates darf jedoch nicht ausgenutzt werden, etwa indem Aufgaben an die Bevölkerung abgewälzt werden. Vielmehr bedarf eine Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen und eine damit verbundene Selbstverantwortung der Bevölkerung, einer Politik, die Hilfe anbietet und Kooperationen sucht, wie aus vielen Beispielen deutlich hervorgeht (vgl. SELLE 2000: 173ff; BISCHOFF et al. 1996: 18). Gerade der vielseitige Nutzen zivilgesellschaftlichen Initiativen für die Stadt führt dazu, dass sich „bürgerliches Engagement [...] im Spannungsfeld zwischen Innovation und Instrumentalisierung [bewegt].“ (HOCH/OTTO 2005: 493)

3.4. Beteiligung in der Wiener Stadtplanung

Aufgrund des besonderen Fokus dieser Arbeit auf die Situation in der Stadt Wien wurden bestehende Leitfäden und Strategien der Stadt in Hinblick auf das Thema der Bürgerbeteiligung untersucht. Dabei zeigt sich, dass Partizipation im Stadtentwicklungsplan 2005 (STEP 05) als eines der Grundprinzipien für die darin verfassten Handlungsempfehlungen und Maßnahmen genannt wird. Partizipation wird dort als städteplanerisches Instrument verstanden, welches in Planungsprozessen zur Konsensfindung eingesetzt wird (vgl. MA 18 2005: 22f). Für die Wiener Stadtplanung empfiehlt der STEP 05 Rahmenbedingungen zu schaffen, die Partizipation ermöglichen und fördern, unter anderem etwa durch die „Verfügbarkeit entsprechender magistratsinterner und –externer finanzieller und zeitlicher Ressourcen“ (ebd.: 27).

Im Jahr 2012 wurde mit dem „Praxisbuch Partizipation“ ein Leitfaden für Angestellte der Stadt Wien herausgegeben, welcher die Planung und Durchführung von Partizipationsprozessen unterstützen soll. Wie schon im STEP 05 werden Information, Konsultation und Kooperation als unterschiedliche Intensitätsstufen unterschieden, welche je nach Situation zur Anwendung kommen können (vgl. MA 18 2012: 6ff). Ein im Leitfaden publizierter Entscheidungsbaum (s. Abb. 2) soll dabei unterstützen, für die jeweilige Situation die richtige Form und Intensität der Partizipation auszuwählen (vgl. ebd.: 14). In Hinblick auf die sechs entscheidenden Fragen wird jedoch deutlich, dass es sich dabei um sehr subjektive Einschätzungen der entscheidenden Personen handelt, etwa bei der Anzahl der betroffenen Bürgerinnen und Bürger oder bei der Bewertung der finanziellen, zeitlichen personellen Ressourcen. Wie weiter oben beschreiben, stellt letzteres ein häufig genanntes Hindernis auf Seiten der kommunalen Akteure dar, wodurch der Einsatz von partizipativen Methoden anhand eines unverbindlichen Leitfadens eher in den Hintergrund zu rücken droht.

Entscheidungsbaum zur Partizipation

Wann sind Konsultation oder Kooperation empfehlenswert?
Wann reicht Information?

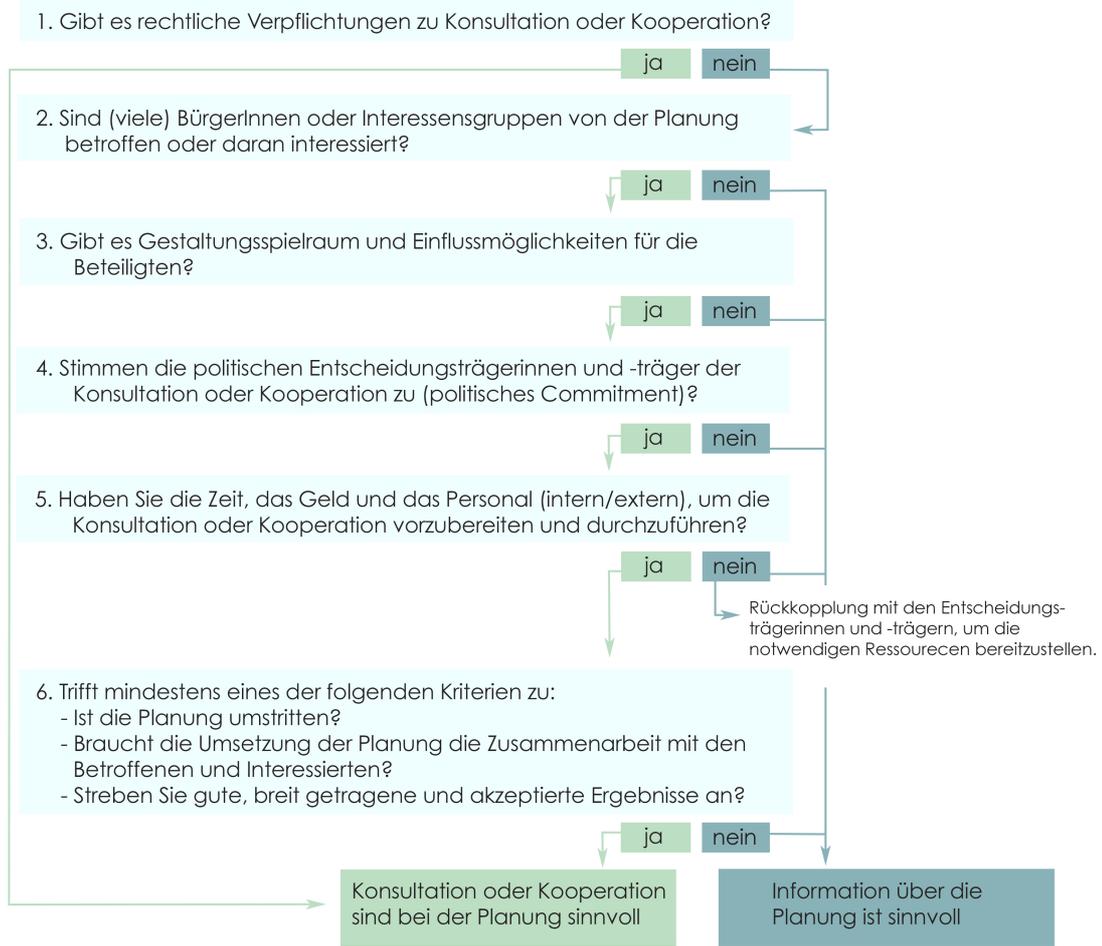


Abbildung 2: Entscheidungsbaum zur Partizipation in Wien (Darstellung nach MA 18 2012: 14)

Dennoch wird auch im aktuellen Stadtentwicklungsplan (STEP 2025), welcher im Jahr 2014 veröffentlicht wurde, die Wichtigkeit der Partizipation betont. So werden neben dem prognostizierten Bevölkerungswachstum „neue Formen der Kooperation und Partizipation“ als wesentliche Triebfedern für zukünftige Stadtentwicklungsaufgaben genannt. Zur Erreichung des Ziels „kompakte und attraktive Quartiere zu schaffen“ (MA 21 2014: 19) braucht es gemäß STEP 2025–

„die Einbeziehung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – um die vielfältigen Bedürfnisse zu erkennen, Ängste zu nehmen, lokales Know-how zu nutzen und Ergebnisse zu erzielen, die unterschiedliche Sichtweisen und ins-

besondere auch die Interessen von artikulationsschwachen Gruppen berücksichtigen.“

(ebd.: 36)

„Die partizipative Stadt“ (ebd.: 25) ist als eines der Prinzipien für die zukünftige Stadtentwicklung Wiens festgeschrieben, wobei anhand von verbindlichen Leitlinien klare Rahmenbedingungen für Partizipation in der Stadt geschaffen werden sollen. Die Ebene der Kooperation wird im STEP 2025 deutlich stärker betont als noch im STEP 05. Unter dem Stichwort „Governance“ gelte es, alle betroffenen Akteure – von der öffentlichen Hand über private Unternehmen bis hin zu Bürgerinitiativen und jeder einzelnen Bürgerin und Bürger – zu beteiligen und ihr Engagement zu fördern. Um die positiven Effekte der Kooperation zu stärken, gehe es um mehr als transparente Kommunikation, vielmehr brauche es von Beginn an eine offene Diskussion und Einbeziehung aller Betroffenen und Interessierten. Damit seien auch die traditionellen Aufgaben der Stadtplanung einem Wandel unterworfen. Die öffentliche Hand müsse zunehmend als Managerin agieren und die unterschiedlichen Interessen in komplexen Entscheidungsprozessen koordinieren (vgl. MA 21 2014: 26ff). Stadtentwicklung soll zukünftig auch bottom-up Initiativen Platz geben, also der „Eigeninitiative unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure“, die als „Koproduzentinnen und Koproduzenten von Stadt [...] fungieren“ sollen (MA 21 2014: 51).

Mit dem „Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung“, welcher im Dezember 2016 vom Wiener Gemeinderat beschlossen wurde, sollten jene im STEP 2025 festgeschriebenen verbindlichen Leitlinien für Partizipation in der Stadtentwicklung festgelegt werden (vgl. MA 21 o.J.). Demnach hat in jedem Fall ein Beteiligungsprozess stattzufinden, wenn etwa mehr als 300 Wohneinheiten entstehen sollen, ein Hochhaus gebaut wird oder ein städtebauliches Vorhaben in der Kernzone des Weltkulturerbes geplant ist. Der Masterplan sieht außerdem eine frühestmögliche Beteiligung vor. Die Bevölkerung soll demnach beim Erarbeiten von Leitthemen oder städtebaulichen Leitbildern sowie bei der Widmung miteinbezogen werden (vgl. MA 21 2016: 22ff). Die Betrachtung der im Masterplan vorgestellten Methoden zur Umsetzung von Beteiligungsverfahren reicht jedoch nicht an die im STEP 2025 verankerte Kooperation heran. Die Methoden umfassen etwa die richtige Aufbereitung von Information, Fragebögen oder die gemeinsame Diskussion im Rahmen von runden Tischen (vgl. ebd.: 30ff). Information und das Einbringen von Ideen und Kritik stellen wesentliche Elemente von Partizipation dar, sie reichen aber nicht an gelungene und funktionierende Kooperation heran, die auch eine gemeinsame Entscheidungsfindung umfasst.

4. Gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte

In den vergangenen Jahren sind gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte zunehmend in den Fokus der Stadtplanung gerückt. Für die unterschiedlichen Projekte steht eine Reihe verschiedenerer Bezeichnungen zur Verfügung. Im deutschsprachigen Raum werden etwa Begriffe wie „Baugruppe“, „Wohnprojekt“ oder „Baugemeinschaft“ zum Teil synonym verwendet oder sollen auf Unterschiede etwa in Hinblick auf die Rechtsform oder die Art der Umsetzung hinweisen (vgl. MÜLLER 2015: 19). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird neben der allgemeinen Bezeichnung „gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte“ lediglich der Begriff „Baugruppe“ verwendet, wodurch alle Projekte gemeint sind, die der folgenden Definition entsprechen:

„Entscheidend [...] ist die Mitbestimmung der BewohnerInnen bei der Entwicklung ihrer zukünftigen Wohnumgebung, von der Wohnung selbst bis zum Wohnhaus samt Gemeinschaftsräumen und Gewerberäumen und zu privaten Außenflächen [...].“

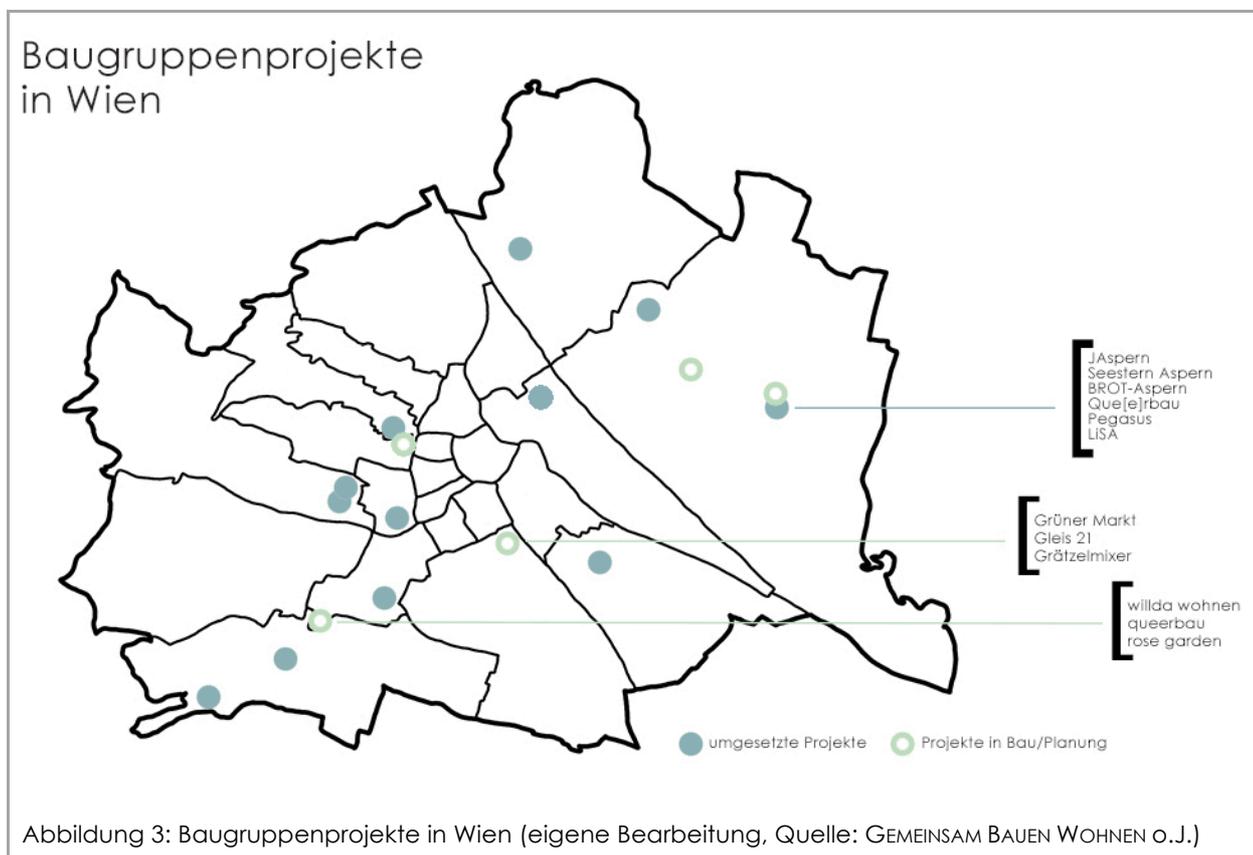
(TEMEL et al. 2009: 4)

Konkreter bedeutet das die gemeinschaftliche Mitbestimmung, welche wie beschrieben häufig auch Aspekte des gemeinschaftlichen Zusammenlebens im Anschluss an die Realisierung des Projektes im Fokus hat. Beschränkt sich die Mitbestimmung auf die bauliche Gestaltung privater Wohnräume, wie es etwa bei der Planung einer Reihenhaussiedlung der Fall ist, oder wird die zukünftige Bewohnerschaft erst nach dem erfolgten Bau des Wohngebäudes miteinbezogen, wie es etwa im Rahmen der Mietermitbestimmung passiert, fallen diese Projekte nicht unter gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte (vgl. ebd.).

Die Aufmerksamkeit, die derartigen Projekten derzeit im Rahmen von facheinschlägigen Veranstaltungen aber auch im öffentlichen Diskurs entgegengebracht wird, erweckt häufig den Anschein, dass hier völlig neue Wohnformen entstehen. Tatsächlich reichen die Anfänge des selbstorganisierten Bauens und Wohnens bereits bis zur Wiener Siedlerbewegung der 1920er Jahre zurück, wie zuvor bereits dargestellt wurde (s. Kap. 3.3). Dabei standen eine kostengünstige Umsetzung sowie nachbarschaftliche Beziehungen und Unterstützung im Mittelpunkt der selbstorganisierten und selbstverwalteten Bauprojekte (vgl. NOVY et al. 1991:8). Auch die Wohngemeinschaften und alternativen Wohnmodelle der 1970er und 1980er Jahre organisierten Bauen und Wohnen zum Teil selbst. Ihrem Handeln lagen dabei vor allem bestimmte politische

Einstellungen zugrunde, welche auf das Ausbilden einer „Gegengesellschaft“ ausgerichtet waren, wobei das selbstorganisierte Bauen und Wohnen vor allem als Mittel zum Zweck diente (vgl. KLÄSER 2006: 90).

Es sind vor allem die den heutigen gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten zugrundeliegenden Motive, welche sie von den früheren Modellen unterscheiden. Zwar stehen auch heute noch häufig Fragen der Finanzierung sowie des gemeinschaftlichen Zusammenlebens im Mittelpunkt, wie nachfolgend gezeigt wird, dennoch basieren diese nicht auf bestimmten ideologischen Grundwerten. Vielmehr zeichnen sich heutige gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte durch pragmatische Zugänge aus, die versuchen langwierige Entscheidungsfindungsprozesse möglichst rationell umzusetzen und durch den Zusammenschluss zur Gruppe Vorteile zu erzielen (vgl. ebd.; MÜLLER 2015: 19; TEMEL et al. 2009: 4).



Im folgenden Kapitel werden nun die besonderen Aspekte von Baugruppenprojekten herausgearbeitet sowie ihr Beitrag zur Stadtentwicklung untersucht. Dabei werden die Chancen von Baugruppen ebenso betrachtet wie Hindernisse und mögliche Hürden bei der Umsetzung derartiger Projekte. Aufgrund des besonderen Fokus der vorliegenden

Arbeit auf die Stadt Wien, werden vor allem die aktuellen Regelungen und Gegebenheiten in Wien betrachtet. In Wien besteht mittlerweile eine große Anzahl gemeinschaftlicher Bau- und Wohnprojekte, welche für die Untersuchung herangezogen werden. Zusätzlich befinden sich einige Projekte in Bau beziehungsweise in Planung (s. Abb. 3).

4.1. Gründe für gemeinschaftlichen Bauen und Wohnen

Die Motivation, sich einer Baugruppe anzuschließen, kann sehr unterschiedliche begründet sein. Je nach Projekt und Gruppe treten unterschiedliche Aspekte in den Vordergrund. Dennoch können der Wunsch nach Selbstbestimmtheit und Gemeinschaft sowie das Bestreben kostengünstig zu Bauen als zentrale Motive für die Gründung einer Baugruppe beziehungsweise für das Beteiligen an einem derartigen Projekt ausgemacht werden. Inwieweit diese Aspekte im Rahmen von gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten zum Tragen kommen, wird im Folgenden näher erläutert:

Selbstbestimmtheit

Die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner von Baugruppen sind von Beginn an in den Planungsprozess eingebunden und können damit in höchstem Maße bei der Gestaltung des Gebäudes mitbestimmen. Das betrifft neben der Architektur auch die Art der Baumaterialien und damit verbunden ökologisch-energetische Aspekte. Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit die eigene Wohnung nach den individuellen Vorstellungen und Bedürfnissen zu gestalten, was auf dem normalen Wohnungsmarkt nur schwer möglich ist (vgl. MÜLLER 2015: 26f; TEMEL 2009: 24).

Intensität und Umfang der Selbstbestimmung können sich dabei in Bezug auf die einzelnen Mitglieder der Baugruppe unterscheiden. So werden die meisten Projekte von einer relativ kleinen Gruppe gestartet, die Entscheidungen über grundlegende Aspekte, wie etwa den Standort, den Architekten oder die Architektin oder die Rechtsform trifft. Mitglieder, die erst später zu der Gruppe stoßen, haben dementsprechend einen geringeren Einfluss auf die Umsetzung des Bauvorhabens (vgl. TEMEL 2012: 52f). Die Selbstbestimmtheit wirkt in den meisten Fällen aber über die gemeinsame Planung hinaus und in das gemeinschaftliche Zusammenleben hinein. Die Zusammenführung der unterschiedlichen Interessen verlangt von den Mitgliedern also stets kooperatives Handeln. Damit reichen gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte also stets über die reine Partizipation hinaus und funktionieren immer auf der Ebene der Kooperation. Manche Projekte bewegen sich dabei auch im Rahmen des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Gemeinschaft

Der Selbstbestimmtheit und der Möglichkeit den Wohnraum individuell zu gestalten stehen in Baugruppen Aspekte des gemeinschaftlichen Zusammenlebens gegenüber. Die Mitglieder einer Baugruppe lernen sich schon frühzeitig im Planungsprozess kennen und können selbst mitbestimmen, wer der Gruppe beitrifft. Je nach Gruppe kann dabei der Fokus auf einer homogenen oder möglichst vielfältigen Struktur der Bewohnerinnen und Bewohner gelegt werden. In beiden Fällen kann durch das frühe und intensive Kennenlernen schon vor dem Einzug eine nachbarschaftliche Gemeinschaft entstehen (vgl. MÜLLER 2015: 27; TEMEL 2009: 24). Auf diese Netzwerke kann schließlich nach dem Einzug zurückgegriffen und aufgebaut werden.

Verbunden mit dem Gedanken des gemeinschaftlichen Zusammenlebens treten auch Aspekte nachbarschaftlicher Hilfeleistungen in den Vordergrund, etwa die gemeinsame Kinderbetreuung. Darüber hinaus können diese Netzwerke der Isolation von Single-Haushalten oder von Personen nach dem Ausstieg aus dem beruflichen Alltag entgegenwirken. Vielfach werden von der Gemeinschaft also positive Auswirkungen auf den Alltag erwartet (vgl. TEMEL et al. 2009: 20ff; TRUMMERS 2010: 65ff).

Kostengünstiges Bauen

Eine weitere vielgenannte Motivation einer Baugruppe beizutreten, sind die möglichen Kosteneinsparungen, die sich durch den Zusammenschluss mehrerer Personen ergeben. Durch die Übernahme von Aufgaben, die im Normalfall durch einen Bauträger oder einen Investor getragen werden müssen, können die damit verbundenen Kosten beispielsweise Gewinnaufschläge, für das Wohngebäude gesenkt werden. Auch über die individuelle Gestaltung der Wohnungen sowie die Errichtung von gemeinschaftlichen Infrastrukturen können Kosten eingespart werden, indem auf nicht benötigte Standards verzichtet wird.

Den Kosteneinsparungen im gemeinschaftlichen Bauen steht dabei meist ein größeres finanzielles Risiko der Mitglieder der Baugruppe gegenüber. Inwieweit tatsächlich Kosteneinsparungen für die Bewohnerinnen und Bewohner erreicht werden können, ist vielfach von den äußeren Rahmenbedingungen abhängig, etwa den zur Verfügung stehenden Förderungen durch die öffentliche Hand. Studien über deutsche Baugruppenverfahren gehen Kostenvorteilen von zehn bis 25 Prozent aus, wobei diese Zahlen aufgrund der unterschiedlichen Fördermöglichkeiten nicht direkt auf Österreich übertragbar sind (vgl. MÜLLER 2015: 25f; TEMEL 2009: 24f).

Neben diesen zentralen Motiven können noch weitere Beweggründe für das Beteiligen an einer Baugruppe ausgemacht werden, welche als pragmatische Antwort auf veränderte Lebensstile und gesellschaftliche Herausforderungen, wie den Klimawandel, gedeutet werden. So steht häufig der Wunsch nach einer nachhaltigen Lebensweise im Mittelpunkt, welche im Rahmen von Baugruppen etwa durch eine ökologische Bauweise umgesetzt werden kann (vgl. KLÄSER 2006: 90ff; TEMEL et al. 2009: 20ff). Oft gilt auch der Wunsch nach einem kinderfreundlichen Umfeld und mehr Platz zum Wohnen in Verbindung mit der Gründung einer Familie als Ausgangspunkt für die Änderung der Wohnform. Die Möglichkeit, das direkte Umfeld mitzugestalten und dabei Kosten einzusparen, machen Baugruppen zu einer Alternative für das Einfamilienhaus im suburbanen Raum. Durch vergleichsweise kompakte Wohnungsgrößen, welche durch Gemeinschaftsräume ergänzt werden, wirken Baugruppen der Zersiedelung entgegen und leisten damit einen positiven Beitrag zum Umweltschutz (vgl. MÜLLER 2015: 40f, 392).

Betrachtet man die Zielsetzungen verschiedener Baugruppenprojekte, wird deutlich, dass ihre Grundhaltungen und Werte häufig eine Vielzahl jener Handlungsfelder abdecken, die in aktuellen urbanen Entwicklungsstrategien festgehalten sind. Das betrifft etwa Fragen des sozialen Zusammenhalts auch in Hinblick auf die gegenseitige und generationenübergreifende Unterstützung, gesunde Nachbarschaften, Fragen der Energiewende sowie Beteiligung und Mitbestimmung. Vor dem Hintergrund einer Krise der parteibasierten Demokratie, deren Auswirkungen auch im Bereich des Wohnens spürbar werden, nehmen gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte die Umsetzung dieser Handlungsfelder vermehrt selbst in die Hand (vgl. TEMEL et al. 2009: 10; TRUMMERS 2010: 75).

4.2. Typologie von gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten

Der Umsetzung von Baugruppenprojekten kann eine Vielzahl unterschiedlicher Motive zugrunde liegen, wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt wurde. Auch in Hinblick auf ihre Größe, ihre Entstehungsweise oder die Art und Weise ihrer Umsetzung zeigen sich die verschiedenen Projekte höchst unterschiedlich. KLÄSER (2006) schlägt eine Kategorisierung der Projekte nach deren Grad der Selbstorganisation vor (s. Abb. 4), welche nachfolgend vorgestellt wird.

>>> wachsender Grad der Selbstorganisation >>>

	A professionell initiierte Baugruppen	B Special-Interest- Gruppen	C Lebenssituations- gruppen	D Mehrgeneratio- nengruppen	E Gemeinwesen- gruppen
soziales Profil	demographisch gemischt, sozial-kulturell eher homogen	demographisch gemischt, sozial-kulturell eher homogen	Sozial u./o. demographisch u./o. kulturell homogen	demographisch gemischt, sozial-kulturell eher homogen	demographisch gemischt, sozial-kulturell eher homogen
betrifft	Ökonomische Vorteile gegenüber individueller Lösung Angebot besonderer Lage Einfluss auf Raumprogramm Einfluss auf soziales Umfeld	solares/ energiesparendes Bauen ökologisches Bauen besondere Haus-/Wohnungstypen, z.B. Wohnen im Schloss besondere Lage	Wohnprojekte für Frauen u./o. alleinerziehende Mütter Lesben-/ Schwulengruppen Senioren-WGs symbiotische Gruppen, z.B. Senioren und Studenten	Gemeinschaft von Familien und Singles, alt und jung ökonomische und soziale Surpluseffekte durch Gemeinschaft mögliche Integration von Wohnen und Arbeiten	kleingruppenübergreifende Organisationsstruktur Arbeitsplätze durch internes Programm Ausstrahlung des internen Programms, Verflechtung mit Umgebung
Entstehung	Initiator sind häufig Architekten oder externe Dienstleister	Anregung durch Alternativbeispiele, Initiativgruppe, Kommunen	Häufig durch Fortentwicklung von Netzwerken	Anregung durch Alternativbeispiele, Initiativgruppe	häufig aus politischer Bewegung und bestimmtem sozialen Umfeld entstanden
Rechtsform	i.d.R. WEG	WEG, Verein oder Genossenschaft	häufig Verein	WEG, Verein oder Genossenschaft	Verein oder Genossenschaft
Größe	i.d.R. Kleingruppe	Von Kleingruppe bis zu Siedlungseinheiten	i.d.R. kleinere Gruppen, aber auch größere Wohnanlagen	kleine bis mittlere Gruppen	nur Großgruppe bis zu 250 Personen
Interesse und sozialer Anspruch	Vor allem Bauen, Gemeinschaft nicht Ausgangspunkt, sondern evtl. Resultat des Prozesses	Verwirklichung einer „Idee“, Gemeinschaft dazu erforderlich, aber nicht primäres Ziel	bessere Problembewältigung, emotionale Einbettung, Balance zw. Unabhängigkeit und „Wahlfamilie“	Verwirklichung eigener Wohn- und Lebensformen, erhöhte Toleranzschwelle	eigene Wohn- und Lebensformen, Möglichkeit wechselnder Gemeinschaftsbildung
zusätzliche Räume/ Einrichtungen	selten bis gar nicht	entsprechend Thematik und Größe	Gemeinschaftsflächen und -einrichtungen, mögliche Ergänzung durch professionellen Service	Gemeinschaftsflächen und -einrichtungen, organisierte Nachbarschaftshilfe	Gemeinschaftsflächen, breites Angebot an Leistungen, teils auf freiwilliger Basis, teils als professioneller Service
Verwaltung/ Betrieb	minimaler Aufwand, Eigentümersammlung, Hausordnung	je nach Größe und Rechtsform, evtl. ausgelagerte Hausverwaltung	Selbstverwaltung auf Basis interner Satzung	Selbstverwaltung auf Basis interner Satzung	professionalisierte Selbstverwaltung, ausgeklügeltes Reglement, Balance zw. Eigenengagement und Fremdleistungen

Abbildung 4: Typologie von Baugruppen (KLÄSER 2006: 91)

Die Bandbreite von gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten reicht von top-down organisierten Projekten (professionell organisierte Baugruppen) bis hin zu gänzlich selbst organisierten Projekten. Erstere werden dabei von Bauträgern, professionellen Projektentwickelnden oder von Architekturbüros selbst gestartet. Wie weit die Mitbestimmung und Selbstorganisation der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner reicht, wird hier von den initiiierenden Organisationen vorgegeben. Ob derartige Projekte zu Baugruppen gemäß der oben beschriebenen Definition gezählt werden können, unterliegt also ihren Vorgaben. Dass es aber auch in professionell organisierten Baugruppen zu weitreichender Mitbestimmung der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner kommen kann, zeigen etwa die Baugruppen der Seestadt Aspern, welche allesamt von externen Akteuren initiiert wurden, aber dennoch über ein hohes Maß an Selbstbestimmung verfügten (s. Kap. 6).

Während bei professionell organisierten Baugruppen ökonomische Motive verbunden mit dem Gedanken, sich als Gruppe mehr leisten zu können, überwiegen, treten bei den anderen Kategorien zusätzliche Aspekte, etwa soziale oder ökologische Zielsetzungen, in den Vordergrund. So stehen etwa bei Special-Interest-Gruppen häufig die Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit im Mittelpunkt, während sich bei Lebenssituationsgruppen Menschen in ähnlichen, meist herausfordernden Lebenslagen zusammenfinden, die durch das gemeinschaftliche Zusammenleben eine bessere Bewältigung der Alltagsprobleme erzielen wollen. Den höchsten Grad der Selbstorganisation weisen nach KLÄSER Gemeinwesengruppen auf. Sie verfolgen neben der Umsetzung des gemeinsamen Bauens und Wohnens häufig noch weitere politisch motivierte Ziele, welche nur durch ein hohes Maß an Selbstbestimmtheit verwirklicht werden können (vgl. KLÄSER 2006: 90).

Die große Vielfalt gemeinschaftlicher Bau- und Wohnprojekte lässt eine steigende Nachfrage nach Baugruppen erkennen. Darüber hinaus treten zunehmend unterschiedliche Initiatoren auf, was darauf hinweist, dass vermehrt auch weitere Akteure der Stadtplanung derartigen Projekten vielseitige positive Effekte zuschreiben. Betrachtet man die bereits bestehenden gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekte in der Stadt Wien, so zeigt sich, dass professionell organisierte Projekte sowie Lebenssituationsgruppen überwiegen (vgl. TEMEL et al. 2009: 8).

4.3. Rahmenbedingungen für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen

Um Baugruppenprojekte erfolgreich umzusetzen, müssen bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sein. Nach TEMEL (2009) sind vor allem die Zusammensetzung der Gruppe, die Zugänglichkeit zu einem Grundstück, Fragen der Finanzierung sowie begleitende Beratung ausschlaggebend für das Funktionieren oder Scheitern einer Baugruppe (vgl. ebd.: 4). Nachfolgend werden diese Aspekte genauer betrachtet.

Gruppe

Die Gruppe steht im Zentrum der gemeinsamen Planung. Den Möglichkeiten der Selbstbestimmung stehen in Baugruppen Entscheidungen in der Gruppe gegenüber. Das frühzeitige Kennenlernen gibt den Mitgliedern die Möglichkeit, schon vor dem Einzug nachbarschaftliche Netzwerke aufzubauen. Entscheidend dafür ist, dass Konflikte gemeinsam bewältigt werden können und die Mitglieder der Gruppe kompromissbereit sind, wodurch Kooperation möglich wird (vgl. TEMEL 2009: 26f). Die Gruppenbildung sollte ebenso sorgfältig bearbeitet werden, wie die technische Umsetzung des Vorhabens, denn auch soziale Kontakte müssen erarbeitet werden (vgl. TEMEL 2009: 26f).

Pflegen die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner ähnliche Lebensstile, sind Übereinkünfte der individuellen Bedürfnisse wahrscheinlicher. Das kann als ein wesentlicher Grund dafür gesehen werden, warum viele Baugruppen eine sozial-kulturell eher homogene Gruppe darstellen. Vor allem in Hinblick auf das spätere Zusammenleben spielen persönliche Ansichten, beispielsweise in Bezug auf die Kindererziehung, eine wesentliche Rolle. Liegt der Fokus also auch auf dem gemeinschaftlichen Wohnen, kann dies häufig mit einer starken Tendenz zur genauen Selektion der Nachbarn einhergehen (vgl. HÄUBERMANN/SIEBEL 2004: 114).

Beratung

Eine professionelle, externe Beratung, die den Gruppenprozess begleitet und bei der Entscheidungsfindung unterstützt, kann wesentlich zur Gruppenentwicklung und damit zum Erfolg des Projektes beitragen (vgl. TEMEL 2009: 32).

TEMEL et al. (2009) verweisen auf die positiven Effekte, die von der Gründung einer verwaltungsnahen oder verwaltungsinternen Stelle für eben diese Aufgaben ausgehen könnte. Neben den umfassenden Beratungstätigkeiten könnte damit auch eine Informations- und Vermittlungsplattform geschaffen werden, welche interessierte Personen zusammenführt sowie Erfahrungen aus bestehenden Projekten einholt und aufarbeitet (vgl. ebd.: 56ff). Bisher werden diese Aufgaben in Wien zum Teil von privaten Initiativen übernommen. Aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen beschränken sich diese je-

doch auf einzelne Aktivitäten, beispielsweise die Projektsammlung und finden aufgrund der meist eher spärlichen Öffentlichkeitsarbeit in der breiten Öffentlichkeit nur wenig Beachtung.

Die Nähe zur Stadtverwaltung einer übergreifenden Beratungsstelle würde aber vor allem bei der Übernahme weiterer zentraler Aufgaben wesentliche Vorteile mit sich bringen, nämlich bei der Vertretung des Baugruppenkonzepts gegenüber politischen Akteuren sowie weiteren Abteilungen in der Stadtplanung. Das betrifft etwa die Liegenschaftsverwaltung, wo geeignete Grundstücke für Baugruppenprojekte bereitgestellt werden könnten, die Baupolizei, Widmungsverfahren oder die Kommunikation mit den Bezirken. In einigen deutschen Städten, etwa Hamburg oder Berlin bestehen bereits derartige Stellen (vgl. TEMEL et al. 2009: 56ff).

Finanzierung und Rechtsform

Für eine erfolgreiche Umsetzung von gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten gilt es, möglichst früh Fragen der Finanzierung zu klären. Gestaltet sich dabei der Zugang zu diversen Förderungen, etwa der Wohnbauförderung, schwierig, hat dies zur Folge, dass sich die Gruppe hinsichtlich des Einkommensbereiches eher homogen zusammensetzt, wie bisherige Projekte zeigen. Um möglichst einkommensheterogene Bevölkerungsgruppen für die Beteiligung an Baugruppenprojekten anzusprechen, wurden etwa in Hamburg Förderprogramme sowie Beratungsleistungen dahingehend angepasst. In Wien erschweren die rechtlichen Rahmenbedingungen der Wohnbauförderung derzeit, dass diese bei der Umsetzung von Baugruppen herangezogen werden kann (vgl. TEMEL et al. 2009: 43f).

In engem Zusammenhang mit der Finanzierung steht auch die jeweilige von den Baugruppen gewählte Rechts- und Organisationsform, da diese unterschiedliche Fördermöglichkeiten bedingt. Im Laufe des mehrjährigen Planungs- und Bauprozesses von Baugruppenprojekten können dabei in Abhängigkeit vom jeweiligen Projektstatus auch unterschiedliche Rechtsformen angenommen werden. Zu Beginn stehen meist die Erhöhung der Verbindlichkeit innerhalb der Gruppe sowie die Schaffung einer juristischen Person im Vordergrund, die es der Gruppe erlaubt über eine Vertreterin oder einen Vertreter rechtsgültige Geschäfte abzuschließen. Vor allem in Hinblick auf die späteren Besitzverhältnisse kann im Verlauf des Projekts die Rechtsform noch einmal geändert werden. So kommt es in Deutschland etwa immer wieder zu Genossenschaftsgründungen, eine Form, die in Österreich eher selten angewandt wird (vgl. HIEBER et al. 2005: 40ff). Die Mitglieder der Baugruppe treten dabei als Anteilseigner der Genossenschaft auf, welche ihrerseits Eigentümerin des Wohngebäudes ist. Im

Zentrum steht die Förderung der Mitglieder, wobei durch den Zusammenschluss vor allem ökonomische Vorteile erzielt werden sollen. Den Bewohnerinnen und Bewohnern wird ein Dauernutzungsrecht zugesprochen. Sämtliche Entscheidungen, das Wohnhaus oder auch die Zusammensetzung der Gruppe betreffend, können nur von den Mitgliedern der Genossenschaft gemeinsam beschlossen werden, wobei jedem Mitglied das gleiche Stimmrecht zukommt (vgl. MÜLLER 2015: 21ff, 34f).

In Österreich werden Baugruppen in manchen Fällen in Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften umgesetzt, wobei diese dabei die Rolle des Bauträgers übernehmen. Auch andere gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften in Österreich fungieren heute vor allem als Bauträger, wobei die eben beschriebenen, ursprünglichen Grundprinzipien von Genossenschaften eher in den Hintergrund geraten sind (vgl. Interview GRUBER 2017).

Grundstück

Schließlich ist auch die Suche nach einem geeigneten Grundstück ein wichtiges Kriterium für die erfolgreiche Umsetzung eines Baugruppenprojekts. Neben der Herstellung geeigneter finanzieller und rechtlicher Rahmenbedingungen, können auch über die Art der Grundstücksvergabe die Entwicklung von gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten im Allgemeinen sowie speziell auch die Heterogenität der Gruppen gefördert werden.

Gerade die Suche nach einem geeigneten Grundstück, in Verbindung mit dem Erfordernis, im Falle eines Angebotes schnell entscheiden und die notwendige Finanzierung aufstellen zu müssen, stellen Baugruppen oft vor große Herausforderungen und stellen einen der häufigsten Gründe für ein Scheitern von Baugruppenprojekten dar (vgl. TEMEL et al. 2009: 13). Abhilfe kann hier etwa über speziell für Baugruppen ausgewiesene Grundstücke geschaffen werden, wie es beispielsweise in vielen deutschen Städten schon seit einiger Zeit der Fall ist und in Wien etwa in der Seestadt Aspern oder im Sonnwendviertel (s. Kap. 6) umgesetzt wurde (vgl. HENDRICH 2015: 18). In Hinblick auf eine heterogene Zusammensetzung der Mitglieder könnte darüber hinaus jenen Projekten der Zuschlag für einen Baugrund erteilt werden, welche in ihren Konzepten soziale Aspekte bei der Zusammensetzung der Gruppe berücksichtigen (vgl. MÜLLER 2015: 398f).

Die Umsetzung von gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten kann von Seiten der Stadt vor allem über die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen im Bereich der Beratung, Finanzierung und der Grundstücksvergabe gefördert werden. In Wien wird

eine Unterstützung von Baugruppen generell positiv beurteilt, wengleich bisher lediglich die Bereitstellung von Baugründen in Stadterweiterungsgebieten umgesetzt wurde. Eine weitere Förderung kann mit der Ansicht argumentiert werden, dass Baugruppen als Instrument der Stadtentwicklung und als „Mittel zum Zweck“ in Hinblick auf sozial- und umweltpolitische Herausforderungen fungieren können:

„Hinter der Idee, Baugemeinschaften zu unterstützen, stehen im optimalen Fall strategische Überlegungen. Die Basis der Wiener Pläne liegt in der Chance, Baugemeinschaften als Integrations- und Urbanisierungskerne in Stadterweiterungsgebieten zu etablieren.“

(WIENER WOHNBAU FORSCHUNG 2009)

4.4. Chancen und Risiken von Baugruppen für das Quartier

In Hinblick auf eine gemeinschaftliche Entwicklung von Quartieren scheint es sinnvoll, die Auswirkungen von Baugruppenprojekten über die gruppeninternen Effekte hinaus zu betrachten. Die Tatsache, dass vor allem in Deutschland viele Kommunen die Umsetzung von gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten gezielt unterstützen, weist darauf hin, dass die Erwartungen, die an diese Wohnform auch in Hinblick auf ihre Effekte auf die Stadtentwicklung gestellt werden, hoch sind (vgl. MÜLLER 2015: 4f).

Besonders bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere werden häufig die positiven Auswirkungen gemeinschaftlicher Bau- und Wohnprojekte betont. Zwischen den Mitgliedern von Baugruppen hat sich durch das frühzeitige Kennenlernen bereits beim Einzug eine Gemeinschaft ausformen können. Darüber hinaus hat sich im Verlauf des Planungsprozesses eine gewisse Verbundenheit mit dem zukünftigen Wohnhaus und der umliegenden Nachbarschaft ausbilden können. Das begünstigt die Entstehung einer sozialräumlichen Identität, welche von der Baugruppe ausgehend auf das Quartier ausstrahlen und maßgeblich zur Entstehung lebendiger Nachbarschaften beitragen kann (vgl. ebd.: 394). Dieser Effekt kann von Baugruppen, die auch öffentlichkeitsorientierte Angebote anbieten, etwa soziale Einrichtungen, Gewerbe im Erdgeschoß oder Aktivitäten im öffentlichen Raum, verstärkt werden (vgl. TEMEL 2015: 39).

Zusätzlich verfügen Angehörige einer Baugruppe bereits über einen gewissen Grad an Vernetzung, wenn sie in den neuen Stadtteil ziehen. Wengleich diese vor allem gruppenintern ausgeprägt ist, besteht ein gewisser Vorteil gegenüber den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern herkömmlicher Wohnformen, welche diese erst erarbeiten müssen. Denn das Vorhandensein eines derartigen sozialen Kapitals begünstigt etwa

die Einbringung in partizipative Prozesse oder Aktivitäten im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements im neuen Stadtteil (vgl. MÜLLER 2015: 393f).

Nicht zuletzt trägt die Realisierung von Baugruppenprojekten aufgrund ihrer Größe und der meist speziellen architektonischen Umsetzung zu einer Kleinteiligkeit im Quartier und damit einem heterogenen Stadtbild bei, welches zur Entstehung urbaner Strukturen beiträgt (vgl. ebd.: 392).

Inwieweit diese Effekte tatsächlich von Baugruppen ausgehen, kann pauschal nicht beantwortet werden. Die unterschiedlichen Formen gemeinschaftlicher Bau- und Wohnprojekte mit ihren jeweils spezifischen Zielsetzungen, wie sie im Rahmen dieses Kapitels beschrieben wurden, verdeutlichen, dass je nach Art der Baugruppe andere Aspekte in den Vordergrund treten und damit auch auf das Quartier wirken. Während Baugruppen also aufgrund der ihnen zugrundeliegenden Zielsetzungen als besonders zukunftsfähige Wohnform angesehen werden können, sind die Einflussmöglichkeiten von einzelnen Projekten dennoch begrenzt, wie auch TRUMMERS (2015) anmerkt:

„As a whole, the ‘alternative’ models of housing try to secure the three pillars of sustainable lifestyles: technical (energy), social (community), and economic (affordability). On the local scale, small projects can have considerable impact, but the insertion of small-scale projects, however, resilient and communicative in themselves, obviously cannot solve structural problems at urban or regional scale.”

(*ebd.*: 75)

Darüber hinaus werden die möglichen Auswirkungen von Baugruppenprojekten auf das Quartier nicht durchwegs positiv beurteilt. Das betrifft vor allem die weitgehend homogene Bewohnerstruktur in bisher entstandenen Projekten und damit eine vermeintliche Exklusivität von Baugruppen, welche einer integrativen Stadtentwicklung entgegensteht. So bedingt das verstärkte Einbringen von Mitgliedern gemeinschaftlicher Bau- und Wohnprojekte in partizipative Prozesse eine Überrepräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen (vgl. MÜLLER 2015: 392).

In bestehenden Quartieren werden auch mögliche Aufwertungsprozesse durch externe Effekte von Baugruppen problematisch gesehen. Während vielerorts derartiger Projekte also mit der Hoffnung auf ihre positiven Auswirkungen gefördert werden, stehen andere ihrer Umsetzung eher kritisch gegenüber.

“Baugemeinschaften werden gleichermaßen als zivilgesellschaftliche Hoffnungsträgerinnen sowie als Motoren der Gentrifizierung gekennzeichnet.”

(PRAUM 2015: 15)

5. Von der Baugruppe zur Quartiersgruppe

5.1. Zur Theorie der Quartiersgruppe

Die vorangegangenen Kapitel machen deutlich, dass trotz bestimmter Schwierigkeiten und Hürden, kooperative Prozesse einen wertvollen Beitrag zur Stadtentwicklung leisten können. Gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten, als besondere Form der kooperativen Planung, werden eine Vielzahl positiver Effekte zugeschrieben, die auch über die Mitglieder der Gruppe hinaus wirken können. Schließlich kommt auch der Ebene des Quartiers, das vor allem in den letzten Jahren wieder verstärkt in den Fokus der Stadtplanung gerückt ist, eine besondere Bedeutung zu.

Darauf aufbauend soll in den folgenden Kapiteln nun die Idee der „Quartiersgruppe“ näher behandelt werden, also die Übertragbarkeit des Baugruppen-Konzepts auf die Quartiersebene bei der Entwicklung neuer Stadtteile. Nach einer anfänglichen Definition des Begriffs Quartiersgruppe werden nachfolgend acht Thesen zum Einsatz von Quartiersgruppen im Rahmen der Entwicklung neuer Quartiere vorgestellt. Die Überprüfung der Thesen erfolgt anschließend anhand dreier Fallbeispiele.

Der Begriff Quartiersgruppe meint ausgehend von der Definition von Baugruppen die gemeinschaftliche Entwicklung neuer Stadtquartiere. Ebenso wie bei Baugruppen steht auch bei Quartiersgruppen die Mitbestimmung der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner im Zentrum. Im Rahmen von Quartiersgruppen, welche das gesamte Quartier gemeinschaftlich gestalten, soll das für die Mitbestimmung und auch Mitentscheidung vom städtebaulichen Konzept bis hin zur eigenen Wohnung gelten.

Einerseits könnten so verschiedene positive Aspekte der kooperativen Planung und der Quartiersentwicklung verstärkt werden. Die Einbeziehung und vor allem weitreichende Mitbestimmung und Mitentscheidung der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner, wie sie im Rahmen der Quartiersgruppen funktionieren könnte, würde eine besondere Form der kooperativen Quartiersentwicklung bedeuten. Andererseits würden damit verbunden auch bestimmte Schwierigkeiten einhergehen, welche schon heute im Rahmen gemeinschaftlicher Bau- und Wohnprojekte oder der kooperativen Quartiersentwicklung aufkommen. Darüber hinaus ergeben sich durch diese weitreichende Form der kooperativen Planung auch neue Voraussetzungen, etwa in Hinblick auf die interne Kommunikation der Gruppe, welche nun über weitaus mehr Mitglieder verfügt.

Aus den Ergebnissen der vorangegangenen theoretischen Untersuchung wurden nun nachfolgende acht Thesen zur Umsetzung von Quartiersgruppen formuliert. Damit wurde versucht sowohl Chancen als auch besondere Hürden von Quartiersgruppen aufzuzeigen.

5.2. Thesen zur Umsetzung von Quartiersgruppen

Zur Überprüfung der zu Beginn der Arbeit formulierten Forschungsfrage zur Übertragbarkeit gemeinschaftlicher Bau- und Wohnprojekte auf die Ebene der kooperativen Quartiersentwicklung wurden acht Thesen formuliert. Sie beschreiben mögliche Effekte, die durch eine gemeinschaftliche Quartiersplanung entstehen könnten.

These 1: Die Umsetzung von Quartiersgruppen kann die Entwicklung von urbanen Quartieren unterstützen.

Bei Quartiersgruppen steht das selbstbestimmte und gemeinschaftliche Bauen und Wohnen im Mittelpunkt – der Fokus liegt auf der Gestaltung der unmittelbaren Lebensumwelt und geht über das reine Wohnen hinaus.

Die Mitglieder der Quartiersgruppe wirken bereits bei der Erstellung des städtebaulichen Entwurfes mit und gestalten damit ihren zukünftigen Lebensraum von Grund auf mit. Das Zusammentragen der verschiedenen und vielfältigen Bedürfnisse der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner kann das Entstehen lebendiger Quartiere unterstützen, die von Nutzungsmischung geprägt sind und – ähnlich wie Baugruppen – eine hohe architektonische Vielfalt aufweisen. Die Umsetzung von Quartiersgruppen kann damit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von urbanen Quartieren leisten, wie sie von Seiten der Stadtplanung gewünscht sind.

These 2: Quartiersgruppen bieten die Möglichkeit auf zentrale gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren.

Zukünftige gesellschaftliche Veränderungen werden sich auch im städtischen Leben bemerkbar machen. Die Alterung der Gesellschaft als Folge der demographischen Entwicklung kann dazu beitragen, dass der Lebensmittelpunkt im Stadtquartier gestärkt wird. Auch Fragen der Versorgung oder Betreuung können im Rahmen des Quartiers besser abgestimmt werden. Enge nachbarschaftliche Netzwerke, welche durch die Umsetzung von Quartiersgruppen entstehen können, unterstützen dabei. Ebenso könnten auch Veränderungen in der Arbeitswelt, etwa neue Arbeitsverhältnisse, eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten oder vermehrte home office-Tätigkeiten durch die Digitalisierung, eine Rückbesinnung auf das Quartier zur Folge haben. Auch

in schwierigen Situationen könnten Mitglieder einer Quartiersgruppe durch das bestehende soziale Netzwerk aufgefangen und unterstützt werden.

These 3: Quartiersgruppen bieten die Möglichkeit auf Herausforderungen durch den Klimawandel in der Stadt reagieren.

Klimatische Veränderungen stellen die Städte zukünftig vor große Herausforderungen. Wie bei Baugruppen ist auch bei Quartiersgruppen zu erwarten, dass häufig eine nachhaltige Lebensweise im Vordergrund steht, wodurch bei der Umsetzung besonders auf klimaschonende Maßnahmen geachtet werden würde. Größe und Umfang eines Quartiers machen es möglich, Aktionen in unterschiedlichen Bereichen zu setzen. Diese könnten etwa nachhaltige Mobilitätslösungen umfassen, eine lokale, dezentrale Energieproduktion und –versorgung im Quartier oder eine umfassende Begrünung im Stadtquartier.

These 4: Quartiersgruppen könnten sich zu kompakten, in sich abgeschlossene Quartiere entwickeln.

Es ist zu erwarten, dass an einer Mitarbeit in Quartiersgruppen vor allem gut gebildete Bevölkerungsschichten interessiert sind, die neben dem Wohnen auch andere Teile ihres Lebens selbstbestimmt gestalten wollen. Dadurch könnte eine, gemessen an ihrem sozialen Status, eher homogene Gruppe entstehen.

Darüber hinaus sind Quartiere, die durch gemeinschaftliches Planen und Bauen entstehen, klar durch die vorgegebenen Grundstücksgrenzen abgegrenzt. Eine gemeinsame räumliche Identität der Bewohnerinnen und Bewohnern könnte damit stark an das selbst geplante Quartier gebunden und zur Umgebung abgegrenzt sein. Nachbarschaftliche Netzwerke, deren Entstehung durch die gemeinsame Planung zu erwarten ist, könnten dazu beitragen, dass Interaktionen vor allem innerhalb des Quartiers stattfinden.

Unter Umständen könnten auch architektonische Entscheidungen dazu führen, dass sich das neue Quartier auch physisch eher in sich geschlossen darstellt. So besteht etwa die Gefahr, dass sich öffentliche Räume zu halböffentlichen Räumen entwickeln, die nur den Mitgliedern der Quartiersgruppe zur Verfügung stehen und sich das Quartier vom umliegenden Stadtraum deutlich abgrenzt.

These 5: Eine starke Kerngruppe, die das Projekt vorantreibt, könnte für die Realisierung von Quartiersgruppen wichtig sein.

Im Zentrum von Quartiersgruppen steht die Beteiligung der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner. Aufgrund der Größe von Quartieren würden an Quartiersgruppen sehr viele Menschen beteiligt sein, wodurch sich neue Erfordernisse für die Kommunikation und Konsensfindung ergeben würden. Die Zusammenarbeit unterschiedlicher Personen und ihrer vielfältigen Bedürfnisse kann eine hohe Qualität im Städtebau mit sich bringen, gleichzeitig können damit jedoch der Kommunikations- und Zeitaufwand steigen. Eine Kerngruppe, die das Projekt vorantreibt, könnte die Umsetzung maßgeblich beeinflussen. Grundlegende Entscheidungen können in kleineren Gruppen vorbereitet werden und damit schneller getroffen werden. Wie auch bei Baugruppen kann eine professionelle Moderation und Beratung dabei unterstützen.

Zusätzlich ist zu erwarten, dass die Beteiligten zu unterschiedlichen Zeitpunkten Teil der Quartiersgruppe werden. Aufgrund des Zeithorizonts, der bei der Errichtung ganzer Quartiere deutlich länger ausfällt als bei Baugruppen, könnte sich der Anteil der Personen, die zu einem späteren Zeitpunkt einsteigen, erhöhen. Schon deshalb könnte sich die Beteiligung der Mitglieder sehr unterschiedlich darstellen.

These 6: Von der Stadt initiierte Quartiersgruppen haben das größte Potenzial für eine Umsetzung.

Wie auch bei Baugruppen könnten unterschiedliche Akteure hinter der Umsetzung von Quartiersgruppen stehen. So könnte die Idee, neben dem eigenen Wohnraum auch das Wohnumfeld selbstbestimmt zu gestalten, spätere Bewohnerinnen und Bewohner zur Selbstorganisation motivieren. Aber auch Wohnbauunternehmen oder die Stadt selbst könnten als Initiatoren auftreten, um die Entstehung lebendiger Nachbarschaften mit hoher Lebensqualität zu unterstützen. Denn das ist nicht nur zentrales Ziel der Stadtplanung, sondern erhöht auch die Wohndauer.

Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Quartiersgruppen, etwa die geeignete Grundstückssuche oder finanzielle Förderungen, könnten mithilfe der Stadt leichter in Angriff genommen werden. Tritt die Stadt selbst an Initiatorin auf, könnten diese Hürden möglichst gering gehalten werden und so die Umsetzung von Quartiersgruppen unterstützt werden.

These 7: Die Förderung von Quartiersgruppen durch die Stadt könnte eine sozialgerechte Umsetzung des Projekts garantieren.

Werden Quartiersgruppen von der Stadt gefördert, wird nicht nur die erfolgreiche Umsetzung des Projekts wahrscheinlicher, sondern es könnte auch auf eine sozial gerechte Realisierung geachtet werden, die den Zielen der Stadtpolitik entspricht. Das betrifft zum einen finanzielle Rahmenbedingungen, die durch die Unterstützung der Stadt so gestaltet werden können, dass eine Beteiligung auch für ärmere Bevölkerungsschichten möglich wird. Zum anderen könnten bestimmte Förderungen an Auflagen geknüpft werden, welche die Offenheit von Quartiersgruppen für alle Gesellschaftsschichten oder auch die Zugänglichkeit der Quartiere und ihrer Räume für die gesamte Stadtbevölkerung sicherstellen.

These 8: Die Umsetzung von Quartiersgruppen könnte ein neues Verständnis der Stadtplanung mit sich bringen, welche vermehrt die Rolle der professionellen Fachexpertin und Moderatorin übernimmt.

Die Umsetzung von Quartiersgruppen würde weitreichende Mitbestimmung und Mitentscheidung für die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner bedeuten und damit über reine Partizipation hinaus reichen. Die Realisierung dieser Konzepte würde ein Arbeiten auf der Ebene der Kooperation bedeuten.

Die Stadtpolitik könnte dabei eine professionelle Begleiterin der Quartiersgruppen darstellen, welche weitgehend selbstständig planen und bauen. Sie könnte politische Rahmenbedingungen sicherstellen, um Raum zum Experimentieren zu schaffen und die Umsetzung von Quartiersgruppen zu ermöglichen.

Die eben formulierten Thesen werden nun anhand dreier Fallbeispiele überprüft. Als Fallbeispiele wurden Stadtentwicklungsprojekte beziehungsweise Projekte der Quartiersentwicklung ausgewählt, welche zumindest zu einem Teil gemeinschaftlich geplant und umgesetzt wurden. Sie geben auf sehr unterschiedliche Art und Weise Auskunft darüber, wie über ein reines Wohnprojekt hinaus ganze Quartiere gemeinschaftlich, partizipativ und kooperativ entwickelt werden können.

In Kapitel 6 wird das Baufeld D13 in der Seestadt Aspern in Wien betrachtet, welches an fünf Baugruppen übergeben wurde. Im Rahmen der Ausschreibung wurde neben der Planung der Gebäude auch die gemeinschaftliche, alle Baugruppen übergreifende Planung des gemeinsamen Freiraums vorgegeben. Wenngleich das Baufeld D13 räum-

lich im Vergleich zu den anderen Fallbeispielen nur ein sehr kleines Gebiet abdeckt, so bietet es doch die Möglichkeit, Aufschluss über kooperative Planungsprozesse zu geben.

Als zweites Fallbeispiel wurde das Viertel Vauban in Freiburg ausgewählt. Der Start zur Planung dieses Stadtquartiers erfolgte bereits im Jahr 1995 durch die Ausschreibung des städtebaulichen Wettbewerbs. Die Umsetzung erfolgte im Rahmen einer erweiterten Bürgerbeteiligung, wobei auch die Errichtung von Baugruppen eine wesentliche Rolle spielten. Die Betrachtung der Planungsprozesse in Vauban zeigen, wie partizipative Quartiersentwicklung in enger Zusammenarbeit mit der Stadt funktionieren kann.

Der Möckernkiez in Berlin stellt das letzte Fallbeispiel dar, welches zur Gänze genossenschaftlich geplant und entwickelt wurde. Anhand des Möckernkiez' wird untersucht, inwieweit Quartiersentwicklung gänzlich in Selbstorganisation umgesetzt werden kann.

6. Fallbeispiel I: Baugruppen in der Seestadt Aspern

Im neu entstehenden Stadtteil Seestadt Aspern in Wien wurden im Rahmen des ersten Bauabschnittes fünf Baugruppenprojekte auf dem Baufeld D13 realisiert. In Hinblick auf eine kooperative Quartiersentwicklung ist die Betrachtung dieser Baugruppen deshalb von Bedeutung, da nicht nur die einzelnen Projekte gemeinschaftlich geplant wurden, sondern darüber hinaus zur Entwicklung des gesamten Baufeldes ein intensiver Abstimmungsprozess zwischen allen Baugruppen stattfand. So wurde etwa auch der gemeinsame Freiraum durch eine Baugruppen-übergreifende Arbeitsgruppe entwickelt (vgl. SEESTERN ASPERN o.J.). Auch wenn das Baufeld aufgrund seiner Größe nicht direkt mit der Entwicklung ganzer Quartiere vergleichbar ist, so bietet es doch die Möglichkeit, Potenziale und Schwierigkeiten im Rahmen kooperativer Planungsprozesse zu betrachten.

Baugruppen in der Seestadt Aspern

Lage in Wien

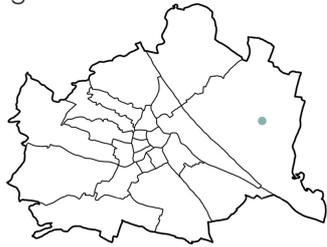


Abbildung 6: Lage in Wien
(eigene Bearbeitung)

Modell des Bauplatzes

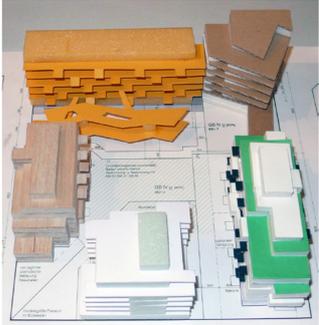


Abbildung 5: Modell des Bauplatzes
(TEMEL 2012:2)

Größe des Baufelds: 8.000 m²
170 Wohneinheiten in 5 Baugruppen

Zeitraahmen

- 2007: Entwicklung durch Baugruppen im Masterplan festgelegt
- 2011: Ausschreibung erstes Treffen der ausgewählten Baugruppen
- 2015: Fertigstellung der Bauarbeiten und Einzug der Bewohnerinnen und Bewohner

Das etwa 8.000 Quadratmeter große Baufeld D13 grenzt zu einer Seite an die Einkaufsstraße, zu einer an den Hannah-Arendt-Park. An den anderen Seiten grenzen Baufelder an, die durch Bauträgerwettbewerbe bebaut wurden. Auch ein Schulcampus sowie das Stadthaus, welche ebenfalls an den Park angrenzen, befinden sich in unmittelbarer Nähe. Für die Baugruppen wurde also ein Baugrund in attraktiver Lage ausgewiesen. Die Entwicklung des gesamten Baufelds umfasste insgesamt etwa vier Jahre. Die erste Ausschreibung für das mehrstufige Baugruppenverfahren fand im Mai 2011 statt. Im Jahr 2015 zogen schließlich die letzten Bewohnerinnen und Bewohner des neuen Baufelds ein (vgl. LISA o.J.; TEMEL/WEISER 2015: 23). Im Folgenden werden nun die gemeinschaftlichen Planungsprozesse sowie die Ergebnisse in der Umsetzung genauer untersucht.

6.1. Zusammenarbeit mit der Stadt Wien

Eine Umsetzung von Baugruppenprojekten in der Seestadt Aspern wurde bereits in dem im Jahr 2007 beschlossenen Masterplan für den neuen Stadtteil festgeschrieben. Anhand der Beschreibung wird deutlich, dass mit der Umsetzung von gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten eine bestimmte Erwartungshaltung verknüpft war. Als Argumente für diese Art der Bebauung wurden etwa kleinteilige Strukturen und Nutzungsmischung sowie die Förderung von nachbarschaftlichen Netzwerken genannt (vgl. TEMEL/WEISER 2015: 20).

Eine erste Ausschreibung des Baufelds war bereits für das Jahr 2009 vorgesehen. Durch die anstehenden Gemeinderatswahlen in Wien im Jahr 2010 kam es allerdings zu einer Verschiebung. Nach der rot-grünen Koalitionsvereinbarung kam es schließlich im Mai 2011 zur ersten Ausschreibung des mehrstufigen Baugruppenverfahrens durch den Grundeigentümer Gelup zusammen mit der Wien 3420 Aspern Development AG, der Entwicklungsgesellschaft für den Stadtteil und dem Wohnfonds Wien. Die gemeinsame Planung und Umsetzung des zwischen den Baugruppen liegenden Freiraums wurde bereits hier als Bedingung festgeschrieben (vgl. Interview MAYRHOFER 2017; TEMEL 2012: 21).

Die Baugruppen in der Seestadt Aspern waren die ersten Baugruppenprojekte, die von der Stadt unterstützt und beworben wurden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Baugruppen nur auf Eigeninitiative zukünftiger Bewohnerinnen und Bewohner entstanden. In Aspern wurde nun das Baufeld D13 für gemeinschaftliche Projekte ausgeschrieben. Ursprünglich sollte nur ein Drittel des Bauplatzes für Baugruppen zur Verfügung ste-

hen, aufgrund der großen Nachfrage wurde schließlich aber das gesamte Baufeld für Baugruppen angeboten. Da die Idee von Baugruppen in der Stadt noch nicht sehr verbreitet war und daher nur wenige interessierte Kerngruppen bestanden, handelt es sich bei allen Projekten, die auf dem Baufeld realisiert wurden um professionell initiierte Projekte (vgl. TEMEL 2012: 55f; TEMEL/WEISER 2015: 23).

Um die Baugruppen zu unterstützen, musste für die erste Verfahrensrunde lediglich ein Gruppenkonzept ausgearbeitet werden. Außerdem sollte bereits ein Drittel der späteren Mitglieder bestehen, was nicht von allen Gruppen erreicht werden konnte. Ein architektonisches Konzept mit Modell und Datenblatt sowie Verfahrensmuster wurde erst in der zweiten Phase des Baugruppenverfahrens angefordert (vgl. TEMEL 2012: 25; TEMEL/WEISER 2015: 24f).

Aus den eingegangenen Bewerbungen wurden schließlich fünf Gruppen für den nächsten Schritt ausgewählt. Ein erstes Abstimmungstreffen fand im Herbst 2011 statt, an welchem neben den fünf Baugruppen auch die Jury sowie Vertreterinnen und Vertreter der Stadt teilnahmen. Themen waren zum einen mögliche Kooperationen hinsichtlich der gemeinsamen Nutzung von Gemeinschaftsräumen und Erdgeschoßzonen sowie die Aufteilung des Bauplatzes und die genaue Abgrenzung der Grundstücke. Die darauffolgenden Treffen im Abstimmungsprozess wurden von den Baugruppen alleine umgesetzt. Allerdings ergab sich gerade hinsichtlich der genauen Grundstücksgrenzen erhöhter Abstimmungsbedarf, wodurch sich die zweite Phase des Bauverfahrens um einige Monate verzögerte. Ein weiteres Treffen mit der Jury, dem Wiener Wohnfonds und der Wien 3420 AG wurde organisiert, wobei deutlich wurde, dass vor allem hinsichtlich planungsrechtlicher Fragen viele Unklarheiten bestanden. Mit der Unterstützung eines Jury Mitglieds konnte ein Treffen zwischen den Baugruppen und den zuständigen Magistratsabteilungen vereinbart werden (vgl. TEMEL 2012: 24f; TEMEL/WEISER 2015: 24f).

Von Seiten der Baugruppen wurde außerdem angefragt, ob es eine Moderation des kooperativen Baugruppenverfahrens durch die Stadt geben werde, so wie sie etwa bei dem kooperativen Verfahren im Rahmen der Wohnbauinitiative auf dem an das Bau- feld D13 angrenzende Bauplatz angeboten wurde. Die Anfrage wurde von der Stadt allerdings verneint, mit der Begründung, dass gerade von Baugruppen eine kooperative Planung und Entwicklung des Projektes zu erwarten sei. Auch eine Beratung bei der Planung des gemeinsamen Freiraums werde nicht zur Verfügung gestellt, da diese eigenverantwortlich durch die Baugruppen erfolgen sollte.

Erst im Herbst 2012 konnte schließlich eine externe Moderation, die zumindest zum Teil durch die Wien 3420 AG finanziert wurde, erreicht werden. Die erste Reaktion der Stadt Wien verdeutlicht jedoch, dass die an die Baugruppen gestellten Erwartungen nicht nur die bauliche Umsetzung betrafen, sondern auch Fähigkeiten zu Kooperation der beteiligten Personen (vgl. TEMEL 2012: 25f).

6.2. Kooperative Planung der Baugruppen in Aspern

6.2.1. Hindernisse und Hürden der Kooperation

Eine gemeinschaftliche, kooperative Planung der Baugruppen startete in der Seestadt Aspern aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen der Ausschreibung bereits sehr früh. Die Ergebnisse dieses Prozesses werden von Expertinnen und Experten insgesamt sehr positiv bewertet (vgl. etwa Interview GRUBER 2017; TEMEL/WEISER 2015), wenngleich nicht in allen Bereichen die geplanten Vorhaben umgesetzt wurden. Gleichzeitig werden bei der Untersuchung der gemeinschaftlichen Planung in Aspern auch bestimmte Hürden deutlich.

So betont MAYRHOFER (2017), Bewohner einer Baugruppe und Teil der Arbeitsgruppe für den gemeinsamen Freiraum, im Interview, dass vor allem zu Beginn die Vorgabe der projektübergreifenden, kooperativen Planung eine große Hürde darstellte, da die einzelnen Baugruppen noch weitgehend damit beschäftigt waren, „sich selbst zu finden“ sowie eine für sie geeignete Rechts- und Organisationsform festzulegen. Die verschiedenen Konzepte und damit verbundenen internen Organisationsstrukturen, wie sie auch in Kapitel 4.2 dargestellt werden, führten auch im weiteren Verlauf der Planung immer wieder zu Schwierigkeiten und Konflikten, da beispielsweise nicht immer Klarheit über die Entscheidungsbefugnis herrschte. So wurden auf dem Bauplatz D13 sowohl Baugruppen in Zusammenarbeit mit Wohnbaugenossenschaften entwickelt als auch im Eigentum. Wurde die Baugruppe zusammen mit einer Wohnbaugenossenschaft entwickelt, so wurden die Entscheidungen zwar von den Mitgliedern der Baugruppe getroffen, zeichnungsberechtigt war allerdings lediglich die Genossenschaft. Da eine der betreffenden Baugruppen nach dem Grundsatz der Soziokratie² organisiert ist, können Entscheidungen darüber hinaus nie von nur einem Vertreter oder einer

² Die Soziokratie beschreibt eine Organisationsstruktur für die gemeinschaftliche Planung. Sie sieht vor, dass Entscheidungen stets im Konsens getroffen werden und dass Personen, die bestimmte Funktionen übernehmen, in einer offenen Wahl im Konsens gewählt werden. Es handelt sich dabei um eine kreisförmig aufgebaute Struktur, wobei alle Mitglieder der jeweiligen Kreise gleichberechtigt sind. Jeder Kreis ist in dem ihm übergeordneten Kreis durch je zwei Delegierte vertreten. (vgl. SOZIOKRATIE ZENTRUM ÖSTERREICH o.J.)

Vertreterin in einer Arbeitsgruppe getroffen werden. Demgegenüber stehen Baugruppen, die im Eigentum errichtet wurden, wodurch sich beim Abschluss von baugruppenübergreifenden Verträgen die Anzahl der Vertragspartner um die Anzahl der an der Baugruppe beteiligten Parteien erhöhte (vgl. Interview MAYRHOFER 2017; TEMEL 2012: 28). Dazu kamen unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte. Während eine Baugruppe speziell eine energieeffiziente und ökologische Bauweise in den Vordergrund rückte, standen bei anderen Projekten soziale Faktoren mehr im Vordergrund (vgl. TEMEL 2012: 35). All das führte dazu, dass im Rahmen der kooperativen Planung eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure beteiligt war, was den Prozess zeitweise deutlich erschwerte. MAYRHOFER meint dazu:

“Was, denke ich, alle ein bisschen unterschätzt haben, war ein Stück, was das für rechtliche und organisatorische Dimensionen annimmt.”

(Interview MAYRHOFER 2017)

Dazu kam, dass wengleich der Zeitplan des Verfahrens im Gegensatz zu anderen Bauprojekten von längerer Dauer war, so war er hinsichtlich des Umfangs der Projekte doch zeitlich gedrängt. So mussten viele relevante Entscheidungen in den ersten beiden Bauphasen getroffen werden, noch bevor aktiv nach Gruppenmitgliedern gesucht und die einzelnen Bewohnergruppen vergrößert werden konnten. Die Planungsentscheidungen wurden folglich von kleineren Kerngruppen getroffen (vgl. TEMEL 2012: 56).

Dennoch unterzeichneten alle fünf Baugruppen im April 2012, also gegen Ende der zweiten Phase der Ausschreibung, ein Bekenntnis zur Zusammenarbeit. Diese Vereinbarung definierte die „Gestaltung des Baufelds D13 als gemeinsames Anliegen“ und sah „Toleranz gegenüber der Person, Bereitschaft zur Einigung im Sachlichen und eine geordnete Gesprächssituation“ (BAUGRUPPEN ASPERN 2012) als Grundlage für die gemeinsame kooperative Arbeit vor. Im Rahmen der Vereinbarung wurde auch eine Kooperationsgruppe festgelegt. Sie setzte sich aus Mitgliedern aller Baugruppen zusammen, wobei keine Einzelpersonen namentlich fixiert wurden (vgl. ebd.). Festgelegt wurden auch Regeln zur gemeinsamen Kommunikation, etwa dass die Moderation der Treffen abwechselnd von den Gruppen übernommen werden sollte, dass Entscheidungen im Konsens zu treffen seien und dass langfristige Maßnahmen in einem schriftlichen Vertrag festzuhalten seien (vgl. TEMEL 2012: 84f).

Trotzdem geriet die gemeinsame Planung nach Abschluss der zweiten Bauphase vermehrt in den Hintergrund, da sich die einzelnen Gruppen vor allem auf die Anwerbung neuer Mitglieder konzentrierten. Es wurde deutlich, dass die Kooperation bisher vor

allem anlassbezogen funktionierte und für eine gelungene, kontinuierliche Umsetzung, eine externe Steuerung und Moderation brauchte. Eine solche wurde von Seiten der Baugruppen zwar gewünscht, von der Stadt aber, wie zuvor beschrieben, nicht unterstützt.

Auf Initiative des Vereins „Initiative für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen“ fanden ab Juni 2012 schließlich regelmäßige und von Vertretern der Initiative moderierte Koordinationstreffen aller fünf Baugruppen statt (vgl. TEMEL/WEISER 2015: 26). Der im Jahr 2009 von Fachleuten gegründete Verein hatte sich zum Ziel gesetzt, gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte in Österreich zu unterstützen (vgl. GEMEINSAM BAUEN WOHNEN o..J.). Nach einem Treffen mit Mitgliedern der Baugruppen griff die Initiative den Wunsch nach übergreifender Koordination auf und organisierte mehrere Treffen. Ziel war, die Kooperation der Gruppen voranzutreiben sowie Strukturen und ein Leitbild zu entwickeln, welche auch nach Abschluss der Baumaßnahmen ein gemeinschaftliches Zusammenleben ermöglichten. Darüber hinaus wurde ein Konzept für eine externe Moderation ausgearbeitet, welches der Wien 3420 AG vorgelegt wurde. Im Herbst 2012 wurde schließlich eine Teilfinanzierung der Kosten genehmigt, wodurch eine externe Moderation beauftragt werden konnte (vgl. TEMEL 2012: 27; TEMEL/WEISER 2015: 26).

6.2.2. Gemeinschaftliche Planung in Aspern

Die Baugruppenübergreifende, kooperative Planung in Aspern startete bereits kurz nach der Auswahl der Projekte und der ersten Zuteilung der Baustandorte im Rahmen des ersten Abstimmungstreffens im Herbst 2011. Ergebnis dieses Treffens war die Bildung zweier Arbeitsgruppen. Eine sollte sich fortan mit möglichen Synergien hinsichtlich der Gemeinschaftsräume und Erdgeschoßnutzungen beschäftigen, eine weitere mit den genauen Grundstücksabgrenzungen sowie architektonischen Abstimmungen zwischen den Gebäuden (vgl. TEMEL 2012: 79).

In Hinblick auf die Zuteilung und Abgrenzung der Bauplätze sowie städtebauliche Fragestellungen wurde ausgehend von dem ersten Treffen ein intensiver Prozess gestartet. Das städtebauliche Leitbild sah ursprünglich eine Blockrandbebauung zur Einkaufsstraße und zum Park vor und eine offenere Bauweise zu den Nachbarbauten. Da jede der fünf Baugruppen aber die Wichtigkeit eines eigenständigen Gebäudes in Hinblick auf die eigene Gruppenidentität betonte, wurde die zu Beginn vorgesehene geschlossene Bebauung zu zwei Seiten des Grundstücks aufgelöst (vgl. TEMEL 2012: 58; TEMEL/WEISER 2015: 23). Die Frage, inwieweit die Öffnung der Bebauung auch

eine Öffnung des Grundstücks für Personen, die nicht an den Baugruppen beteiligt sind, bedeutete, führte zu vielfältigen Diskussionen in der Arbeitsgruppe. Als Kompromiss wurde das Grundstück auf dem Vorplatz auf der südlichen Seite offen gehalten, Lücken in der geschlossenen Verbauung zu den anderen Seiten, etwa zum Park hin, jedoch zumindest mit einem Tor und Zäunen geschlossen (vgl. Interview MAYRHOFER 2017).



Abbildung 7: Geöffnete Blockrandbebauung zum Park hin mit Tor (HABERL 2017)

Die intensiven Abstimmungen der kooperativen Planung brachten aber auch einen Bauplatzwechsel zweier Baugruppen mit sich, sowie eine Umverteilung der laut Widmung definierten bebaubaren Fläche. Die Gruppen auf den nördlichen und östlichen Bauplätzen des Grundstücks gaben Teile davon zugunsten der Gruppen im Süden und Westen ab, damit auch diese in der gewünschten Dimension bauen konnten (vgl. TEMEL 2012: 79f). Zusätzlich kam es zu einer besseren Abstimmung der architektonischen Konzepte der einzelnen Gebäude (vgl. ebd.: 81f). Durch die Verbindung der verschiedenen architektonischen Konzepte sowie die Verknüpfung von „Besonderheit und Anpassbarkeit“ wirkt das Baufeld „vielfältig und überschaubar [...], obwohl es nicht weniger dicht ist, als die anderen Wohnbaufelder“ in der Umgebung (TEMEL 2012: 29).

Im Gegensatz dazu wurden von der zweiten Arbeitsgruppe nur wenige Aktionen gesetzt. Das geplante gemeinsame Marketing, etwa für die Suche von weiteren Interessenten wurde, mit Ausnahme einer gemeinsamen Homepage, die einen Überblick über die Projekte bietet, nicht realisiert. Einzig für die Planung des gemeinsamen Innenhofes, welche allerdings als Vorgabe in der Ausschreibung festgelegt war, wurden Abstimmungstreffen vereinbart. Dass die gemeinschaftliche Planung, abseits der notwendigen Abstimmungen zum Baugrund zu Beginn eher in den Hintergrund geriet, kann auch darauf zurückgeführt werden, dass zu diesem Zeitpunkt die Baugruppen mit der Entwicklung der eigenen Häuser unter Zeitdruck gerieten. Darüber hinaus wurde die Vorgabe, einen gemeinsamen Innenhof zu entwickeln von den verschiedenen Baugruppen unterschiedlich aufgenommen. So sprachen sich die Mitglieder eines Projekts etwa für die Aufteilung und Umzäunung der jeweiligen Freiflächen aus (vgl. Interview MAYRHOFER 2017; TEMEL 2012: 79f).

Der Start für die gemeinsame Planung des Freiraums, also den gemeinsamen Hof von etwa 1.500 Quadratmetern sowie den fünf „privaten“ Freiräumen im direkten Umfeld der jeweiligen Gruppen, wurde Ende 2011 mit Hearings für die Beauftragung von Landschaftsarchitekten gelegt. Nach der Beauftragung eines Landschaftsbüros fand ein weiteres Hearing statt, wobei kein fertiger Entwurf für die Gestaltung der Grünflächen, sondern ein Entwurf des geplanten Partizipationsprozesses und Zeitplans präsentiert wurde (vgl. TEMEL 2012: 25, 82). In den Partizipationsprozess war einerseits die Arbeitsgruppe stark eingebunden und andererseits auch ein Plenum, an dem alle Mitglieder aller Baugruppen teilnehmen konnten. Im Plenum wurden schließlich gemeinsame Qualitätskriterien vereinbart. Ein Entwurf für den Freiraum wurde erst im Anschluss, aufbauend auf den beschlossenen Kriterien angefertigt (vgl. TEMEL 2012: 82f). Thema der Arbeitsgruppe war vor allem die Frage, welche Flächenanteile die einzelnen Baugruppen für den gemeinsamen Innenhof zur Verfügung stellen würden. Die größten Anteile wurden schließlich von nur zwei Gruppen zur Verfügung gestellt, während die anderen Baugruppen vorrangig Flächen für die Erschließung bereitstellten. Insgesamt wurde so aber die Gestaltung eines gemeinsamen Vorplatzes im Südwesten des Baufeldes ermöglicht. Darüber hinaus wurde an Nutzungsvereinbarungen für den weiteren Betrieb des gemeinsamen Freiraums gearbeitet (vgl. Interview MAYRHOFER 2017; TEMEL 2012: 82f). MAYRHOFER betont hier noch einmal die Komplexität, die sich aufgrund der vielen unterschiedlichen Vorstellungen der involvierten Personen ergeben hat. Konflikte entstanden etwa auch in Hinblick auf die Ausstattung des Innenhofes oder die Beauftragung externer Dienstleistungen für die Gartenarbeit aufgrund der unterschiedlichen Rechts- und Organisationsformen. Während die Mitglieder von im

Eigentum errichteten Baugruppen darauf bedacht waren, die Kosten möglichst gering zu halten und vieles in Selbstorganisation umzusetzen, wollten jene, die in Zusammenarbeit mit einer Genossenschaft bauten, eher Dinge auslagern. Derartige Konflikte, die zum Teil auch persönlich ausgetragen wurden, seien in manchen Fällen auch heute noch zu spüren (vgl. Interview MAYRHOFER 2017).

Rückblickend stellt MAYRHOFER infrage, ob die Planung des gemeinsamen Innenhofes in der Art und Weise angemessen war, denn nicht alles sei sinnvoll in Selbstorganisation. Es sei gut, die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner nach ihren Bedürfnissen zu befragen. Die Fragen nach technischen Machbarkeiten und Auseinandersetzungen sollten aber von professionellen Büros gemacht werden und seien zusätzlich zur Baugruppenplanung zu viel (vgl. ebd.).

Der kooperative Planungsprozess auf dem Baufeld D13 zeigt sich im Vergleich zu anderen Verfahren sicherlich von längerer Dauer, komplizierter und aufwändiger. Dennoch konnten dadurch merkliche Qualitätsverbesserungen für das gesamte Baufeld und für einzelne Gebäude, etwa in Hinblick auf die städtebauliche Umsetzung erzielt werden, wie auch die Jury festhält (vgl. TEMEL 2012: 89). Auch MAYRHOFER betont die positiven Auswirkungen der gemeinschaftlichen Planung. Insgesamt sei eine hohe Zufriedenheit mit dem Ergebnis spürbar. Auch von dem verhältnismäßig großen Innenhofs würden, im Gegensatz zu kleineren umzäunten Flächen, schließlich die Bewohnerinnen und Bewohner aller Baugruppen profitieren. In Hinblick auf den gemeinschaftlichen Planungsprozess meint er:

„Was schon immer ein Ergebnis ist, ist dass das Gemeinschaftliche und Grenzen aufzulösen, viel ermöglicht, aber auch Ängste [...] und Gegenbewegung auslöst und Energie und Zeit und Kraft kostet und nicht für jeden geeignet ist.“

Und weiter:

„Die Planung des gemeinsamen Innenhofes ist mehr als ein Hausbau – das ist ein demokratiepolitisches Projekt. Da [organisieren] sich ein paar hundert Leute. [...] Das ist eine große Herausforderung.“

(Interview MAYRHOFER 2017)

6.3. Leben in den Baugruppen in der Seestadt Aspern

Im Vergleich zu den umliegenden Gebäuden weisen die Bewohnerinnen und Bewohner der Baugruppen auf dem Baufeld D13 ein höheres Bildungsniveau auf. MAYRHOFER führt dies unter anderem auf den langwierigen und herausfordernden Partizipationsprozess zurück. Eine derartige organisatorische und auch psychische Herausforderung werde nur von Personen übernommen, welche über ausreichend Zeit und Ressourcen verfügen (vgl. Interview MAYRHOFER 2017). Das wird auch deutlich, wenn man den zeitlichen Ablauf der Planung betrachtet. Wenngleich die Bewohnerstruktur insgesamt hinsichtlich des Alters gemischer als üblicherweise in einem neuen geförderten Wohnbau ist, so zeigt sich, dass von Beginn an vergleichsweise weniger Familien mit Kindern beteiligt waren, die als eine Gruppe mit wenig Risikofreude eingestuft werden können. Ihr Anteil stieg erst zu einem späteren Zeitpunkt an, als grundlegende Fragen etwa zur Finanzierung oder zur Rechtsform bereits getroffen waren, die Vorzüge von Baugruppen, also Gemeinschaft und Nachbarschaft sowie das Planen der eigenen Wohnung, aber noch möglich waren (vgl. TEMEL 2012: 30, 92).

Ein erstes Treffen aller zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner des Baufelds D13 wurde im März 2012 organisiert. Etwa 30 Personen nahmen an dem Treffen teil, bei welchem auch ein erster Konzeptentwurf für den gemeinsamen Freiraum präsentiert wurde (vgl. TEMEL 2012: 26). Die zukünftigen Nachbarinnen und Nachbarn konnten sich hier und während der weiteren Planung schon vorab kennenlernen. Zusätzliche Veranstaltungen, etwa ein gemeinsames Picknick aller fünf Baugruppen förderte dieses frühzeitige Kennenlernen weiter (vgl. ebd.: 10).

MAYRHOFER unterstreicht die positiven Auswirkungen eines gemeinsamen Planungsprozesses, wenngleich er dabei vor allem auf das eigene Haus Bezug nimmt:

„Wir haben ein tolles Haus, eine angenehme Atmosphäre und ein anderes Nutzungsverhalten im Haus und im Freiraum, da man alles als sein Eigenes sieht. Man kennt die Leute. [...] Die Atmosphäre ist das, was es ausmacht. Es ist weniger an Fakten festzumachen.“

(Interview MAYRHOFER 2017)

In Hinblick auf das gesamte Baufeld merkt er an, dass der Kontakt zwischen den Baugruppen abseits von gemeinsamen Veranstaltungen nicht sehr eng sei. Es seien zu viele Personen, um tatsächlich eine enge Nachbarschaft zu pflegen. Zusätzlich gebe es in den Häusern interne Besprechungen und Arbeitsgruppen, wodurch nur wenige Personen wirklich Zeit und Lust hätten, auch über die eigene Baugruppe hinaus noch wei-

tere Aufgaben zu übernehmen. Engere nachbarschaftliche Netzwerke bestünden vor allem bei Familien mit Kindern, welche sich über die Kinder kennenlernen würden und miteinander zu tun hätten. Das passiere auch über die Baugruppen hinaus (vgl. Interview MAYRHOFER 2017).

Insgesamt schätzt MAYRHOFER die Erwartungen an die Gemeinschaft überzogen ein. Eine Gemeinschaft müsse entstehen und erarbeitet werden und bedeute auch im weiteren Verlauf Arbeit (vgl. Interview MAYRHOFER 2017).

In Hinblick auf die Wirkung der Baugruppen in der Seestadt Aspern auf das umliegende Quartier zeigt sich, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Baugruppen schon während der Planungsphase Verantwortung für Themen, die für das gesamte Stadtviertel wichtig waren, übernahmen. Das betraf beispielsweise Fragen rund um den etwa zur gleichen Zeit entstandenen Schulcampus aber betrifft auch heute noch Probleme im öffentlichen Zusammenleben, die vor allem von Mitgliedern der Baugruppen angesprochen oder in Angriff genommen werden (vgl. ebd.; TEMEL 2012: 30).

7. Fallbeispiel II: Das Viertel Vauban in Freiburg

Das Viertel Vauban in Freiburg stellt nicht nur aufgrund seiner Größe, sondern vor allem auch aufgrund der vielfältigen Bürgerbeteiligung ein besonderes Beispiel für die kooperative Quartiersentwicklung dar. Auf einer Fläche von 38 Hektar entstand auf einem ehemaligen Kasernengelände rund drei Kilometer südlich der Freiburger Innenstadt ein neuer Stadtteil für mehr als 5.300 Personen. Das Quartier wurde in drei Bauabschnitten zwischen den Jahren 1992 und 2014 entwickelt (vgl. SOMMER/WIECHERT 2014: 12f; STADT FREIBURG IM BREISGAU 2014: 5). Unter den Leitsätzen der „erweiterten Bürgerbeteiligung“ sowie der „lernenden Planung“ wurde nicht nur die Partizipation der Bevölkerung von Seiten der Stadt festgeschrieben, sondern es sollte auch sichergestellt werden, dass Vorschläge und Einwände der Bürgerinnen und Bürger auch im Rahmen der Konkretisierung der Pläne noch eingearbeitet werden können (vgl. SPERLING 1999: 20). Bemerkenswert in Hinblick auf die kooperative Planung im Viertel Vauban ist nicht nur die Rolle der Stadt, wie im Folgenden noch näher dargestellt wird, sondern auch der Beitrag von Baugruppen zur Quartiersentwicklung. Insgesamt entstanden etwa 60 Prozent der errichteten Wohnungen auf Basis gemeinschaftlicher Bau- und Wohnprojekte (vgl. TEMEL 2009: 9).

Im Viertel Vauban sind sowohl Einfamilien- als auch Mehrfamilienhäuser zu finden. Zum Teil wurden alte Kasernengebäude erhalten, welche nun als Studentenwohnheim beziehungsweise im Rahmen der Siedlungsinitiative S.U.S.I bewohnt werden. Im Südosten befindet sich die sogenannte Solarsiedlung, die zur Gänze aus Plusenergiehäusern errichtet wurde (vgl. SOMMER/WIECHERT 2014: 17).

Dass das Viertel Vauban aufgrund des beispielhaften kooperativen Planungsprozesses als deutsches Best-Practice-Beispiel auf der UN-Weltsiedlungskonferenz Habitat II in Istanbul im Jahr 1996 ausgezeichnet wurde, zeigt, dass der Art und Weise der Umsetzung des Stadtteils auch international große Bedeutung zugeschrieben wird (vgl. MÜLLER 2015: 307). Im Folgenden wird nun der Planungsprozess in Vauban sowie wichtige beteiligte Akteure und ihre Aufgaben dargestellt.

Vauban in Freiburg

Größe des Baufelds: 380.000 m²
 rd. 2.300 Wohneinheiten
 inkl. 50 Baugruppen
 > höchste Einwohnerdichte
 in der Stadt Freiburg

Lage in Freiburg



Abbildung 8: Lage in Freiburg
(eigene Bearbeitung)

Zeiträumen

- 1995: städtebaulicher Wettbewerb und Beauftragung des Forums Vauban
- 1996: Baustart 1. Bauabschnitt
- 1998: Bezug erster Gebäude
- 1999: Baubeginn Solarsiedlung
- 2002: Bezug erster Gebäude 2. Bauabschnitt
- 2004: Baureife 3. Bauabschnitt
- 2006: Inbetriebnahme Stadtbahnlinie und Fertigstellung Solarsiedlung
- 2007: Eröffnung Bürgerhaus
- 2016: Fertigstellung des letzten Gebäudes

Viertel Vauban

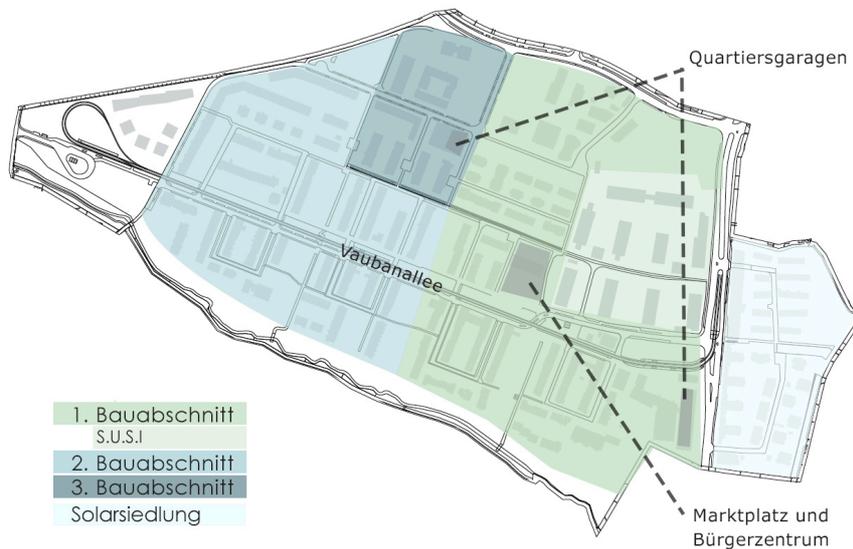


Abbildung 9: Viertel Vauban
(eigene Bearbeitung nach SOMMER/WIECHERT 2014: 7; MÜLLER 2015: 103)

7.1. Die Rolle der Stadt im Viertel Vauban

Die Entwicklung des Viertels Vauban wurde auf dem Areal des ehemaligen Stützpunktes der französischen Armee in Freiburg umgesetzt. Nach dem Abzug der Truppen im Jahr 1992 kaufte die Stadt das Grundstück von der Bundesrepublik Deutschland. Im Rahmen einer sogenannten städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme³ sollte das etwa 38 Hektar große Grundstück zu einem neuen Stadtteil entwickelt werden (vgl. SPERLING 1999: 18).

Da die Entwicklung ohne große, privatwirtschaftliche Investoren umgesetzt wurde, kam der Stadt Freiburg als alleinige Eigentümerin des Grundstückes eine wesentliche Rolle zu. Sie war nicht nur letzte Instanz der Planung, sondern durch die Auslobung des städtebaulichen Ideenwettbewerbs auch für wichtige Zielsetzungen im Stadtteil verantwortlich.

Die grüne Mehrheit in der Stadtregierung wird etwa in den Zielen für die Entwicklung des Stadtgebiets sichtbar (vgl. SOMMER/WIECHERT 2014: 13f; Interview SPERLING 2017). Entstehen sollte demnach ein nachhaltiges Stadtquartier, das innenstadtnahen Wohnraum für verschiedene soziale Gruppen bietet. Darüber hinaus wurde eine kleinteilige Parzellierung, die Nutzungsmischung von Wohnen und Arbeiten, die Erhaltung bestehender und Schaffung neuer Naturräume sowie die Förderung umweltfreundlicher Mobilität und energieschonender Bauweise festgeschrieben. In Hinblick auf das Zusammenleben im Viertel sollte die Errichtung eines Stadtteilzentrums sowie von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder erfolgen. Außerdem wurde im Rahmen der Zielformulierung eine erweiterte Bürgerbeteiligung festgelegt. Unter dem Grundsatz der lernenden Planung sollten diese Zielsetzungen auch während des weiteren Planungsprozesses offen für Veränderungen bleiben, etwa um Anregungen aus der Bevölkerung im Rahmen der Bürgerbeteiligung einzubeziehen (vgl. SPERLING 1999: 19).

Die Stadt Freiburg sah eine zügige Umsetzung des Projektes vor. Um das zu gewährleisten wurden unterschiedliche Stellen geschaffen. Die „Projektgruppe Vauban“, bestehend aus vier Verwaltungsbeamten und zwei Kommunalentwicklern, trat etwa als

³ Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen können gemäß §6 Abs. 2 BauGB zur Entwicklung bestimmter Gemeindegebiete eingeleitet werden. Hierfür werden alle Grundstücke im betroffenen Gebiet von der Gemeinde erworben. Die Kosten, die unter anderem für den Ankauf der Grundstücke, die Sanierung von Altlasten oder die Erschließung mit Infrastruktur anfallen, sollen durch die vorgeschriebene Veräußerung der Grundstücke nach ihrer Entwicklung und die damit verbundene Wertsteigerung gedeckt werden. (vgl. SPERLING 1999: 18)

Schnittstelle zwischen Öffentlichkeit, Verwaltung und Politik auf und führte administrative Arbeiten der Verwaltungsstelle aus. Daneben übernahm die „Geschäftsstelle Vauban“, besetzt durch zwei Mitarbeitende des Bauverwaltungsamtes, das Projektmanagement für die Entwicklung des Stadtteils. Ebenfalls in ihren Aufgabenbereich fielen die Vermarktung des Stadtteils sowie die Information mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern (vgl. SOMMER/WIECHERT 2014: 14).

Darüber hinaus wurde mit der „Gemeinderätlichen Arbeitsgruppe“ ein Sonderausschuss des Gemeinderats gebildet, welcher den Prozessverlauf vorantreiben sollte. In diesem Gremium, welches als Verbindung zwischen Politik und Projektentwicklung fungierte, waren Vertreterinnen und Vertreter der einzelnen Parteien, der Baubürgermeister sowie Mitglieder des Vereins Forum Vauban vertreten. Dieser im Jahr 1994 gegründete Verein nimmt vor allem in Hinblick auf die kooperative und partizipative Entwicklung des Stadtteils eine besondere Rolle ein (s. Kap. 7.2.1). Denn mit der Entscheidung der Stadt, den Stadtteil Vauban im Rahmen einer erweiterten Bürgerbeteiligung zu entwickeln, wurde das Forum Vauban mit der Durchführung und Koordination der Bürgerbeteiligung beauftragt. Mit einem festen Sitz in der Gemeinderätlichen Arbeitsgruppe war das Forum Vauban auf organisatorischer Ebene in den Planungsprozess eingebunden. Zwar hatte die Arbeitsgruppe keine rechtlich bindende Entscheidungsgewalt. Sie arbeitete jedoch konsensorientiert und stellte ihre Ergebnisse im Anschluss dem Gemeinderat vor (vgl. MÜLLER 2015: 305f; SOMMER/WIECHERT 2014: 14f).

Neben der Einbindung des Vereins auf der organisatorischen Ebene unterstützte die Stadt Freiburg das Forum Vauban auch finanziell in seiner Arbeit. Pro Jahr erhielt der Verein 40.000 DM (etwa 20.452 Euro), wodurch nicht nur ein eigenes Büro eingerichtet, sondern auch hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt werden konnten. Für die Durchführung einer umfangreichen Kampagne zur Öffentlichkeitsarbeit wurde im Jahr 1995 darüber hinaus eine Einmalzahlung von 30.000 DM (etwa 15.339 Euro) ausgezahlt (vgl. BECKER 2001: 10f).

Das Forum Vauban hat in vielen Bereichen Einfluss auf die ursprüngliche Planung genommen, wie im folgenden Abschnitt dargestellt wird. Eine top-down gesteuerte Änderung von Seiten der Stadt erfolgte im weiteren Verlauf der Umsetzung jedoch im Jahr 2005, als festgestellt wurde, dass die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme einen voraussichtlichen Verlust von 400.000 Euro mit sich bringen würde. Daraufhin wurde durch einen Gemeinderatsbeschluss die Wohnbaufläche im dritten Bauabschnitt zulasten der Gewerbefläche vergrößert. Die übrigen für Gewerbe gewidmeten

Flächen wurden in ein Mischgebiet umgewidmet. Damit konnten große finanzielle Verluste zwar vermieden werden, die Auswirkungen auf die städtebauliche Umsetzung werden im Vergleich zu den ersten beiden Bauabschnitten aber deutlich (vgl. MÜLLER 2015: 111f).

7.2. Kooperative Planung in Vauban

Kooperative Planungsprozesse im Stadtteil Vauban zeigten sich auf unterschiedlichen Ebenen. In Hinblick auf die städtebauliche Entwicklung des Viertels spielte vor allem die Zusammenarbeit der Stadt Freiburg mit dem Verein Forum Vauban unter dem Grundsatz der erweiterten Bürgerbeteiligung eine wichtige Rolle. Die Arbeit gemeinschaftlicher Bau- und Wohnprojekte zeigte sich dagegen in der baulichen Umsetzung einzelner Projekte und insbesondere in Hinblick auf das Zusammenleben im Viertel. Die unterschiedlichen Partizipationsprozesse, welche bei der Umsetzung des Viertels Vauban zur Anwendung gekommen sind, werden im Folgenden genauer dargestellt.

7.2.1. Erweiterte Bürgerbeteiligung

Wie weiter oben beschrieben, legte die Stadt Freiburg eine kooperative Planung des Stadtteils Vauban bereits in den von ihr formulierten Zielen fest und verankerte sie unter dem Grundsatz der erweiterten Bürgerbeteiligung. Die Art und Weise, wie Partizipation durch die Übertragung der Aufgaben auf den Verein Forum Vauban institutionalisiert wurde, wird von vielen als vorbildlich beschrieben. Nicht zuletzt die Auszeichnung der Habitat II verdeutlicht dies. Aber auch die Tatsache, dass durch den Einfluss der Bürgerbeteiligung die ursprüngliche Planung in einigen Punkten abgeändert wurde, zeigt, dass der Grundsatz der erweiterten Bürgerbeteiligung weitgehend erfolgreich umgesetzt werden konnte (vgl. Interview SPERLING 2017; MÜLLER 2015: 308).

Das Forum Vauban wurde im Jahr 1994 von einer Gruppe engagierter Bürgerinnen und Bürger gegründet. Einige der Mitglieder hatten sich bereits vier Jahre zuvor, als klar wurde, dass das Kasernengelände bald leer stehen würde, zusammengefunden und ein Konzept für einen nachhaltigen Stadtteil entworfen. Als die Stadt Freiburg schließlich die Entscheidung fällt, das Stadtteil Vauban im Rahmen einer erweiterten Bürgerbeteiligung umzusetzen, wurde das Forum Vauban mit der Durchführung und Koordination der Bürgerbeteiligung beauftragt. Ein fester Sitz in der Gemeinderätlichen Arbeitsgruppe garantierte dem Verein eine Einbindung in den Planungsprozess auf organisatorischer Ebene (vgl. MÜLLER 2015: 305f). Die Arbeit des Vereins konnte

durch die finanziellen Möglichkeiten, hauptamtliche Mitarbeiter einzustellen sowie ein eigenes Büro zu unterhalten, professionalisiert werden. Die Finanzierung erfolgte einerseits durch die Stadt Freiburg selbst, die den Verein bis ins Jahr 2000 mit jährlichen Zahlungen unterstützte (s. auch S. 64) Darüber hinaus erhielt der Verein im Jahr 1995 Fördergelder in der Höhe von 160.000 DM (etwa 81.807 Euro) von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt sowie zusätzliche Mittel von 1997 bis 1999 durch das EU-Projekt LIFE zur Förderung der Umweltpolitik. Damit konnten insgesamt sechs hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt werden (vgl. BECKER 2001: 10f; SOMMER/WIECHERT 2014: 15).

Die Arbeit des Forums Vauban zeichnete sich durch hohe Professionalität aus. Neben den finanziellen Mitteln und den damit verbundenen Möglichkeiten zumindest zum Teil hauptamtlich zu arbeiten, begründet SPERLING dies unter anderem mit dem Zeitpunkt der Bürgerbeteiligung:

„In Vauban wurde die Beteiligung parallel zum städtebaulichen Wettbewerb begonnen – das ist schon relativ früh. Damit beschränkte sich die Beteiligung auf Menschen, die sich mit dem Thema Stadtentwicklung allgemein beschäftigt haben. [...] Denn je komplexer die Planungsprozesse sind, desto schwieriger ist es für den normalen Bürger sich zu beteiligen - und das nur aus dem Wunsch, das eigene Umfeld zu gestalten, ist in frühen Planungsphasen sehr schwierig.“

(Interview SPERLING 2017)

Der Verein Forum Vauban organisierte in Zusammenarbeit mit der Stadt mehrere Workshops und Treffen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, in welchen etwa die von der Stadt festgelegten Zielsetzungen für den Stadtteil sowie die Kriterien für den städtebaulichen Wettbewerb diskutiert wurden. Aus diesen Treffen gingen unterschiedliche Arbeitsgruppen hervor, die zu verschiedenen Themen arbeiteten und – häufig in Zusammenarbeit mit Fachleuten – Konzepte für den neu entstehenden Stadtteil entwarfen. Über das Forum Vauban wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen dann der Gemeinderätlichen Arbeitsgruppe vorgestellt. Darüber hinaus war der Verein auch zuständig für die Betreuung der Baugruppen in der anfänglichen Gründungs- und Planungsphase. Durch die Arbeit des Forums Vauban konnte etwa der Erhalt eines Bestandsgebäudes für das Bürgerhaus oder die Schaffung eines zentralen Marktplatzes erreicht werden. Darüber hinaus geht auch das weitgehend autofreie Verkehrskonzept auf das Forum Vauban zurück (vgl. Interview SPERLING 2017; MÜLLER 2015: 110, 306; SOMMER/WIECHERT 2014: 15).

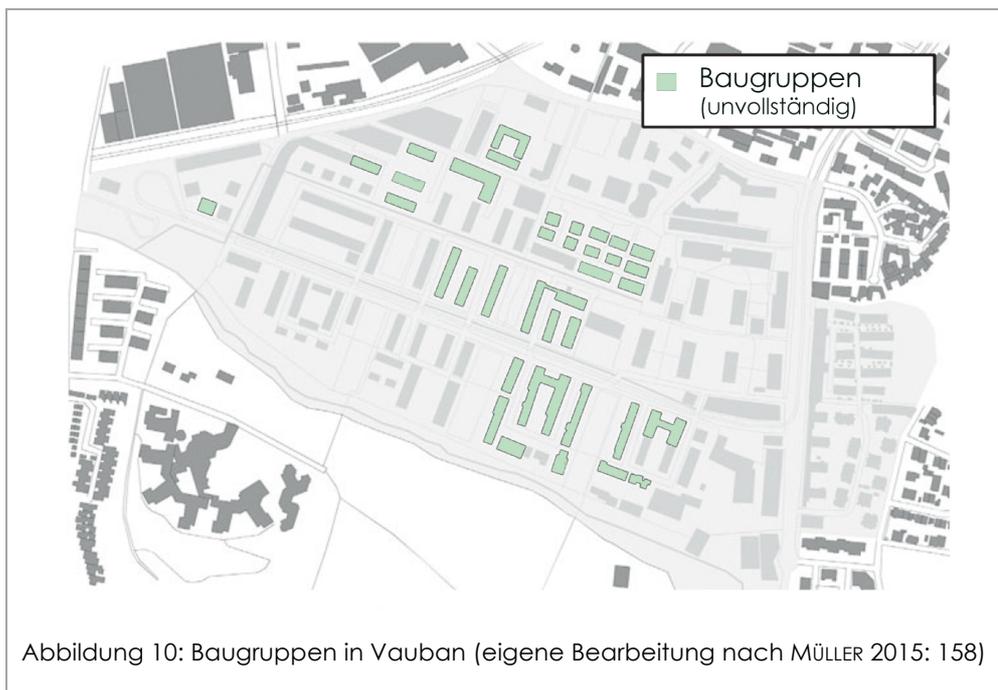
Nach Abschluss des Planungs- und Entwicklungsprozesses verlagerte sich die Arbeit des Forums Vauban immer mehr auf die soziale Quartiersarbeit und das Betreiben des Bürgerhauses im Viertel. Aus dem Forum Vauban ging schließlich der Stadtteilverein Vauban hervor. Dieser kümmert sich seit dem Jahr 2005 um die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Weiterentwicklung und Gestaltung des Viertels. Der Vorstand des Vereins wird ehrenamtlich geführt, die Finanzierung erfolgt über Mitgliedsbeiträge. Mit diesen Geldern werden etwa Feste im Viertel organisiert sowie die Anstellung einer Sozialarbeiterin im Quartier finanziert (vgl. SOMMER/WIECHERT 2014: 15).

Obwohl dem Prozess der erweiterten Bürgerbeteiligung in Vauban von vielen Seiten Beachtung geschenkt wird, finden sich zu einigen Punkten auch kritische Stimmen. So wird etwa bemängelt, dass die Möglichkeiten der Partizipation von Beginn an thematisch und strukturell eingengt waren. Die gewählte Form des Partizipationsprozesses sowie die Schwerpunktsetzung auf Ökologie und Nachhaltigkeit habe darüber hinaus nur ein sehr eingeschränktes Publikum aus der Mittelschicht angesprochen. Zu alledem wird kritisiert, dass der umfangreiche Partizipationsprozess nicht unbedingt eine Ergänzung zur Arbeit der Stadt darstellte sondern vielmehr Arbeitsbereiche auf vielfach ehrenamtlich arbeitende Bürgerinnen und Bürger abgewälzt wurden. Vor dem Hintergrund einer Personalreduktion in der Verwaltung der Stadt Freiburg könne damit von einer Privatisierung kommunaler Aufgaben gesprochen werden. Auch damit wurde die angesprochene Bevölkerungsgruppe wieder auf eine bestimmte soziale Gruppe eingeschränkt, nämlich jene, die über die nötigen Kompetenzen und Möglichkeiten für eine Beteiligung sowie die finanziellen Mittel zum Kauf eines Grundstückes oder einer Wohnung verfügten. Durch den Verkauf der Grundstücke in Vauban im Rahmen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gab die Stadt ihre Möglichkeiten für eine sozial nachhaltige und integrative Wohnungspolitik aus der Hand. Demnach kann die Beteiligung der Bevölkerung an der Entwicklung des Viertels auch als strategische Maßnahme zur Vermarktung der Grundstücke gesehen werden (vgl. MÜLLER 2015: 308ff).

7.2.2. Baugruppen in Vauban

Eine Besonderheit der kooperativen Planung auf der Ebene der Bauplätze im Viertel Vauban stellen die zahlreichen gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekte dar. Die umfangreichen Zielsetzungen für die Entwicklung des Viertels, vor allem in Hinblick auf ökologische Vorhaben und das spezielle Mobilitätskonzept, brachten eine Reihe von

Anforderungen und Einschränkungen beim Kauf eines Grundstücks mit sich. Das hatte zur Folge, dass Investoren und Bauträger zu Beginn eher zurückhaltend auftraten und so Baugruppen die Möglichkeit hatten, Grundstücke zu erwerben. Zusätzlich wurden derartige Projekte von Seiten der Stadt durch die Option, einen Baugrund bis zu sechs Monate zu reservieren, um nötige Fragen hinsichtlich der Finanzierung zu klären, unterstützt. All das trug dazu bei, dass etwa 70 Gebäude im Viertel Vauban im Rahmen von gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten realisiert wurden. Die Anzahl der realisierten Baugruppenprojekte verringerte sich jedoch vom ersten zum dritten Bauabschnitt (vgl. MÜLLER 2015: 156).



Als Hauptgründe für die Beteiligung an einer Baugemeinschaft werden vor allem die vergleichsweise geringen Baukosten genannt, aber auch die besonderen Zielsetzungen der Mobilitäts- und Grünraumkonzepte, welche gerade bei Familien mit Kindern häufig entscheidend waren. Darüber hinaus zeigte sich, dass im Verlauf der gemeinschaftlichen Planung und Umsetzung gemeinschaftliche Aspekte mehr und mehr in den Vordergrund rückten und als besondere Qualität hervorgehoben wurde (vgl. ebd.: 157f). Das Gros der Baugruppen im Quartier Vauban wurde im Rahmen einer Wohnungseigentümergeinschaft (WEG) umgesetzt. Eine Ausnahme bilden die vier Gebäude der Wohngenossenschaft Vauban e.G. (GENOVA). Für die Umsetzung der Gebäude standen soziale Zielsetzungen, etwa generationenübergreifendes Wohnen, im Vordergrund, weshalb auf eine barrierefreie Bauweise geachtet wurde. In einem der Gebäude wurde

zusätzlich eine Wohngemeinschaft für demenzkranke Personen realisiert (vgl. GENOVA o.J.; MÜLLER 2015: 156).

Eine besondere Form eines gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekts stellt der Verein „Selbstorganisierte unabhängige Siedlungsalternative“ (S.U.S.I) dar. Dieser, im Jahr 1990 von Studenten gegründete Verein, entwickelte bereits zu dieser Zeit ein Umnutzungskonzept für die Kaserne. Erklärtes Ziel war, durch Umnutzung der bestehenden Gebäude günstigen Wohnraum zu schaffen. Zu Beginn der Entwicklungsmaßnahme in Vauban konnte schließlich die Übergabe von vier der zwölf Kasernengebäude an die Initiative sowie der Abschluss eines Erbpachtvertrags über 30 Jahre zwischen der Stadt Freiburg und S.U.S.I bewirkt werden. Um die Kosten für den Umbau möglichst gering zu halten, verpflichtete sich jedes Vereinsmitglied dazu 105 unentgeltliche Arbeitsstunden zu leisten. Darüber hinaus wurde in den Satzungen des Vereins festgeschrieben, dass die eingehobenen Mieten lediglich zur Deckung der anfallenden Kosten verwendet werden dürfen. Heute unterhält der Verein S.U.S.I. verschiedene Einrichtungen, wie etwa ein Café, Werkstätten, eine Bibliothek, eine Gemeinschaftsküche oder eine Kindertagesstätte (vgl. MÜLLER 2015: 160; SOMMER/WIECHERT 2014: 16; 46).

In Hinblick auf die Beteiligung im Viertel nach Abschluss des Planungs- und Umsetzungsprozesses zeigt sich, dass sich die Mitglieder der Baugemeinschaften weit häufiger im Stadtteil engagierten als andere neu zugezogene Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil. Das ist vor allem auf das zum Einzug bereits vorhandene soziale Netzwerk der Baugruppen-Mitglieder zurückzuführen, welches die übrigen Personen erst aufbauen mussten. Im Laufe der Zeit nehmen diese Effekte aber ab (vgl. MÜLLER 310f).

7.3. Umsetzung der städtebaulichen und raumplanerischen Zielsetzungen

Die städtebaulichen und raumplanerischen Rahmenbedingungen für das Quartier Vauban wurden noch vor Beginn des Partizipationsprozesses von der Stadt Freiburg ausgearbeitet. Dennoch zeigt sich gerade hier der Einfluss der erweiterten Bürgerbeteiligung, welche in einigen Punkten noch deutliche Änderungen einforderten.

Hinsichtlich der städtebaulichen Umsetzung wurden eine kleinteilige Parzellierung sowie vielfältige Baustrukturen angestrebt, welche sich durch eine hohe urbane Dichte auszeichnen sollte. Als Vorbild diente die gründerzeitliche Blockrandbebauung (vgl. SOMMER/WIECHERT 2014: 17, 33). In der ursprünglichen Planung war kein Erhalt der

alten Bausubstanz vorgesehen. Später wurden in einem ersten Schritt vier Kasernengebäude an den Verein S.U.S.I. übergeben. Durch den Einsatz des Forums Vauban stimmte der Gemeinderat schließlich auch für den Erhalt von fünf weiteren Bestandsgebäuden. Darunter fiel auch das ehemalige Offizierskasino, das heute als Stadtteilzentrum genutzt wird (vgl. MÜLLER 210f).

Im Vergleich zum dritten Bauabschnitt, welcher überwiegend durch klassische Wohnbauträger entwickelt wurde, konnten in den ersten beiden Bauabschnitten eine hohe Vielfältigkeit und Kleinteiligkeit in der Baustruktur erreicht werden. Hier wurden viele gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte umgesetzt, welche die gestalterischen Freiheiten im Bebauungsplan ausnutzten. Die Bewohnerinnen und Bewohner geben an, dass unter anderem die vielfältige Baustruktur zur besonderen Identität des Quartiers beiträgt (vgl. SOMMER/WIECHERT 2014: 33).

Das Ziel, einen dichten Stadtteil zu schaffen, konnte im gesamten Quartier erreicht werden. Im Laufe des Realisierungsprozesses wurde die ursprünglich festgesetzte Geschossflächenanzahl noch weiter angehoben. Pro Person fällt die durchschnittliche Wohnfläche nur etwa halb so groß wie im Rest der Stadt. Damit ist Vauban einer der am dichtesten besiedelten Stadtteile in Freiburg. Vom Großteil der Bevölkerung wird die hohe Dichte positiv bewertet. Sie wird unter anderem auch als Grund für das gute Zusammenleben und die soziale Kontrolle gesehen. Gelobt wird außerdem das Verhältnis zwischen bebauter Fläche und Freiräumen (vgl. ebd.: 35, 46).

Damit in Zusammenhang steht auch eine hohe Aufenthaltsqualität in den Straßenräumen, wie sie von den Bewohnerinnen und Bewohnern im Stadtteil beschrieben wird, wenngleich auch hier Unterschiede zwischen den einzelnen Bauabschnitten bemerkbar sind (vgl. ebd.: 63f). Neben der Umsetzung des Grünraumkonzeptes sind es vor allem die angestrebte Mischung von Wohnen und Arbeiten in Vauban sowie das Verkehrskonzept, die zu der hohen Qualität der Straßenräume beitragen.

Hinsichtlich der Nutzungsmischung wurden insgesamt jedoch weniger Gewerbeflächen und auch Arbeitsplätze geschaffen als ursprünglich geplant. Auch hier werden Unterschiede in den verschiedenen Bauabschnitten deutlich. Während im ersten Abschnitt viele Geschäfte bestehen, die auch über die Grenzen des Stadtquartiers hinaus genutzt werden, wird vor allem in den Gebieten des dritten Bauabschnitts die fehlende Nutzungsmischung kritisiert (vgl. SOMMER/WIECHERT 2014: 28ff). Für SPERLING werden auch hier die positiven Auswirkungen der frühen Beteiligung sichtbar:

„Viele Menschen, die frühzeitig beteiligt [waren], haben Geschäfte aufgemacht. [...] Das trägt alles zur Lebendigkeit bei und hat Identifikationswirkung – die Leute im Quartier identifizieren sich mit dem Quartier und den Läden. [...] [D]as ist ein organischer Prozess, der stattfindet, wenn man Menschen frühzeitig beteiligt [...]“

(Interview SPERLING 2017)

Auch beim Verkehrskonzept im Viertel Vauban wird der Einfluss der erweiterten Bürgerbeteiligung sichtbar. Der Wunsch, den motorisierten Individualverkehr im Viertel zu reduzieren, wurde im Rahmen der Planung von Seiten der Bevölkerung an die Stadt Freiburg herangetragen. Aus der Politik wurden dazu vorerst Bedenken geäußert, da Schwierigkeiten bei der Vermarktung der Grundstücke befürchtet wurden. Schließlich einigte man sich darauf, Sammelgaragen am Quartiersrand zu entwickeln anstatt der sonst vorgeschriebenen Pkw-Stellplätze bei jedem Bauplatz. Pkw-Besitzer wurden verpflichtet, dort mittels einmaliger Zahlung einen Stellplatz zu erwerben. Haushalte ohne Pkw wurden dadurch finanziell begünstigt, da keine Kosten für die Errichtung von Stellplätzen auf den Bauplätzen anfielen (vgl. MÜLLER 2015: 212). Im Jahr 2015 lag die Pkw-Dichte in Vauban bei rund 194 Pkw pro 1.000 Personen. Im städtischen Durchschnitt liegt diese bei rund 340 Pkw pro 1.000 Personen (vgl. BUCHHEIM/RÖDERER 2017).

Im Gegenzug wurde Wert auf eine gute Fahrradinfrastruktur sowie Anbindung durch den öffentlichen Verkehr gelegt. Vier Buslinien verbinden den Stadtteil mit dem Zentrum und anderen Ortsteilen. Der Ausbau der Straßenbahn, die heute durch das Quartier verläuft, war bereits in der Ausschreibung des Wettbewerbs festgehalten. Drei Haltestellen wurden im Quartier erreicht, wodurch der Großteil der Bevölkerung in kürzerem Abstand zu einer Straßenbahnhaltestelle lebt als zu den Sammelgaragen (vgl. SOMMER/WIECHERT 2014: 65).

Auch beim Energiekonzept in Vauban wird der Einfluss der erweiterten Bürgerbeteiligung sichtbar. So wurde etwa eine „optimale passive und aktive Solar-Energienutzung“ bereits in der Ausschreibung des Wettbewerbs verankert und sollte bei der Anordnung der Häuser beachtet werden. Zahlreiche Gebäude im Quartier verfügen über Photovoltaikanlagen. Für die Energieversorgung darüber hinaus wurde die Errichtung eines eigenen Blockheizkraftwerkes beschlossen, da die bestehenden Möglichkeiten nicht den ökologischen Ansprüchen der Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers Vauban entsprachen. Seit dem Jahr 2002 werden alle Haushalte im Stadtteil durch das mit Holzhackschnitzeln betriebene Blockheizkraftwerk mit Wärme, aber

zum Teil auch mit Strom versorgt. Damit können etwa 65 Prozent des benötigten Strombedarfs im Quartier durch die eigenen Anlagen abgedeckt werden. Die Plus-Energie-Häuser der Solarsiedlung leisten dazu einen wesentlichen Beitrag (vgl. MÜLLER 2015: 205f; SOMMER/WIECHERT 2014: 82).

Für SPERLING wird genau in der Umsetzung der städtebaulichen und raumplanerischen Zielsetzungen der Erfolg der erweiterten Bürgerbeteiligung in Vauban deutlich. Das betrifft zum einen die frühzeitige Beteiligung und intensive Zusammenarbeit mit der Stadt und zum anderen die Übertragung der Organisation der Bürgerbeteiligung auf das Forum Vauban. Damit wurden kreative Lösungen und Architekturformen möglich.

„Es ist eine Ausgewogenheit von durchdachter Planung und Freiraum für Vielfalt. [...] Frühzeitige Beteiligung macht da wirklich Sinn. [...] [Für] innovative Vorhaben, wie in Vauban zum Beispiel das autofreie Wohnen, Passivhäuser oder Baugemeinschaften, [...] war es im Fall von Vauban wichtig, dass der Bürgerverein selbst die Bürgerbeteiligung organisiert hat [...]. [D]as war ein ganz anderes Engagement [...]. Ohne Forum Vauban hätte es das alles nicht gegeben – Marktplatz, Quartierszentrum oder Fußgängerzone hätte es nicht gegeben.“

(Interview Sperling 2017)

7.4. Leben im Viertel Vauban

In Hinblick auf das Zusammenleben und die Bevölkerungsstruktur in Vauban wurde das Ziel der sozialen Durchmischung festgeschrieben. Dabei sollte vor allem die Eigeninitiative und Selbsthilfe der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus wurde auch die Umsetzung von gefördertem Wohnbau zur Schaffung von leistbarem Wohnraum in der Wettbewerbsauslobung festgeschrieben. Etwa die Hälfte der neuen Wohnungen sollten im Eigentum entstehen, je ein Viertel als sozialer beziehungsweise geförderter Wohnbau (vgl. MÜLLER 2015: 109; SOMMER/WIECHERT 2014: 46, 49).

Tatsächlich wurden aber nur sehr wenige Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnbaus und der Wohnraumförderung entwickelt. Das ist unter anderem auf eine Kürzung der Zuschüsse auf Landesebene im Jahr 1996 zurückzuführen. So wurden im Laufe des ersten Bauabschnitts lediglich 200 geförderte Wohnungen errichtet. Durch den Ablauf der zehnjährigen Laufzeit der Mietpreisbindung stehen heute nur noch sehr wenige dieser Wohnungen preisgünstig auf dem Markt zur Verfügung. Zusätzlich steigen die Mietpreise in Vauban überdurchschnittlich stark im Vergleich zu Gesamt-

stadt Freiburg. Das Quartier Vauban zählt heute zu den begehrtesten Lagen in der Stadt (vgl. BEULE 2015; MÜLLER 2015: 109, 286; SOMMER/WIECHERT 2014: 49). Auch SPERLING (2017) betont im Interview die fehlende Ausgewogenheit von gefördertem Wohnbau und der Entwicklung im Eigentum. In Hinblick auf die stark steigenden Mieten meint er:

„Vauban scheint Opfer des eigenen Erfolges zu werden. [Es ist eine] gute Wohnlage, die Preise steigen - das hat natürlich auch einen Einfluss auf die weitere Quartiersentwicklung - das Quartier ist ja nie fertig, es entwickelt sich ja immer weiter, auch was die Bevölkerungsstruktur angeht.“

(Interview SPERLING 2017)

Die Tatsache, dass das Ziel, geförderten Wohnungsbau zu errichten, nicht erfüllt werden konnte, spiegelt sich auch in der Bevölkerungsstruktur der Bewohnerinnen und Bewohner in Vauban wider. In dem Stadtteil leben überwiegend Akademiker zwischen 30 und 50 Jahren mit Kindern. Rund 36 Prozent der Bevölkerung in Vauban sind jünger als 18 Jahre. In der Gesamtstadt liegt ihr Anteil bei etwa 16 Prozent.

Eine Ausnahme bildet das Projekt S.U.S.I., das insgesamt eine sehr heterogene Bewohnerstruktur aufweist. Grund dafür sind unter anderem die vergleichsweise geringen Mieten von etwa 4,50 Euro pro Quadratmeter. Auch in Hinblick auf den Anteil der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Projekt S.U.S.I. und dem Rest des Quartiers. Während dieser unter den Mitgliedern von S.U.S.I. sowie den im Studentenheim des Quartiers lebenden Studenten bei etwa 26 Prozent liegt, sind es im übrigen Stadtteil lediglich acht Prozent. Im Durchschnitt liegt der Anteil im gesamten Viertel bei etwa zehn Prozent und damit unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt von rund zwölf Prozent (vgl. MÜLLER 2015: 160, 284ff, 320).

Das Ziel der sozialen Durchmischung und einer heterogenen Bevölkerungsstruktur konnte im Quartier Vauban nicht umgesetzt werden. Auch in den Baugruppen, welche zumeist im Eigentum entstanden sind, finden sich vor allem junge Familien mit Kindern. Zwar wurde vor allem in den gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten auf eine Flexibilität der Grundrisse geachtet, um die Wohnsituation wenn nötig an verändernde Lebensumstände anzupassen, jedoch zeigt sich auch hier die Bevölkerungsstruktur sehr heterogen. Der Anteil der über 50-jährigen Personen ist im Quartier insgesamt sehr niedrig. Betrachtet man lediglich die über 65-jährigen so liegt der Anteil bei nur 1,5 Prozent. Im Gegensatz dazu liegt er auf gesamtstädtischer Ebene in Freiburg bei rund 16 Prozent. All das trägt dazu bei, dass eine Durchmischung unter-

schiedlicher sozialer und demographischer Gruppen in nur sehr geringem Ausmaß stattfindet (vgl. MÜLLER 2015: 284f, 288, 320; SOMMER/WIECHERT 2014: 46).

Der Einfluss der Baugruppen wird allerdings in Hinblick auf die nachbarschaftlichen Beziehungen in Vauban deutlich: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Vauban gibt an, Teil einer sehr guten nachbarschaftlichen Struktur zu sein. Als Grund wird unter anderem die Vielzahl der gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Bauprojekte genannt und die damit verbundene frühe gemeinsame Planung sowie die gemeinsame Nutzung der Gemeinschaftsflächen. Aber auch die hohe Dichte im Wohnquartier, attraktive, öffentliche Räume sowie das große Engagement der Bevölkerung hinsichtlich sozialer Aktivitäten im Quartier werden als wichtige Faktoren für gute nachbarschaftliche Beziehungen genannt (SOMMER/WIECHERT 2014: 54).

Die städtebaulichen Entwicklungen sowie auch die sozialen Strukturen der Bevölkerung sieht auch SPERLING (2017) als etwas, das das Quartier Vauban ausmacht und ihm seine eigene Identität verleiht. Durch die Anbindung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie verschiedene Geschäfte, die auch von Personen über die Quartiersgrenzen hinaus genutzt werden, sei das Viertel durchlässiger und offener geworden.

„Aber im Vergleich zu den direkt angrenzenden Quartieren hat Vauban den urbaneren Charakter – das wirkt offensichtlich anziehend.“

(Interview SPERLING 2017)

8. Fallbeispiel III: Der Möckernkiez in Berlin

Für die Betrachtung gemeinschaftlich entwickelter Stadtteile stellt der Möckernkiez im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin ein besonderes Fallbeispiel dar. Hier entsteht auf einer Fläche von etwa drei Hektar ein neues Stadtquartier, das von Grund auf von einer Genossenschaft geplant wurde. Mit knapp 1.600 Genossenschafts-Mitgliedern und Kosten von rund 130 Millionen Euro stellt der Möckernkiez das größte genossenschaftliche Bauprojekt in Deutschland dar.

In 14 Wohngebäuden entstehen rund 470 Wohnungen, 20 Einheiten für Gewerbe sowie Raum für Gemeinschaftseinrichtungen und soziale Infrastruktur. Teil des neuen Quartiers werden auch ein Hotel und ein Supermarkt sein, welche sich jedoch nicht im Eigentum der Genossenschaft befinden.

Die ersten Ideen und Planungen für die Umsetzung des Stadtteils wurden bereits im Jahr 2007 hervorgebracht. Im Jänner 2018 konnten nun die ersten Bewohnerinnen und Bewohner ihre Wohnungen beziehen, nachdem zwischenzeitlich in Frage stand, ob eine erfolgreiche Umsetzung überhaupt möglich ist (vgl. LOPPE 2016; MÖCKERNKIEZ GENOSSENSCHAFT 2017; MUTHORST 2017).

Im Folgenden werden nun der gemeinschaftliche Planungsprozess sowie die Hindernisse und Schwierigkeiten genauer behandelt.

8.1. Gemeinschaftliche Planung im Möckernkiez

Von der ersten Ideenfindung im Jahr 2007 bis zum Einzug der ersten Bewohnerinnen und Bewohner zu Beginn des Jahres 2018 erstreckte sich der Planungs- und Umsetzungsprozess im Möckernkiez über rund zehn Jahre. Grund dafür waren unterschiedliche Hindernisse und Hürden, vor allem hinsichtlich der Finanzierung des Viertels.

Der Möckernkiez entwickelte sich aus einer nachbarschaftlichen Initiative. Im Mittelpunkt standen dabei von Beginn an zwei wesentliche Elemente. Zum einen die Idee einer nachbarschaftlichen Gemeinschaft sowie „die Suche nach Alternativen zu einem Leben in großstädtischer Anonymität“ (Interview THÖNE 2017) und zum anderen die ablehnende Haltung gegen spekulativen Wohnungsbau. Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sind während der letzten Jahre besonders hohe Mietpreissteigerungen zu verzeichnen. Um das etwa drei Hektar große, leerstehende Grundstück dem Einfluss privatwirtschaftlicher Investoren zu entziehen, schlossen sich im Jahr 2007 einige Personen aus den angrenzenden Stadtteilen zusammen. Gerade in der Anfangsphase

Möckernkiez in Berlin

Größe des Baufelds: 30.000 m²
470 Wohneinheiten

Lage in Berlin



Abbildung 11: Lage in Berlin
(eigene Bearbeitung)

Zeitraahmen

- 2008: Gründung des Vereins
- 2009: Gründung der Genossenschaft
- 2010: Kauf des Grundstücks
- 2013: Genossenschaft beschließt Baubeginn
- 2014/01: Baubeginn
/11: Baustopp aufgrund ungeklärter Finanzierung
- 2015/09: Genossenschaft sichert Finanzierung durch Bürgerkapital
/10: Wiederaufnahme der Bauarbeiten
- 2018/01: Einzug erster BewohnerInnen

Bebauungsplan Möckernkiez



Abbildung 12: Bebauungsplan Möckernkiez (MÖCKERNKIEZ GENOSSENSCHAFT 2017)

wurde das Projekt vor allem von Personen aus der umliegenden Nachbarschaft getragen (vgl. ebd.; LANG-LENDORFF 2017; MÖCKERNKIEZ E.G. 2013: 14).

Im Jahr 2008 wurde der gemeinnützige Verein „Möckernkiez e.V.“ gegründet, welcher die Förderung des sozialen Zusammenhalts sowie die Mitarbeit im Stadtteil zum Ziel hat. Verschiedene, die Gemeinschaft fördernde Aktivitäten wurden gestartet, beispielsweise ein Chor. Auch Diskussionsabende rund um den neu entstehenden Kiez, etwa zum Thema „soziale Stadt“, wurden veranstaltet.

Im neu entstehenden Stadtquartier soll der Verein auch wesentliche Aufgaben der Gemeinwesenarbeit übernehmen und Gemeinschaftseinrichtungen unterhalten. Die Arbeit des Vereins beschränkt sich dabei nicht auf den Möckernkiez und dessen zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner, sondern setzt seit 2008 verschiedene Aktionen in der Nachbarschaft des Möckernkiez' um. Nicht alle der etwa 300 Mitglieder des Vereins werden zukünftig im Möckernkiez leben. Die Finanzierung erfolgt über Mitgliedsbeiträge sowie über freiwillige Spenden (vgl. LANG-LENDORFF 2017; MÖCKERNKIEZ E.V. 2017; Interview THÖNE 2017).

Der eigentliche Start zur Planung des neuen Stadtteils fiel mit der Gründung der „Möckernkiez Genossenschaft“ im Jahr 2009. Mit der bewussten Entscheidung gegen privates Eigentum sollte das im Stadtteil gelegene Grundstück erworben und genossenschaftlich entwickelt werden. Die Entscheidungen wurden fortan im Rahmen von Mitgliederversammlungen getroffen, wobei Personen aus der direkten Nachbarschaft nicht mehr miteinbezogen wurden, wenn sie nicht auch Mitglieder der Genossenschaft waren. Ein Jahr später konnten die 240 Mitglieder der Genossenschaft durch die Zusammenlegung der Genossenschaftsbeiträge sowie weiterer privater Einlagen das Grundstück um acht Millionen Euro erwerben (vgl. Interview THÖNE 2017.; LANG-LENDORFF 2017).

Im Anschluss daran starteten konkrete Planungsarbeiten für den neuen Stadtteil. In zahlreichen Arbeitsgruppen-Sitzungen und Plenen wurde ein Konzept für das Viertel erarbeitet. Zur Diskussion unterschiedlicher Ideen und ihrer Umsetzungsmöglichkeiten wurden Expertinnen und Experten zur Unterstützung eingeladen. Entstehen sollte eine „gemeinschaftliche und Generationen verbindende Wohnanlage, die ökologisch nachhaltig und behindertengerecht gebaut und darüber hinaus interkulturell und sozial integrativ“ sein sollte (WALK 2011: 69). Von diesen Zielsetzungen ausgehend wurde in Zusammenarbeit mit einem Architekturbüro im Rahmen mehrerer Planungswerk-

stätten ein städtebaulicher Entwurf ausgearbeitet. Anschließend wurden weitere Büros eingeladen, Entwürfe zu konkreten Gebäudeplanungen einzureichen. Fünf Vorschläge wurden schließlich in einer Mitgliederversammlung ausgewählt und im Rahmen von fünf Arbeitsgruppen weiter bearbeitet. Neben den Mitgliederversammlungen kam auch den einzelnen Hausgemeinschaften eine besondere Rolle zu. Innerhalb der von der Genossenschaft festgelegten Rahmenbedingungen sollten sie möglichst viele eigene Entscheidungen zur Gestaltung des Hauses treffen, um jedem Gebäude seinen eigenen Charakter zu geben (vgl. Interview THÖNE 2017; MÖCKERNKIEZ E.G. 2013: 33; WALK 2011: 69f).

Den gemeinschaftlichen Planungsprozess bewertet THÖNE, ein Mitglied der Genossenschaft, durchaus positiv. Der Prozess setze auf zivilgesellschaftliches Engagement. Es gehe darum eine transparente, demokratische Struktur aufzubauen, die gelebt und erarbeitet werden muss. Durch die gemeinsame Arbeit wurde nicht zuletzt auch der Zusammenhalt zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern des Viertels gestärkt. Eine frühzeitige Beteiligung der späteren Bewohnerinnen und Bewohner an der Planung sei durchaus möglich, allerdings funktioniere das umso besser, je mehr das Projekt auch von der lokalen Politik unterstützt werde, was im Falle des Möckernkiez' nicht der Fall war (vgl. Interview THÖNE 2017).

„So konnten wir [...] zwar Wünsche verschiedener Mitglieder koordinieren, waren aber nicht in der Lage, allen verschiedenen Möglichkeiten realistische Preise zuzuordnen [...].“

Und weiter:

„Wir waren alle Neulinge in einem solchen Konzept. Und wir waren voller Optimismus und vielleicht eine Spur zu naiv, um rechtzeitig zu erkennen, dass wir als genossenschaftliches Basiskonzept in der Stadtmitte eine große Herausforderung darstellten. Wir wurden von vielen Banken als ernsthafte Konkurrenten behandelt, von der Landespolitik nicht wirklich unterstützt und standen etwas ungeschützt in der sich stürmisch entwickelnden Berliner Immobilienlandschaft.“

(Interview THÖNE 2017)

8.2. Städtebauliche und raumplanerische Zielsetzungen

Der Möckernkiez grenzt im Norden und Westen an den Gleisdreieck-Park. Zu den anderen Seiten ist er umgeben von Bestandsbauten aus dem 19. Jahrhundert. Das städtebauliche Leitbild sieht eine Blockrandbebauung zur Straßenseite vor, die sich in die

bestehende Bebauung eingliedert. Zum Park hin soll eine Öffnung der Bebauung erfolgen. Um dem Anspruch gerecht zu werden, sich auch der umliegenden bestehenden Nachbarschaft zu öffnen, sollen fünf große Durchgänge Zugang zum Quartier und zum dahinter liegenden Park bieten (s. Abb. 13) (vgl. MÖCKERNKIEZ E.G. 2013: 5, 32).

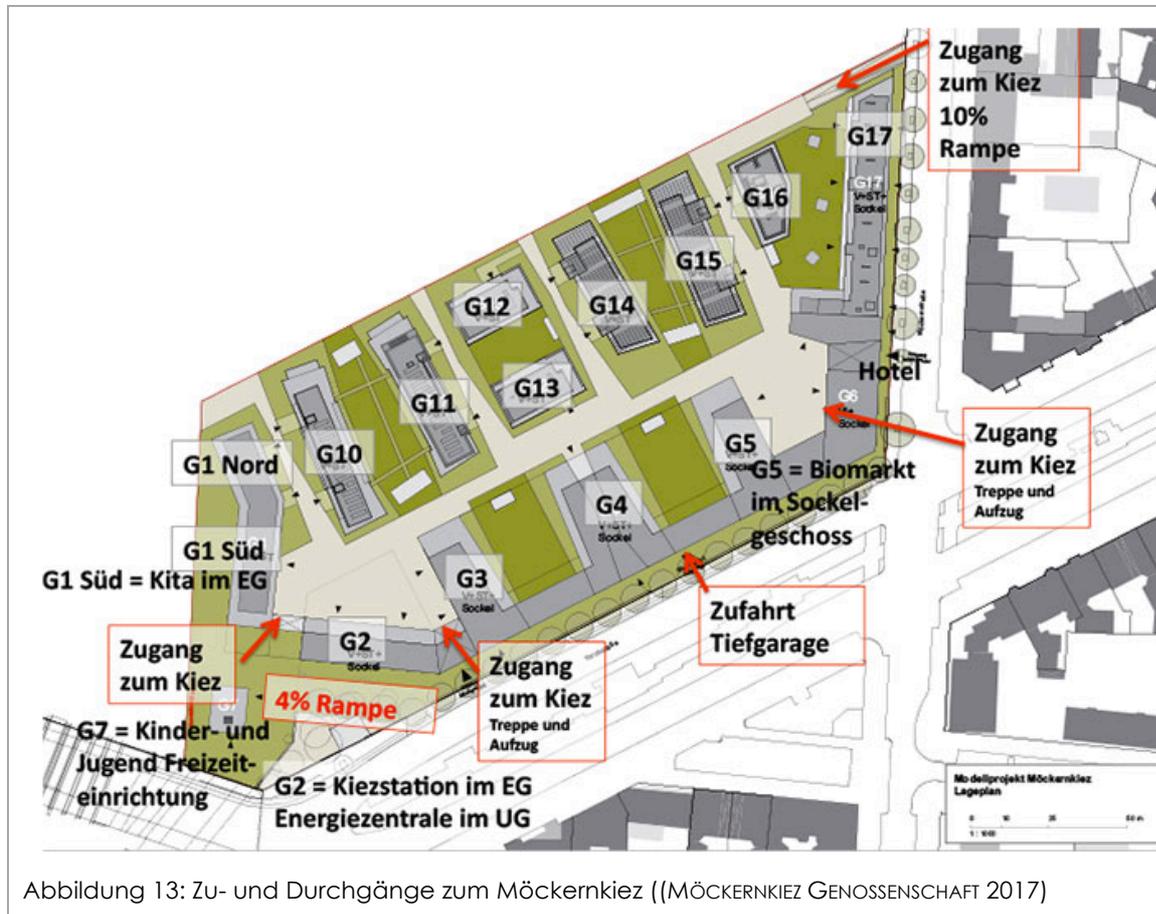


Abbildung 13: Zu- und Durchgänge zum Möckernkiez ((MÖCKERNKIEZ GENOSSENSCHAFT 2017)

Großen Wert wurde bei der Umsetzung des Quartiers auf ökologische Standards gelegt. Diese wurden trotz der damit verbundenen teilweise sehr hohen Kosten auf Wunsch der Genossinnen und Genossen fast zur Gänze umgesetzt. So wurde das Quartier etwa von Beginn als autofreies Kiez geplant. Ursprünglich sollten gar keine Stellplätze für Pkw errichtet werden. Die Errichtung von 98 Stellplätzen – zusätzlich zu 1.000 Fahrradabstellplätzen – in einer Tiefgarage war schließlich Vorgabe der Kreditgebenden Bank, deren Unterstützung für den Weiterbau notwendig war. Sie werden etwa zur Hälfte dem Hotel sowie dem Supermarkt zur Verfügung stehen und Platz für ein Carsharing-System bieten (vgl. LANG-LENDORFF 2017).

Auch bei den Gebäuden wurde auf eine ökologische Bauweise geachtet. Die verwendeten Baustoffe wurden unter bauökologischen Aspekten ausgewählt. Die Wohngebäude werden im Passivhaus-Standard errichtet. Die Heizenergie wird über eine quartierseigene Energiezentrale erzeugt und über ein Nahwärmenetz verteilt. Daneben umfasst

das Energiekonzept ein mit Biogas betriebenes Blockheizkraftwerk, einen Spitzenlastkessel, Wärmespeicher sowie mehrere Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Wohngebäude. Der vor Ort erzeugte Strom wird den Haushalten und Betrieben in einem eigenen Ökostromprodukt angeboten. Zusätzlich werden die Dachflächen begrünt sowie die Fassaden teilweise berankt, um einen Grünausgleich zu schaffen. Auch wurde darauf geachtet, den Versiegelungsgrad auf das Notwendigste zu beschränken, sodass das auf dem Grundstück anfallende Regenwasser weitestgehend versickern kann beziehungsweise zur Gartenbewässerung gesammelt wird (vgl. Interview THÖNE 2017).

8.3. Schwierigkeiten der Selbstorganisation

Die Finanzierung des Möckernkiez' sollte zu 40 Prozent aus Eigenmitteln der Genossenschaftsmitglieder erfolgen, der Rest sollte von einem Kreditgeber beigesteuert werden (vgl. LANG-LENDORFF 2017). Wer an einer Wohnung im Möckernkiez interessiert war, musste von Beginn an vergleichsweise hohe Eigenmittel beisteuern. Für eine Mitgliedschaft in der Genossenschaft mussten mindestens zwei Genossenschaftsanteile zu je 500 Euro erworben werden. Hinzu kamen eine Bearbeitungsgebühr von 100 Euro sowie ein Eigenmittelanteil von 920 Euro pro Quadratmeter. Im Gegenzug dazu sollten verhältnismäßig geringe Mieten im Neubau von durchschnittlich 8,50 Euro pro Quadratmeter stehen sowie geringe Wohnnebenkosten von rund zwei Euro pro Quadratmeter aufgrund des nachhaltigen Energiekonzepts (vgl. MÖCKERNKIEZ E.G. 2013: 11; MÖCKERNKIEZ GENOSSENSCHAFT 2017).

In langen Verhandlungen mit unterschiedlichen Banken sowie auch verschiedenen politischen Vertretern wurde von der Genossenschaft nach Unterstützung gesucht. Von Seiten der Politik bestand wenig Interesse am Gelingen des Projekts, was THÖNE unter anderem auch darauf zurückführt, dass zu dem Zeitpunkt auch viele andere Flächen in Kreuzberg baulich erschlossen wurden (vgl. Interview THÖNE 2017).

Darüber hinaus scheiterten auch die Kreditverhandlungen mit den unterschiedlichen Banken, während die Preise für den Bau stiegen. Daher beschloss die Genossenschaft die Bebauung des Areals noch vor der fixen Zusage einer Finanzierung aus eigenen Mitteln zu beginnen. So wurde im Jänner 2014 mit den ersten Arbeiten gestartet, welche jedoch bereits Ende desselben Jahres aufgrund der fehlenden Finanzierung wieder eingestellt werden mussten (vgl. LANG-LENDORFF 2017, Interview THÖNE 2017).

Als Folge wurden die Mieten angehoben, welche nun je nach Lage der Wohnung zwischen 8,62 Euro und 13,04 Euro pro Quadratmeter liegen. Mit einer durchschnittlichen Netto-Kaltmiete von rund elf Euro pro Quadratmeter liegen die Mietkosten damit über

dem Berliner Durchschnitt im Neubau, wobei sie nun bis zum Jahr 2026 nicht mehr ansteigen sollen (vgl. LANG-LENDORFF 2017; MÖCKERNKIEZ GENOSSENSCHAFT 2017; SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND WOHNEN 2017: 12). Außerdem wurden eine Architektin und ein Fachmann aus der Wohnungswirtschaft zum neuen Vorstand der Genossenschaft gewählt, welcher nun über mehr Erfahrung aus der Bau-branche verfügte. Sie überarbeiten das Finanzierungskonzept in Folge dessen die Genossenschaft den geplanten Supermarkt sowie das Hotel im Quartier verkaufte. Darüber hinaus wurde bei weiteren Maßnahmen eingespart, etwa der Ausstattung der Bäder oder der Qualität der Fenster. Nach neuerlichen Kreditverhandlungen wurde auch die Errichtung von Pkw-Stellplätzen zugesagt. Darüber hinaus wurden die Mitglieder der Genossenschaft gebeten, als Privatpersonen mit Darlehen die Finanzierung zu unterstützen. Weitere drei Millionen Euro konnten so gesammelt werden und schließlich die Genossenschaftsbank GLS Bank als Kreditgeberin gewonnen werden. Gemeinsam mit zwei weiteren Investoren sowie einer weiteren Bank willigte sie ein, die übrigen Baukosten zu finanzieren. Voraussetzung für die Ausschüttung der Gelder war die Vergabe von 95 Prozent der Wohnungen im Möckernkiez. Das konnte mit Beginn des Jahres 2016 erreicht werden und die Bauarbeiten wurden wieder aufgenommen (vgl. LANG-LENDORFF 2017; MUTHORST 2017).

THÖNE führt die lange Umsetzungsdauer des Projekts sowie die mehrfache Erhöhung der Kosten vor allem auf die fehlende politische Unterstützung zurück (vgl. Interview THÖNE 2017). Vor allem der starke Anstieg der Mieten hatte zur Folge, dass einige Genossenschaftsmitglieder im Laufe der Zeit wieder aussteigen mussten. Das Ziel der sozialen Integration im neuen Stadtquartier konnte damit nicht erreicht werden, wengleich von Beginn an die Beteiligung aller Bevölkerungsschichten aufgrund der Höhe der aufzubringenden Eigenmittel ausgeschlossen war (vgl. LANG-LENDORFF 2017).

9. Zusammenführung der Ergebnisse

Die Untersuchung der drei Fallbeispiele in den vorangegangenen Kapiteln gibt Einblick in sehr unterschiedliche Formen der partizipativen und kooperativen Stadtplanung. Das betrifft sowohl die Intensität als auch die Reichweite der umgesetzten Aktivitäten. Im Folgenden werden die Ergebnisse nun zusammengeführt und in Hinblick auf die zuvor formulierten Thesen ausgewertet.

9.1. Städtebauliche Möglichkeiten von Quartiersgruppen

Die Betrachtung der drei Fallbeispiele zeigt, dass die Umsetzung von Quartiersgruppen und die damit verbundene gemeinschaftliche Planung zur Entwicklung urbaner Quartiere beitragen kann, wie im Rahmen der ersten These formuliert wurde. Zwar machen die Ergebnisse der Literaturanalyse deutlich, dass der Faktor Zeit für die Entwicklung lebendiger Stadtviertel eine wichtige Rolle spielt. Dennoch zeigt sich, dass vor allem aus städtebaulicher und architektonischer Perspektive in Aspern als auch in Vauban, den beiden bereits fertig gestellten Stadtteilen, eine hohe Qualität erreicht werden konnte. Das ist zum einen auf die gemeinsame kooperative Planung zurückzuführen zum anderen aber auch auf die Kombination unterschiedlicher Bedürfnisse der beteiligten Personen, die unter anderem in einer kleinteiligen und vielfältigen Bauweise sichtbar werden.

In Vauban gibt es darüber hinaus vor allem in den ersten beiden Bauabschnitten eine hohe Nutzungsmischung. Die Fallbeispiele verdeutlichen, dass der Fokus der gemeinschaftlichen Planung, wie auch bei Baugruppen, über das Bauen hinausgeht. Es wird also von Anfang an das Leben im Quartier mitgedacht, was in Vauban etwa das Entstehen des Quartiershauses sowie des Marktplatzes mit sich brachte. Außerdem haben mehrere Personen, die bereits in der Planung involviert waren, später Geschäfte eröffnet. Die Aneignung der öffentlichen Räume im Quartier wird durch die kooperative Gestaltung wesentlich erleichtert und die Entwicklung einer gemeinsamen räumlichen Identität schon zu einem frühen Zeitpunkt möglich (vgl. Interview SPERLING 2017). Damit kann im neu entstehenden Quartier eine Lebendigkeit erreicht werden, die von Seiten der Stadt häufig gewünscht wird, wie etwa auch aus den Strategiepapieren der Stadt Wien hervorgeht.

Auch in Hinblick auf klimatische Herausforderungen, wie sie in These 3 formuliert sind, zeigt sich, dass Quartiersgruppen durchaus das Potenzial haben, innovative Kon-

zepte in die Stadtplanung einzubringen. In allen drei Fallbeispielen ist der Wunsch nach einer nachhaltigen Lebensweise auch in der städtebaulichen Umsetzung wiederzufinden. Deutlich wird das vor allem in der Betrachtung der beiden größeren Projekte. Sowohl in Vauban als auch im Möckernkiez wurde darauf geachtet, den motorisierten Verkehr zu reduzieren und nachhaltige Verkehrsmittel zu fördern. In beiden Fällen wurden auch innovative Energiekonzepte entwickelt, sei es eine lokale Energieerzeugung oder die Nutzung nachhaltiger Baustoffe, wodurch die üblichen energetischen Standards im Städtebau übertroffen wurden.

Inwieweit die städtebauliche Umsetzung von Quartiersgruppen zur Abgrenzung des Viertels gegenüber der umliegenden Stadt beiträgt (These 4), wird von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst. Zum einen weist BURGDORFF darauf hin, dass etwa die genossenschaftliche Umsetzung von öffentlichen Räumen schwierig sei, da Genossenschaften immer Club-Güter schaffen würden (vgl. Vortrag BURGDORFF 2017). Das steht immer auch in Zusammenhang mit rechtlichen Fragen, wie etwa das Fallbeispiel der Baugruppen in Aspern zeigt. Hier wurde die Bebauung zwar zum Park hin geöffnet, der Eingang dennoch mit einem Tor versehen.

Inwieweit im Möckernkiez der Anspruch, auch für die Bewohnerinnen und Bewohner aus der Umgebung offen zu sein, umgesetzt werden kann, wird sich erst zeigen. Im Fall des Viertels Vauban zeigt sich aber, dass durch die Attraktivität der öffentlichen Räume im Quartier, die auch weiterhin von der öffentlichen Hand verwaltet werden, sowie durch die direkte Anbindung des Viertels an die umliegenden Stadtteile durch den öffentlichen Verkehr auch Personen aus dem Umland in das Viertel kommen.

9.2. Chancen für das Zusammenleben in Quartiersgruppen

In Hinblick auf das Zusammenleben in Quartiersgruppen geht These 2 davon aus, dass durch gute nachbarschaftliche Netzwerke die Auswirkungen zentraler gesellschaftlicher Veränderungen besser abgefangen werden können. Zwar lässt sich über die tatsächlichen Effekte, etwa der demographischen Entwicklung, noch keine Aussagen treffen. Deutlich wird aber, dass diese Themen im Rahmen der gemeinschaftlichen Planung stets Beachtung finden. So wurde etwa im Möckernkiez durchgehend auf Barrierefreiheit und in Vauban im Rahmen bestimmter Baugruppen besonders auf eine generationenübergreifende Bewohnerstruktur geachtet.

Wie groß der Beitrag nachbarschaftlicher Netzwerke aber tatsächlich bei der Bewältigung derartiger Aufgaben ist, kann nicht genau beantwortet werden. Zwar wird deutlich, dass Nachbarschaft als Gegensatz zur Anonymität der Großstadt in allen Projek-

ten eine wichtige Rolle spielt und sich sowohl in Vauban als auch in Aspern positiv auf die Lebensqualität auswirkt. Dennoch zeigt sich in der Praxis, dass die Erwartungen an die Gemeinschaft häufig überschätzt werden. Während zukünftige gesellschaftliche Herausforderungen also durchaus Beachtung finden, kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese auch vollends im Rahmen einer Quartiersgruppe gelöst werden können.

Betrachtet man nun die Chancen, die Quartiersgruppen für das Zusammenleben in neu entstehenden Stadtteilen mit sich bringen können, spielt auch die Zusammensetzung der Bevölkerungsstruktur eine wichtige Rolle. Bei den untersuchten Fallbeispielen zeigt sich dabei fast überall, dass die Bewohnerinnen und Bewohner vor allem aus gut gebildeten und gut situierten Bevölkerungsschichten stammen. Eine Ausnahme bildet lediglich das Projekt S.U.S.I. in Vauban, welches eine heterogenere Bewohnerstruktur aufweist.

Häufig sind es vor allem finanzielle Hürden, die bestimmte Personen von der Teilhabe ausschließen. Das wird vor allem am Beispiel des Möckernkiez' deutlich. GRUBER meint in Hinblick auf den Vorwurf, Baugruppen würden nur eine bestimmte soziale Schicht anziehen, dass das gerade bei neueren Projekten zu relativieren sei. Denn dort, wo heute von Seiten der Stadt schon eine gute Förderstruktur bestehe, würden sich auch die Bewohnerinnen und Bewohner heterogen zeigen (vgl. Interview GRUBER 2017). Dennoch werden auch hier die Probleme der Erreichbarkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen in Partizipationsprozessen deutlich. Wie die Erfahrung aus Aspern zeigt, ist neben den finanziellen und zeitlichen Ressourcen auch ein bestimmtes Know-how notwendig, um sich an einem derartigen Projekt zu beteiligen. Wenngleich in der kooperativen Quartiersentwicklung also immer wieder der Anspruch gestellt wird, einen Teil zur Integration in der Stadt zu leisten, so zeigen etwa die Beispiele Vauban und der Möckernkiez, dass dieses Ziel nur sehr selten erreicht wird.

Die Unterstützung der Stadt, wie sie in These 7 formuliert ist, könnte dabei unterstützen, sozialgerechten und günstigen Wohnraum zu schaffen und damit tatsächlich eine heterogene Bevölkerungsstruktur in einem neuen, kooperativ entwickelten Stadtteil zu erreichen. Dabei ist wichtig, dass das gemeinschaftliche Wohnen auch über die Bereitstellung von Wohnraum hinaus, etwa durch Nachbarschaftsfeste oder andere soziale Aktivitäten, gefördert wird. Wie aus den Ausführungen zum Quartier (s. Kap. 2) hervorgeht, schafft räumliche Nähe allein noch keine Netzwerke (vgl. KURTENBACH 2016: 9). Intermediäre Organisationen, wie Stadtteilmanagements, oder eben auch Personen aus dem Quartier selbst, können dabei eine wichtige Rolle spielen. Gerade bei koopera-

tiv geplanten Quartieren, bei welchen davon auszugehen ist, dass die Bewohnerinnen und Bewohner großen Wert auf gemeinschaftliches Zusammenleben legen, könnte hier wieder ein Mehrwert entstehen. Wie die Fallbeispiele Möckernkiez und Vauban zeigen, werden Vereine zur Förderung des Zusammenlebens im Quartier auch von den Bewohnerinnen und Bewohnern selbst gegründet.

Alle Beispiele zeigen deutlich, dass Kommunikation für eine kooperative Planung sowie gemeinschaftliches Bauen und Wohnen, wie es bei Quartiersgruppen der Fall ist, eine wesentliche Rolle spielt. In allen drei Fallbeispielen wurde versucht, über Arbeitsgruppen bestimmte Themen und Entscheidungen vorzubereiten, um die Konsensfindung zu erleichtern. In Vauban war es vor allem das Forum Vauban, das den Entwicklungsprozess vorantrieb, die Kommunikation mit allen Beteiligten organisierte und damit als Kerngruppe und wesentliche Triebkraft gesehen werden kann. In Aspern wurde darüber hinaus aktiv um eine professionelle Moderation angesucht. Im Möckernkiez zeigte sich, dass die Umsetzung des Projekts erst durch eine Professionalisierung des Vorstands sichergestellt werden konnte.

Eine starke Kerngruppe, die professionell arbeitet beziehungsweise auf die Unterstützung von Expertinnen und Experten aus der Praxis zurückgreifen kann, hat also einen wesentlichen Einfluss auf die erfolgreiche Umsetzung des Projekts, wie auch im Rahmen der fünften These vermutet wurde. SPERLING führt das auch auf den Abstraktionsgrad der Planung zurück, denn intensive Beteiligung kann erst dann passieren, wenn es für die Beteiligten einen direkten Realitätsbezug gibt. Frühzeitige Planungsprozesse sind daher noch nicht geeignet, einen größeren Kreis an Menschen zu beteiligen (vgl. Interview SPERLING 2017).

9.3. Die Rolle der Stadt und Quartiersgruppen

Die Untersuchung der drei Fallbeispiele zeigt, dass der Stadt bei der Umsetzung von Quartiersgruppen eine besondere Rolle zukommt. In Hinblick auf These 6 wird deutlich, dass mit der Unterstützung der Stadt die erfolgreiche Umsetzung des Projekts weitaus wahrscheinlicher wird. Während in Vauban und in Aspern die Initiative von der Stadt gesetzt wurde, sei es durch eine besondere Ausschreibung oder durch die Entscheidung, ein umfangreiches Bürgerbeteiligungsverfahren umzusetzen, hatte der Möckernkiez, der nicht von der kommunalen Politik unterstützt wurde, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Deutlich wird, dass ein politisches Bekenntnis zur kooperativen Stadtplanung eine wichtige Grundlage darstellt. Sowohl in Wien als auch in Freiburg entstanden die Pro-

jekte unter einer grünen Beteiligung im Gemeinderat, welche die Umsetzung unterstützen. In Berlin hat es diese zum Zeitpunkt der Umsetzung des Projektes nicht gegeben. Die seit dem Jahr 2016 bestehende rot-rot-grüne Regierung hat die Förderung des genossenschaftlichen Bauens nun in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten. In Kreuzberg wurde darauf aufbauend vom grünen Baustadtrat im Jahr 2017 ein Ideenwettbewerb für ein Gebiet ausgeschrieben, bei welchem auch Genossenschaften zum Zug kommen könnten (vgl. RADA 2017).

Wie GRUBER im Interview betont, sei bei der Förderung von gemeinschaftlichem Bauen und Wohnen wichtig, dies nicht lediglich als Instrument zur Aufwertung und Attraktivierung von Stadtgebieten zu sehen (vgl. Interview GRUBER 2017). Auch aus dem Fallbeispiel Aspern geht hervor, dass die gemeinsame Planung dort, wo sie nicht freiwillig stattfand, sondern durch die Ausschreibung vorgegeben wurde, nicht von allen als Mehrwert gesehen wurde. Es ist also wichtig, stadtplanerische Aufgaben nicht an die Bevölkerung abzutreten, wenn das nicht eingefordert wird.

Das ist vor allem auch in Hinblick auf These 8 wichtig. Wie SPERLING mit Blick auf die Planungsprozesse in Vauban betont, muss die Stadt auf Quartiersebene der Hauptakteur bleiben. Es sei ihre Aufgabe, kreative Lösungen für die Stadtplanung zu finden und Rahmenbedingungen vorzugeben. Beteiligung sei dabei ein wichtiger Faktor, wobei durch den gemeinsamen, kreativen Prozess von Stadt und Bürgerinnen und Bürgern insgesamt gute Ergebnisse erzielt werden können.

“Die Stadtplanung selbst hat ja auch noch einen Job. Beteiligung ist etwas, das die offizielle Stadtplanung beflügeln und kreativ ergänzen sollte - und sie nicht ablösen sollte. Beteiligung ist etwas, das das Bild vervollständigt.”

(Interview SPERLING 2017)

Eine durchgehende Unterstützung durch die Stadtverwaltung und -politik sei ein wesentlicher Faktor für den Erfolg des Viertels Vauban gewesen. Die erweiterte Bürgerbeteiligung wurde von der Stadt angeboten, gleichzeitig aber auch durch das Forum Vauban massiv angetrieben und eingefordert. Zusätzlich trug die Möglichkeit, finanzielle Förderungen für das Forum Vauban aufzustellen sowie die hohe Eigenmotivation der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels dazu bei, dass der Prozess so positiv verlief (vgl. ebd.).

Gerade die genaue Kenntnis der Rahmenbedingungen sieht GRUBER als Grundlage für erfolgreiche partizipative Stadtplanung. Wie bei Baugruppen, wo gewisse Rahmenbedingungen feststehen, etwa das konkrete Ziel ein gemeinsames Haus zu planen oder auch die Höhe des Budgets, braucht es auch bei anderen stadtplanerischen Projekten

derartige Vorgaben. Darüber hinaus muss die Stadt auch bereit sein, Entscheidungsmacht an die Bevölkerung zu übergeben (vgl. Interview GRUBER 2017; Vortrag AVERMAETE 2017). Solange dies nicht der Fall ist und in der kooperativen Planung Entscheidungen nicht von den Beteiligten getroffen werden können, wird Partizipation nur auf der Ebene der Information bleiben und Frustration fördern, denn „die Mündigkeit der Bürger endet dort, wo sie keinen Handlungsspielraum oder kein Geld mehr haben.“ (Interview GRUBER 2017)

Darin liegt auch die Wichtigkeit eines neuen Verständnisses der Stadtplanung. Doch gerade in Hinblick auf Themen wie Integration oder günstigen Wohnraum braucht es eine starke kommunale Planung. Um Innovationen zu fördern, ist die Unterstützung von Kooperation und Selbstorganisation aber ein wesentlicher Punkt. Hier muss der Raum gegeben werden, damit echte Beteiligung und Mitgestaltung stattfinden kann. Die Stadt muss unterstützend begleiten, sei es durch die Moderation oder Koordination.

10. Handlungsempfehlungen

Aufbauend auf der Untersuchung der drei Fallbeispiele sowie der Zusammenführung der Ergebnisse werden nachfolgend Handlungsempfehlungen für die Stadtplanung abgeleitet.

Partizipative und kooperative Elemente in der stadtplanerischen Praxis fördern

Anhand der theoretischen Aufarbeitung und insbesondere bei der Untersuchung der Fallbeispiele wurde deutlich, dass erfolgreiche Beteiligungsprojekte für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie für die Stadt positive Auswirkungen mit sich bringen. Werden zukünftige Bewohnerinnen und Bewohner bei der Planung neuer Quartiere miteinbezogen, kann damit eine hohe Wohnzufriedenheit und eine hohe Qualität in der städtebaulichen Umsetzung erreicht werden. Beteiligung, als „Expertise aus der Zivilgesellschaft“ (Interview SPERLING 2017), sollte ein wichtiges Element von stadtplanerischen Prozessen sein, wie auch aus den Expertinnen- und Experteninterviews hervorgeht.

Gemäß den Strategiepapieren der Stadt Wien sind Partizipation und Kooperation auch wesentliche Elemente der Wiener Stadtplanung. In der Praxis zeigt sich aber, dass die strategischen Zielsetzungen häufig im Hintergrund bleiben beziehungsweise dass sich Partizipation lediglich auf die Information der Bevölkerung beschränkt. Es braucht also eine Förderung von partizipativen und kooperativen Elementen in der Praxis. Dabei ist wichtig, dass der Bevölkerung auch tatsächlich der Raum gegeben wird, Entscheidungen zu treffen und andererseits die Stadt in begleitender Funktion unterstützt, beispielsweise über die Bereitstellung einer Moderation im Planungsprozess.

Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Baugruppen verbessern

Die Förderung gemeinschaftlicher Bau- und Wohnprojekte nimmt in Hinblick auf die Beteiligung im Wohnungsbau eine wichtige Rolle ein, stellen sie doch eine besondere Form der kooperativen Planung dar. Dabei ist wichtig zu beachten, dass im Rahmen von Baugruppen bisher nur eine bestimmte Klientel angesprochen wird. Dennoch wird durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für Baugruppen eine kooperative und innovative Wohnform unterstützt.

In Wien hat es diesbezüglich während der letzten Jahre zahlreiche Verbesserungen gegeben, etwa die Ausweisung eigener Grundstücke in neu entstehenden Stadtquartie-

ren, wie der Seestadt Aspern und dem Sonnwendviertel. Um das gemeinschaftliche Bauen und Wohnen in der Stadt noch weiter zu unterstützen und es vor allem auch für weitere Bevölkerungsgruppen interessant zu machen, sollten die Rahmenbedingungen noch weiter verbessert werden. Das kann etwa die Anpassung der Förderkriterien für die Wohnbauförderung sein, die Unterstützung von Plattformen und Initiativen, um diese Art der Wohnform bekannter zu machen und Interessierte zu vernetzen oder auch die Bereitstellung personeller Ressourcen zur begleitenden Moderation und Koordination. Wichtig ist auch, dass Baugruppen nicht nur als Instrument für die Quartiersentwicklung gesehen werden. Zum einen ergeben sich dadurch überzogene Erwartungen an die Baugruppen von Seiten der Stadt und zum anderen kann das auch zu einer Überforderung der beteiligten Personen führen.

Eigeninitiative fördern und nötige Unterstützung anbieten

Beteiligung und die Übertragung der Entscheidungsverantwortung auf die Bürgerinnen und Bürger auf der Ebene der Kooperation kann nur dann passieren, wenn das von Bevölkerung auch gewünscht und angenommen wird. Wie BURGDORFF betont, braucht es Leute, die sich organisieren. Sollte das von Seiten der Bevölkerung nicht passieren, so kann es auch nicht erzwungen werden. Vielmehr würde das in einer inszenierten Selbstorganisation münden (vgl. Vortrag BURGDORFF 2017).

Gleichzeitig dürfen Projekte, die im Eigenengagement der Bevölkerung entstehen, nicht instrumentalisiert werden, um Aufgaben der Stadt zu übernehmen. Es ist wichtig darauf zu achten, inwieweit Kooperation und Selbstorganisation von der Bevölkerung eingefordert werden und gegebenenfalls auch wieder gegenzusteuern und mehr Unterstützung anzubieten, um keine Überforderung auszulösen. Sind genug Personen vorhanden, die sich gemeinsam organisieren und kooperativ arbeiten wollen, so sollte ihnen auch der Raum hierfür gegeben werden.

Raum zum Experimentieren zulassen und Innovation fördern

In Hinblick auf die Umsetzung von Quartiersgruppen wird deutlich, dass damit vor allem bestimmte Bevölkerungsgruppen angesprochen werden. Gleichzeitig zeigt sich, dass durch die umfangreiche Beteiligung der zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner innovative Konzepte für die Stadtplanung entstehen können, etwa in Hinblick auf das Zusammenleben im Quartier aber auch in Hinblick auf neue Mobilitäts- und Energiekonzepte.

Damit neue Konzepte entstehen können, muss Raum zum Ausprobieren gegeben sein. Beteiligung und Kooperation muss immer ein ergebnisoffener Prozess sein, denn, wie

auch SPERLING betont, kann echte Beteiligung nur dann stattfinden, wenn das Ergebnis noch nicht vorgegeben ist.

„Es geht ja auch immer um eine Vielfalt und das Ausprobieren neuer Lösungen – es geht nicht darum, ultimativ die beste Lösung umzusetzen. [...] Man muss das Unplanbare in die Planung miteinbeziehen.“

(Interview SPERLING 2017)

Stellt die Stadt geeignete Rahmenbedingungen zur Verfügung, welche Beteiligung fördern und zulassen, können, wie im Rahmen dieser Arbeit gezeigt wurde, innovative Konzepte entstehen. Dabei handelt es sich stets um (Pilot-)Projekte, die auf ihre jeweilige Situation maßgeschneidert sind, etwa was die Rechts- oder Organisationsform betrifft. Klar ist, dass dadurch keine Stadtentwicklung im großen Maßstab betrieben werden kann. „Aber man schafft eine wahnsinnige Innovation.“ (vgl. Vortrag BURG-DORFF 2017) Damit können auch vergleichsweise kleine Projekte einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung leisten.

Ebene des Quartiers in der Stadtplanung verankern

Wie bei partizipativen und kooperativen Verfahren wird auch der Ebene des Quartiers gemäß der Strategiepapiere der Stadt Wien eine wesentliche Rolle zugesprochen. In der Praxis zeigt sich aber auch hier, dass bauplatzübergreifende und quartiersbezogene Ansätze häufig fehlen.

Die Einführung kooperativer Bauträgerwettbewerbe kann als Schritt in die richtige Richtung gedeutet werden, allerdings besteht hier noch viel Potenzial, etwa was bestehende Förderinstrumentarien betrifft. Auch notwendige Nachweise müssen bei bauplatzübergreifenden Planungen, wie etwa den Baugruppen in der Seestadt Aspern, einzeln erbracht werden (vgl. TEMEL 2012: 90).

Um eine bauplatzübergreifende Planung zu unterstützen, braucht es also eine Anpassung bestehender baurechtlicher Regelungen. Darüber hinaus gilt es, auch für den Planungsprozess geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Das betrifft, wie auch bei der Förderung von Baugruppen, etwa die Schaffung und Finanzierung einer Stelle, die den Kooperationsprozess begleitet und moderiert. Die alleinige Festschreibung von kooperativer Planung in der Ausschreibung ist, wie das Fallbeispiel Aspern zeigt, zu wenig. Für diese Aufgaben könnten etwa Quartiersmanagements gestärkt werden.

Um die bauplatzübergreifende Planung zu stärken, sollte auch der Ebene des Quartiers mehr Bedeutung zukommen. Durch die Anerkennung als Planungsebene könnten Entwicklungspläne für neue Stadtteile erstellt werden. Damit könnte eine Nutzungs-

mischung und Kleinteiligkeit in Quartieren sichergestellt werden. Zusätzlich kann damit eine stärkere Vernetzung und Kooperation der zuständigen Ressorts aus dem Wohnungsbau und der Stadtplanung gefördert werden.

Faktor Zeit berücksichtigen

Die Berücksichtigung des Faktors Zeit in der Stadtentwicklung ist aus unterschiedlichen Perspektiven wichtig. In Hinblick auf den in verschiedenen Strategiepapieren festgehaltenen Anspruch, urbane Quartiere schaffen zu wollen, zeigt sich, dass gelebte Urbanität stets auch mit der Frage der Wohndauer einhergeht. Das Ausbilden einer eigenen Identität im Quartier sowie das Aneignen der öffentlichen Räume benötigt Zeit und kann nicht im Vorhinein geplant werden. Dennoch ist zu beachten, dass diese Prozesse durch bestimmte stadtplanerische Instrumente unterstützt werden können. Aus städtebaulicher Perspektive kann das etwa bedeuten, auf eine Kleinteiligkeit und Nutzungsmischung im neuen Stadtteil zu achten und öffentliche Räume zur Verfügung zu stellen, die Begegnungen ermöglichen. Darüber hinaus zeigen die Fallbeispiele deutlich, dass frühzeitige Beteiligung Identifikations- und Aneignungsprozesse beschleunigen kann.

Vor dem Hintergrund schnell wachsender Städte, ein Trend, der auch in der Stadt Wien derzeit deutlich zu beobachten ist, wird der Faktor Zeit auch noch aus einer anderen Perspektive wichtig. Zum einen verlangt der starke Anstieg der Bevölkerung nach einem raschen Wohnungsbau, zum anderen macht die vorliegende Arbeit deutlich, dass partizipative und kooperative Projekte stets in einem längeren Zeithorizont gedacht werden müssen und gleichzeitig nur verhältnismäßig wenig Wohnraum dadurch geschaffen wird. Sollen die Potenziale der Beteiligung und Selbstorganisation genutzt und gefördert werden, so müssen unterschiedliche Geschwindigkeiten im Wohnbau zugelassen werden. Es braucht eine bewusste Entscheidung, auch kleine Projekte zuzulassen und zu fördern, um so Innovation in der Stadt zu fördern (vgl. Vortrag FITZ 2017).

Sozial-integrative Quartiersentwicklung als wesentliche Aufgabe der Stadt

Wie die vorliegende Arbeit zeigt, verstärkt sich das Problem der schwer erreichbaren Bevölkerungsgruppen in Beteiligungsprozessen bei der Umsetzung von Baugruppen oder Quartiersgruppen weiter. Diese Form der kooperativen Planung spricht, zumindest in den bisherigen Umsetzungsbeispielen, nur bestimmte Bevölkerungsgruppen an

und ist damit nur in sehr geringem Ausmaß dazu geeignet, eine sozial-integrative Stadt- und Quartiersentwicklung zu fördern.

In Hinblick darauf bleibt die Rolle der Stadt also überaus wichtig. Das betrifft zum einen das Bereitstellen von Wohnraum für Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen aber auch die kontinuierliche Arbeit, schwer erreichbare Zielgruppen für Partizipationsprozesse zu gewinnen und damit die Integration in der Stadt zu fördern.

Dazu können etwa intermediäre Organisationen weiter unterstützt werden, die bereits heute eine wichtige Rolle in der sozial-integrativen Stadtentwicklung einnehmen.

11. Fazit und Ausblick

In einer wachsenden Stadt, wie Wien sie darstellt, nimmt die Entwicklung neuer Quartiere eine wesentliche Rolle ein. In der vorliegenden Arbeit wurden nun die besonderen Möglichkeiten einer kooperativen Quartiersentwicklung untersucht.

Dass Partizipation und Kooperation in der Stadtentwicklung einen wichtigen Stellenwert einnehmen, geht nicht nur aus der Literatur sowie den Expertinnen- und Experteninterviews deutlich hervor, sondern auch aus der Untersuchung der verschiedenen Strategiepapiere der Stadt Wien. Wenngleich vor allem von Seiten der Expertinnen und Experten eine Lücke zwischen den strategischen Zielsetzungen zu Partizipation und Kooperation und der tatsächlichen Praxis in Wien ausgemacht wird, so herrscht doch Übereinkunft darüber, dass durch die Beteiligung der Bevölkerung die Qualität der Stadtentwicklung deutlich verbessert werden kann.

Gemeinschaftliche Bau- und Wohnprojekte als besondere Form der kooperativen Planung, die in manchen Fällen sogar auf der Ebene der Selbstorganisation umgesetzt werden, stellen in Hinblick auf die Bereitstellung von Wohnraum eine besonders innovative Form dar. Von Seiten der Bewohnerinnen und Bewohner sind vor allem die Möglichkeit, Wohnraum selbstbestimmt gestalten zu können, sowie die Vorzüge einer aktiven Nachbarschaft Gründe für eine Beteiligung an einer Baugruppe. Aus Sicht der Stadt werden durch die Umsetzung von Baugruppen häufig auch positive Effekte für das umliegende Stadtgebiet erwartet, weshalb derartige Projekte in den vergangenen Jahren auch in Wien in neu entstehenden Stadtquartieren verstärkt gefördert wurden. Auch der Ebene des Quartiers kommt in der Stadtentwicklung eine besondere Rolle zu, wie die vorliegende Arbeit zeigt. Das Quartier beschreibt den alltäglichen Handlungsraum der Bewohnerinnen und Bewohner, wenngleich dieser Effekt je nach Bevölkerungsgruppe stärker oder schwächer ausfällt. Dadurch und aufgrund seiner überschaubaren Größe eignet es sich besonders, um Personen in Beteiligungsprozesse einzubeziehen.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen wurde in der vorliegenden Arbeit die Frage untersucht, inwieweit verschiedene Aspekte von gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten auf der Ebene der kooperativen Quartiersentwicklung angewandt werden können. Die Übertragung von Merkmalen kleiner Baugruppen auf die Quartiersebene funktioniert dabei jedoch nur sehr beschränkt. Durch die Auswahl der drei Fallbeispiele, die Baugruppen in der Seestadt Aspern, das Viertel Vauban in Freiburg sowie der

Möckernkiez in Berlin, konnte dennoch gezeigt werden, wie kooperative Quartiersplanung durch die Beteiligung der zukünftigen Bevölkerung funktionieren kann.

Deutlich wird, dass sogenannte Quartiersgruppen, also die Planung neuer Quartiere durch die späteren Bewohnerinnen und Bewohner, keine Patentlösung für die komplexen Fragen der Stadtentwicklung bieten können. Herausforderungen bei der Integration und der Einbeziehung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen können damit nicht gelöst werden, vielmehr werden nur bestimmte soziale Milieus angesprochen.

Gleichzeitig zeigt sich aber, dass durch die intensive Beteiligung der Bevölkerung innovative städtebauliche Lösungen in Hinblick auf ökologische Herausforderungen gefunden werden können. Auch zur Gestaltung lebendiger Stadtteile leisten Quartiersgruppen einen wesentlichen Beitrag da Aneignungs- und Identifikationsprozesse schon frühzeitig stattfinden. Nicht zuletzt können durch die gemeinschaftliche Planung und kollektiven Strukturen stabile Nachbarschaften entstehen, wenngleich die Erwartungen an die Gemeinschaft in Hinblick auf das soziale Zusammenleben im Quartier nicht zu hoch angesetzt werden dürfen.

Die gemeinschaftliche, kooperative Quartiersentwicklung kann also einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung leisten. Zu beachten ist, dass hierfür auch eine Nachfrage von Seiten der Bevölkerung bestehen und von Seiten der Stadt die nötige Unterstützung zur Verfügung stehen muss, um die Beteiligten durch die umfassenden Aufgaben nicht zu überfordern. Wichtig ist auch, dass für die Umsetzung von Quartiersgruppen Raum zum Ausprobieren neuartiger Konzepte gegeben ist. Gerade Formate, wie die Internationale Bauausstellung (IBA), die bis zum Jahr 2022 in Wien stattfindet, könnten die Umsetzung derartiger Projekte unterstützen.

Weiterführend kann auch die gemeinschaftliche Gestaltung bestehender Quartiere einen wichtigen Untersuchungsgegenstand darstellen. Denn neben der Entwicklung neuer Stadtteile gilt es, auch im Bestand Lösungen für zukünftige Herausforderungen zu finden. Die gemeinschaftliche Nutzung der zur Verfügung stehenden Räume sowie die bessere Vernetzung der dort lebenden Bevölkerung bietet viel Potenzial für die zukünftige Stadtentwicklung. Dennoch gilt es, neben den positiven Auswirkungen, die diese Entwicklungen für bestehende Quartiere haben können, auch mögliche negative Effekte mitzudenken. Das betrifft etwa die Auswirkungen der Gentrifizierung und damit verbunden die Verdrängung bestimmter Bevölkerungsgruppen aus dem bestehenden Stadtteil.

Gerade in Hinblick auf eine sozialgerechte und integrative Stadtentwicklung gilt es, sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis weitere Möglichkeiten zu finden, wie

schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen in Stadtentwicklungsprozesse einbezogen werden können. Heute nehmen intermediäre Organisationen eine wichtige Rolle dabei ein, bestimmte Personengruppen für Beteiligungsprozesse zu aktivieren beziehungsweise deren Interessen im Rahmen von Entwicklungsmaßnahmen zu vertreten. Für eine zukunftsfähige, integrative und sozial nachhaltige Stadtentwicklung ist es wichtig, in diesem Bereich weitere Erkenntnisse, etwa durch die Umsetzung von Pilotprojekten, zu erlangen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die vier Bestandteile des Kommunikationsbegriffs und ihre Erläuterung (eigene Darstellung nach SELLE 2000: 61f)	19
Abbildung 2: Entscheidungsbaum zur Partizipation in Wien (Darstellung nach MA 18 2012: 14).....	30
Abbildung 3: Baugruppenprojekte in Wien (eigene Bearbeitung, Quelle: GEMEINSAM BAUEN WOHNEN o.J.).....	33
Abbildung 4: Typologie von Baugruppen (nach KLÄSER 2006: 91)	37
Abbildung 5: Lage in Wien (eigene Bearbeitung)	50
Abbildung 6: Modell des Bauplatzes (TEMEL 2012:2)	50
Abbildung 7: Geöffnete Blockrandbebauung zum Park hin mit Tor (HABERL 2017).....	56
Abbildung 8: Lage in Freiburg (eigene Bearbeitung)	62
Abbildung 9: Viertel Vauban (eigene Bearbeitung nach SOMMER/WIECHERT 2014: 7; MÜLLER 2015: 103).....	62
Abbildung 10: Baugruppen in Vauban (eigene Bearbeitung nach MÜLLER 2015: 158).	68
Abbildung 11: Lage in Berlin (eigene Bearbeitung)	76
Abbildung 12: Bebauungsplan Möckenkiez (MÖCKERNKIEZ GENOSSENSCHAFT 2017) ..	76
Abbildung 13: Zu- und Durchgänge zum Möckernkiez ((MÖCKERNKIEZ GENOSSENSCHAFT 2017).....	79

Literaturverzeichnis

- ALISCH, M. (2001): Stadtteilmanagement – Zwischen politischer Strategie und Beruhigungsmittel. In: ALISCH, M. (Hrsg.) (2001): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Wiesbaden. 7-22
- ALISCH, M. (2002): Soziale Stadtentwicklung: Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen. Opladen
- ARNSTEIN, S. R. (1969): A Ladder Of Citizen Participation. In: Journal of the American Institute of Planners 35 (4). 216–24
- BARRE, K./HEKELE, K./POPLOW, H. (1977): Enzyklopädisches Stichwort: Nachbarschaft. In: Gronemeyer, R./Bahr, H.-E. (Hrsg.) (1977): Nachbarschaft im Neubaublock: Empirische Untersuchungen zur Gemeinwesenarbeit; theoretische Studien zur Wohnsituation. Weinheim. 364-374
- BÄRSCH, J./ CREMER, C./NOVY, C. (1989): Neue Wohnprojekte, alte Genossenschaften. Kooperationsformen zur Bestandssicherung im Wohnungssektor. Darmstadt
- BAUGRUPPEN ASPERN (2012): Vereinbarung zur Zusammenarbeit. Vereinbarung zwischen den 5 Baugruppen auf D13. Wien
- BECKER, C. (2001): Das Forum Vauban und der neue Stadtteil. Quartiersgeschichte. In: VAUBAN actuel: Quartiersarbeit – Workshop & Tag der offenen Tür, Ausgabe 2/20001. Freiburg
- BEULE, J. L. (19.1.2015): Mietspiegel. In Freiburg ist die Durchschnittsmiete angestiegen. In: Badische Zeitung. Unter: <http://www.badische-zeitung.de/freiburg/in-freiburg-ist-die-durchschnittsmiete-angestiegen--99154270.html> (14.2.2018)
- BISCHOFF, A./SELLE, K./SINNING, H. (1996): Informieren. Beteiligen. Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. Dortmund
- BREITFUSS, A. (2015): Was zeichnet ein Wiener Grätzel aus? Unter: <https://kurier.at/wohnen/was-zeichnet-ein-wiener-graetzel-aus/104.162.401> (13.4.2017)
- BUCHHEIM, C./RÖDERER, J. (23.1.2017): 15 Fakten aus Freiburgs Statistik-Jahrbuch 2015. Freiburg. Unter: <http://www.badische-zeitung.de/freiburg/15-fakten-aus-freiburgs-statistik-jahrbuch-2015--132704711.html> (10.2.2018)
- BURGDORFF STADT (2017): Agentur für kooperative Stadtentwicklung. Bochum. Unter: <http://www.burgdorffstadt.de/ueber-uns/> (12.1.2017)
- CZEIKE, F. (15.6.2016): Stadtplanung. Unter: <https://www.wien.gv.at/wiki/index.php?title=Stadtplanung> (22.7.2017)

- FÄRBER, A. (2014): Teilhaben und Sparen. Zwei simulative Wege zur urbanen Sicherheit. In: *dérive*. Zeitschrift für Stadtforschung. Nr. 57 2014. Wien
- FINGER, A./LEVIN-KEITEL, M. (2017): Beteiligung als Chance für die Verwaltung? In: *RaumPlanung* 190 (2 2017): 50–55
- FÜRST, D. (1996): Regionalentwicklung: von staatlicher Intervention zu regionaler Selbststeuerung. In: SELLE, K. (Hrsg.) (1996): *Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen*. Wiesbaden/Berlin. 91–99.
- GANS, H. J. (1962): *The urban villagers: group and class in the life of Italian-Americans*. Updated and expanded ed. New York/London
- GB* (Gebietsbetreuung Stadterneuerung) (o.J.): *Sanfte Stadterneuerung. Milestones*. Wien. Unter: <http://www.gbstern.at/ueber-die-gb/taetigkeitsbereiche/sanfte-stadterneuerung/> (4.3.2017)
- GEMEINSAM BAUEN WOHNEN (o.J.): *Die Initiative*. Unter: <https://gemeinsam-bauen-wohnen.org/die-initiative/> (16.2.2018)
- GENOVA (Wohngenossenschaft Vauban e.G.) (o.J.): *Das Konzept*. Unter: <http://www.genova-freiburg.de/Konzept.html> (10.2.2018)
- GLÄSER, J./LAUDEL, G. (2009): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*. Wiesbaden
- GRIMM, G. (2004): *Stadtentwicklung und Quartiermanagement. Entwicklung und Aufbau lokalspezifischer Organisations- und Steuerungsstrukturen*. Essen
- GRZESIOK, S./HILL, A. (2014): Handlungsraum Quartier. In: *RaumPlanung* 174 (3/4 2014). 6–7
- HARTMUT, N./HILL, A./SCHEWERDA, A. (2014): Wohnen im Quartier. Das Quartier als Handlungsebene der Wohnungswirtschaft. In: *RaumPlanung* 174 (3/4 2014). 23–27
- HÄUBERMANN, H./WALTER, S. (2004): *Stadtsoziologie: eine Einführung*. Frankfurt/Main
- HÄUBERMANN, H./WURTZBACHER, J. (2005): Stadterneuerungspolitik und Segregation. In: KESSL, F./REUTLINGER, C./MAURER, S./FREY, O. (Hrsg.) (2005): *Handbuch Sozialraum*. Wiesbaden. 513–528
- HENDRICH, P. (2015): Wiener Baugruppen im Kontext. In: VEREIN INITIATIVE FÜR GEMEINSCHAFTLICHES BAUEN UND WOHNEN (Hrsg.) (2015): *Gemeinsam Bauen Wohnen in der Praxis. Workshopreihe 2014 über, für und mit Baugruppen in Wien*. Wien. 10–19
- HIEBER, A./MOLLENKOPF, H./WAHL, H.-W./OSWALD, F. (2005): *Gemeinschaftliches Wohnen im Alter. Von der Idee bis zum Einzug*. Heidelberg

- HINTE, W. (2001): Von der Stadtteilarbeit zum Stadtteilmanagement. In: HINTE, W. (Hrsg.) (2001): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Münster 83-89
- HOCH, H./OTTO, U. (2005): Bürgerschaftliches Engagement und Statteilpolitik. In: KESSL, F./REUTLINGER, C./MAURER, S. FREY, O. (Hrsg.) (2005): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden. 493-511
- HOLM, A. (2004): Sozialwissenschaftliche Theorien zu Raum und Fläche. In: UFZ (Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle)-Bericht 26 2004. Unter: <http://www.rainer-rilling.de/gs-villa07-Dateien/sozialwissenschaftliche%20theorien.pdf> (25.4.2017)
- IBA_WIEN (2016): Internationale Bauausstellung Wien - Neues Soziales Wohnen. Wien. Unter: [http://www.iba-wien.at/iba-wien/](http://www.iba-wien.at/iba-wien/iba-wien/) (3.7.2017)
- JACOBS, J. (1961): The death and life of great American cities. New York
- KÄHLER, R. (2014): Beteiligung auf dem Prüfstand. Am Beispiel einer kommunalen Sportplanung. In: RaumPlanung 172 (1 2014). 46-48
- KLÄSER, S. (2006): Selbstorganisiertes Wohnen. In: archplus – Zeitschrift für Architektur und Städtebau, 176/177, 2006. 90-99
- KRASNY, E. (Hrsg.) (2012): Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün. Wien
- KOLLER-TEJEIRO, Y.M. (1998): Sozialplanung: Zaubermittel oder zahnloser Tiger? In: ALISCH, M. (Hrsg.) (1998): Stadtteilmanagement: Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen. 53-68
- KURTENBACH, S. (2016): Die neue Normalität des Städtischen. In: MONTAG STIFTUNG URBANE RÄUME (Hrsg.) (2016): Quartiere kooperativ entwickeln. Initialkapital für eine chancengerechte Stadtteilentwicklung. Bonn. 8-12
- LANG-LENDORFF, A. (2.5.2016): Genossenschaft sucht Zocker. Berlin. In: taz.berlin (2.5.2016). Unter: <http://www.taz.de/Bauprojekt-Moeckernkiez/!5297278/> (17.2.2018)
- LANG-LENDORFF, A. (10.8.2017): Moeckernkiez feiert am 10. August Richtfest. Der gerettete Traum. Berlin. In: taz.berlin (10.8.2017). Unter: <http://www.taz.de/Moeckernkiez-feiert-am-10-August-Richtfest/!5432448/> (17.2.1018)
- LÄPPLE, D. (1991): Essay über den Raum. In: HÄUSSERMANN, H./IPSEN, D./KRÄMER-BADONI, T. (Hrsg.) (1991): Stadt und Raum: soziologische Analysen. Stadt, Raum und Gesellschaft. Pfaffenweiler. 157-208
- LISA (Leben in der Seestadt Aspern) (o.J.): Home. Wien. Unter: <http://www.lisa.co.at/> (16.2.2018)
- LITGES, G./LÜTTRINGHAUS, M./STOIK, C. (2005): Quartiermanagement. In: KESSL, F./REUTLINGER, C./MAURER, S./FREY, O. (Hrsg.) (2005): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden. 559-576

- LOPPE, T. (11.8.2016): Nachhaltige Energieversorgung für Berliner Möckernkiez-Quartier. Unter: <https://blog.naturstrom.de/energiewende/naturstrom-ag-realisiert-nachhaltige-strom-und-waermeversorgung-fuer-berliner-moeckernkiez/> (18.2.2018)
- LÖW, M./STEETS, S./STOETZER, S. (2008): Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie. Opladen und Farmington Hills
- LÖW, M. (2012): Raumsoziologie. Frankfurt am Main
- MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hrsg.) (2005): Stadtentwicklung Wien 2005. Wien
- MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hrsg.) (2012): Praxisbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln. Wien
- MA 21 – Stadtteilplanung und Flächennutzung (Hrsg.) (2014): STEP 2025. Wiener Stadtentwicklungsplan. Wien
- MA 21 – Stadtteilplanung und Flächennutzung (2016): Entwurf – Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung. Wien
- MA 21 – Stadtteilplanung und Flächennutzung (o.J.): Partizipation in der Stadtplanung. Unter: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/partizipation/> (2.12.2017)
- MA 21 – Stadtteilplanung und Flächennutzung/MA 50 – Wohnbauforschung und internationale Beziehungen (Hrsg.) (2016): Urbane Stadt: Herausforderungen für Stadtentwicklung und Wohnbau. Wien
- MA 25 – Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser (2016): Smarter Together. Wien. Unter: <http://smartertogether.at/ueber-smarter-together/> (12.1.2017)
- MAYER, A.-T./SCHWEHR, P./BÜRGIN, M. (2011): Nachhaltige Quartiersentwicklung im Fokus flexibler Strukturen. Luzern/Zürich
- MONTAG STIFTUNG URBANE RÄUME (2016): Neue Nachbarschaft. Bonn. Unter: <http://www.neue-nachbarschaft.de/author/frauкеburgdorff/> (12.1.2017)
- MÖCKERNKIEZ E.V. (2017): Über den Verein. Berlin. Unter: <https://moeckernkiez-ev.de/kieznetz/actions/home.php?action=verein> (18.2.2018)
- MÖCKERNKIEZ E.G. (Hrsg.) (2013): Modellprojekt Möckernkiez. Ein Projekt für Jung und Alt – sozial, interkulturell, ökologisch, barrierefrei. Berlin
- MÖCKERNKIEZ GENOSSENSCHAFT (2017): Möckernkiez Genossenschaft für selbstverwaltetes, soziales und ökologisches Wohnen eG. Berlin. Unter: <http://www.moeckernkiez.de/> (17.2.2017)
- MÜLLER, H. (2015): Baugemeinschaften als städtebauliches Entwicklungsinstrument: ein möglicher Beitrag nachhaltiger Quartiersentwicklung. Wiesbaden
- MUTHORST, S. (1.3.2017): Endspurt für den Möckernkiez. Berlin. In: taz.berlin (1.3.2017). Unter: www.taz.de/!5385512/ (17.2.2018)

- NOVY, C./FÖRSTER, W./VEREIN FÜR MODERNE KOMMUNALPOLITIK (Hrsg.) (1991): Einfach bauen. Genossenschaftliche Selbsthilfe nach der Jahrhundertwende. Zur Rekonstruktion der Wiener Siedlerbewegung. Wien
- OSTROM E./HELFRICH S. (2011): Was mehr wird, wenn wir teilen: Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter. München
- OSWALT, P./OVERMEYER K./MISSELWITZ, P. (Hrsg.) (2014): Urban Catalyst: mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln. Berlin
- PRAUM, C. (2015): Genossenschaftlich organisierte Baugemeinschaften. Möglichkeiten und Grenzen bei der Produktion von bezahlbarem Wohnraum am Beispiel der Spreefeld Berlin eG. In: *RaumPlanung* 179 (3 2015): 14–19
- RADA, U. (5.8.2017): Wo dein Platz, Genosse, ist. Berlin. In: taz.berlin. (5.8.2017). Unter: <http://www.taz.de/!5120432419/> (17.2.2018)
- RICHTER, H./COELEN, T. (2007): Kommunale Identitätsbildung. Von der Re-Sozialisierung des Territorialen. In: KEESEL, F./OTTO, H.-U. (Hrsg.) (2007): Territorialisierung des Sozialen. Oplanden und Farmington Hills. 215-231
- SCHAFFER, F. (2004): Lernende Region. Ein neuer Weg der regionalen Entwicklung. In: GOPPEL, K./SCHAFFER, F./SPANNOWSKY, W./TROEGER-WEISS, G. (Hrsg.) (2004): Implementation der Raumordnung. Wissenschaftliches Lesebuch für Konrad Goppel. Augsburg. 189–198
- SCHLAFFER, H. (2017): Die sterilisierte Stadt. Der vergebliche Traum neu gebauter Urbanität. Unter: Neue Züricher Zeitung (NZZ) (27.2.2017): <https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/vom-elend-der-neuen-urbanitaet-der-traum-von-der-verlorenen-stadt-ld.147645> (23.5.2017)
- SCHNUR, O. (2014): Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: SCHNUR, O. (Hrsg.) (2014): Quartiersforschung: zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden. 21-56
- SELLE, K. (2000): Was? Wer? Wie? Warum? Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation. Arbeitsmaterialien für Studium und Praxis. Kommunikation im Planungsprozess. Dortmund
- SELLE, K. (2005): Kommunikation ohne Wachstum? Über's Schrumpfen reden? In: RÖSENER, B./SELLE, K. (Hrsg.) (2005): Kommunikation gestalten. Beispiele und Erfahrungen aus der Praxis für die Praxis. Dortmund. 327–336
- SENATSVORWARTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND WOHNEN (2017): Berliner Miet-spiegel 2017 mit Berliner Betriebskostenübersicht im Anhang. Berlin
- SOMMER, U./WIECHERT, C. (Hrsg.) (2014): Lernen von Vauban. Ein Studienprojekt und mehr. Aachen
- SOZIOKRATIE ZENTRUM ÖSTERREICH (o.J.): 4 Basisfunktionen. Unter: <https://www.soziokratie.at/ueber-soziokratie/grundlagen/> (16.2.2018)

- SPERLING, C. (1999): Einleitung. In: SPERLING, C./FORUM VAUBAN E.V./ÖKO-INSTITUT E.V. (Hrsg.) (1999): Nachhaltige Stadtentwicklung beginnt im Quartier. Ein Praxis- und Ideenhandbuch für Stadtplaner, Baugemeinschaften, Bürgerinitiativen am Beispiel des sozial-ökologischen Modellstatteils Freiburg-Vauban. Freiburg. 13–34
- STADT FREIBURG IM BREISGAU (2014): Quartier Vauban. Von der Kaserne zum Stadtteil. Abschlussbericht zur Entwicklungsmaßnahme Vauban. 1992–2014. Freiburg
- STADT WIEN (2014): Smart City Wien: Rahmenstrategie. Wien
- STADTTEILMANAGEMENT SEESTADT ASPERN (2017): Über uns. Das Stadtteilmanagement. Unter: <http://meine.seestadt.info/ueber-uns/> (17.6.2017)
- TEMEL, R. (2009): Baugemeinschaften in Wien. Endbericht 2. Rechtsfragen, Leitfaden, Grundstücksvergabe. Wien
- TEMEL, R./LORBEK, M./PTASZYNSKA, A./WITTINGER, D. (2009): Baugemeinschaften in Wien. Endbericht 1. Potenzialabschätzung und Rahmenbedingungen. Wien
- TEMEL, R. (2012): Baugemeinschaften in der Wiener Seestadt Aspern. Wien
- TEMEL, R. (2015): Stadtentwicklung und Baugruppen. In: VEREIN INITIATIVE FÜR GEMEINSCHAFTLICHES BAUEN UND WOHNEN (Hrsg.) (2015): Gemeinsam Bauen Wohnen in der Praxis. Workshopreihe 2014 über, für und mit Baugruppen in Wien. Wien. 38-43
- TEMEL, R./Weiser, C. (2015): Baugruppen in Aspern Seestadt. Chronologie einer planerischen Innovation. In: VEREIN INITIATIVE FÜR GEMEINSCHAFTLICHES BAUEN UND WOHNEN (Hrsg.) (2015): Gemeinsam Bauen Wohnen in der Praxis. Workshopreihe 2014 über, für und mit Baugruppen in Wien. Wien. 20-29
- TUMMERS, L. (2015): Understanding Co-Housing from a Planning Perspective: Why and How? In: Urban Research & Practice 8 (1). 64–78
- VEREINTE NATIONEN (1992): AGENDA 21 Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung. Rio de Janeiro
- WADE, M. (2015): Mikrokosmos Stadtviertel: lokale Partizipation und Raumpolitik. Bielefeld
- WALK, H. (2011): Partizipationsformen und neue Beteiligungsprojekte im Rahmen des Governancebegriffs. In: BECK, K./ZIEKOW, J. (Hrsg.) (2011): Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie. Wiesbaden. 63–71
- WEICHHART, P./WEISKE, C./WERLEN, B. (2006): Place Identity und Images. Das Beispiel Eisenhüttenstadt. Wien
- WENNER, F. (2014): Quartiersentwicklung selbstgemacht? In: RaumPlanung 174 (3/4 2014). 37–42

WIENER WOHNBAU FORSCHUNG (2009): Baugemeinschaften in Wien. Potenzialabschätzung und Rahmenbedingungen. Unter:
<http://www.wohnbauforschung.at/index.php?id=340> (12.7.2017)

WOGEN – Wohnprojekte-Genossenschaft e. Gen. (o.J.): Was ist die WoGen? Unter:
<https://diewogen.at/die-wogen/> (10.7.2017)

WOHNPROJEKT »SEESTERN ASPERN« (o.J.): Infoseite. Wien. Unter: <http://www.seestern-aspern.at/> (13.1.2017)

Anhang

Verzeichnis der Interviewpartner und -partnerinnen

- BURGDORFF, F. (Stadtforscherin; Burgdorff Stadt, Bochum)
Interview geführt am 18.6.2017,
- GRUBER, E. (Vorstand der Initiative für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen; wohnbund:consult; Lehrtätigkeit an der TU Wien, Institut für Städtebau)
Interview geführt am 30.6.2017, 14:15-15:05 Uhr
- MAYRHOFER, T. (Bewohner der Baugruppe Seestern Aspern, Mitglied der Arbeitsgruppe zum gemeinsamen Freiraum)
Interview geführt am 30.6.2017, 11:00-12:13 Uhr
- SPERLING, C. (Universität Oldenburg, Department für Wirtschafts- und Rechtswissenschaften; ehemaliger Mitarbeiter des Forum Vauban e.V.)
Interview geführt am 7.7.2017, 10:00-10:55 Uhr
- THÖNE, U. (Mitglied der Möckernkiez Genossenschaft für selbstverwaltetes, soziales und ökologisches Wohnen eG)
schriftliche Rückmeldung am 8.7.2017

Verzeichnis der Veranstaltungen

- AVERMAETE, T./HEROLD, D./SCHMIDT-COLINET, L. (Akademie der Bildenden Künste Wien, Institut für Kunst und Architektur): The Architecture of the Commons? Another Approach to Architecture and the City.
Workshop im Rahmen der UNSETTLED - International Conference (TU Wien - Interdisciplinary Centre for Urban Culture and Public Space).
Wien, 31.3.2017, 09:00-11:00 Uhr
- AVERMAETE, T. (Akademie der bildenden Künste, Institut für Kunst und Architektur)/KORAB, R. (MO.Point GmbH/raum&kommunikation)/NOWAK, W. (Lebenswertes Matznerviertel)/SCHÖDL, M. (Schwarzatal | Gemeinnützige Wohnungs- & Siedlungsanlagen GmbH): Bauen mit Sozialkapital. Zivilgesellschaftliches Engagement in der Quartiersentwicklung. Im Rahmen der IBA-Talks Wien.
Wien, 24.4.2017, 18:00-20:00 Uhr
- BURGDORFF, F. (Burgdorff Stadt, Bochum): Neue Partnerschaften in der Stadtteilentwicklung. Im Rahmen von Zukunft Stadt #8. Kolloquium zur Praxis der Stadtentwicklung (TU Wien - Fachbereich Örtliche Raumplanung).
Wien, 10.1.2017, 18:00-20:00 Uhr

FITZ, A. (Architekturzentrum Wien): Neue Partnerschaften in der Stadtteilentwicklung. Im Rahmen von Zukunft Stadt #8. Kolloquium zur Praxis der Stadtentwicklung (TU Wien - Fachbereich Örtliche Raumplanung).
Wien, 10.1.2017, 18:00-20:00 Uhr

FREY, O. (TU Wien - Fachbereich Soziologie)/HERTZSCH, W. (MA 21 - Stabsstelle Bürgerinnenbeteiligung und Kommunikation)/ PÖTSCH, N. (Stadtlabor Graz)/SCHUSTER, A. (Bundesstiftung Baukultur, Berlin)/SEETHALER, U. (Liquid Participation)/VARGA, H. (TU München): Zukunft der Partizipation.
Wien, 28.6.2017, 15:30-18:00 Uhr

OVERMEYER, K. (Urban Catalyst Studio, Berlin): Quartiere kooperativ gestalten. Im Rahmen von Zukunft Stadt #8. Kolloquium zur Praxis der Stadtentwicklung (TU Wien - Fachbereich Örtliche Raumplanung).
Wien, 29.11.2016, 18:00-20:00 Uhr

Erklärung

Hiermit versichere ich,

- dass ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Masterarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, am